Immigration: Die Mär von den vielen freien Stellen S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 1 – 8. Januar 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Welche Position bezieht Seehofer wirklich? Der CSU-Chef auf dem Karlsruher CDU-Parteitag im Dezember

Bild: Ullstein

Kreuther Kasperletheater

Obergrenze? CSU-Chef Seehofer führt die Deutschen an der Nase herum

Geschickt versucht die CSU, in der Asylfrage Profil zu gewinnen. Doch Substanz ist hinter dem Gerede kaum zu erkennen.

Horst Seehofer weiß, dass er mit seiner Forderung nach einer Obergrenze bei Kriegsflüchtlingen bei Millionen Deutschen auf fruchtbaren Boden trifft. Doch er vertraut darauf, dass diese ihm die bloße Forderung vergelten und nicht darauf achten, ob den Worten auch Taten folgen. Denn wenig ist zu hören davon, wie er seine Idee eigentlich umsetzen will.

Der CSU-Chef setzt auf die Vergesslichkeit der Wähler, und zwar zum wiederholten Male. 2015 hatte er angedroht, Bayerns Grenzen durch die Landespolizei schützen zu lassen, falls die Organe des Bundes sich weiterhin einem wirkungsvollen Grenzschutz versagten. Seehofer ließ sogar streuen, dass er überlege, die CSU-Minister aus der Bundesregierung abzuziehen und damit die Gemeinschaft mit der CDU zu beenden. Er tönte von „Notwehr“-Maßnahmen, die sein Freistaat in Erwägung ziehe.

Nichts von alldem hat irgendwelche Maßnahmen nach sich gezogen. Alles entpuppte sich als Kasperletheater fürs gutgläubige Volk, welches Worte mit Taten, Posen mit Überzeugungen verwechselt. Es wird sich zeigen, wie oft Seehofer mit diesem Trick noch durchkommt. Bislang senden die günstigen Umfragewerte der Union das Signal, dass die Deutschen darauf hereinfallen.

> Deutschland ist mit seiner Asylpolitik in Europa isoliert

Die „Empörung“ von SPD, Grünen und Teilen der CDU über Seehofer darf getrost als Teil der Aufführung gewertet werden. Durch den Schaukampf wird den Deutschen die Illusion vorgegaukelt, es gäbe im Bundestag echte Meinungsverschiedenheiten zum obergrenzenlosen Zuzug von Millionen Ausländern aus allen Teilen der Dritten Welt. Stattdessen ist ein Großteil des Volkes, wenn nicht gar die Mehrheit, in dieser existenziellen Frage ohne parlamentarische Vertretung in Berlin.

Angela Merkel glaubt sich über seehofersche Spielchen erhaben und wiederholt bloß ihre immer gleichen Thesen. Sie gedenkt, weder ihre Position zu überdenken noch sie überhaupt plausibel zu erklären. Aus dem Kanzleramt verlautete zur neuesten Seehofer-Volte, dies sei „nicht die Position der Bundeskanzlerin“, denn eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen sei im „nationalen Alleingang“ gar nicht zu erreichen, da es sich um ein „europäisches Problem“ handele.

Dass dies blanker Unsinn ist, beweisen etliche Nachbarländer, die, wie zuletzt Schweden und Dänemark, ihre Grenzen wieder im „nationalen Alleingang“ kontrollieren, womit das angeblich europäische Problem ein allein deutsches wird. Merkel sieht das und öffnet Deutschland dennoch der Völkerwanderung. Zu Jahresbeginn sind die zuletzt gesunkenen Zuwanderungszahlen schon wieder angestiegen. Die massive Überforderung, welcher Merkel unser Land damit aussetzt, dürfte einmal als unerklärliches, epochales Zerstörungswerk in die Geschichte eingehen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Lügensalat

Damals hatten wir den Kohl, heute den Salat. Damals, das war vor 25 Jahren, als Bundeskanzler Helmut Kohl den einen blühende Landschaften und allen versprach, dass sie das alles nichts kosten würde. Doch dann gab es keine Steuer- und Abgabenart, die nicht im Zuge der „Bewältigung vereinigungsbedingter Lasten“ deutlich erhöht oder gar neu geschaffen und selbstverständlich nie wieder gesenkt oder gestrichen wurde. Das haben wir akzeptiert, denn schließlich ging es um unser Land, darum, dass „zusammenwächst, was zusammengehört“. Dennoch: Kohls Versprechen – alles fauler Kohl.

Und heute? Heute haben wir eine Million Fremde im Land, die vor allem Anteil an unserem Wohlstand begehren. Aber Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auch Versprechen für uns: Wir könnten durch die „dringend gesuchten Fachkräfte“ nur gewinnen, ist das eine, und niemandem würde durch die Ankömmlinge etwas weggenommen werden, das andere. Beide Versprechen waren gebrochen, kaum dass sie gegeben waren. Längst haben mit der Unterbringung und Versorgung der „Flüchtlings“-Massen finanziell überforderte Städte und Gemeinden kommunale Steuern und Abgaben erhöht. Die Bundesländer rechnen für dieses Jahr zur Bewältigung der Zuwanderung mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 17 Milliarden Euro – und sagen gleich, dass diese Summe keinesfalls reichen wird.

Gewinnen geht anders. Irgendwo muss das viele Geld herkommen und man ahnt auch schon, woher. Denn Kohls „Mädchen“ ist sehr gelehrig und hat damals gut aufgepasst. Da haben wir den Salat, den Merkel-Salat. Einen, der genauso faul ist wie einst der Kohl.

Zoll mit neuer Struktur

Bundesoberbehörde gegründet – Mittelbehördenebene abgeschafft

Seit Jahren personell unterbesetzt, und jetzt müssen wir auch noch die verfehlte Personalpolitik des Bundes ausbaden“, schimpften Zollgewerkschafter schon vor einigen Monaten, nachdem der Zoll mehrere hundert Mitarbeiter zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte abstellen müssen. Mehr Personal hat der Zoll seither nicht bekommen, dafür aber mit dem Jahreswechsel wieder einmal eine neue Struktur.

Wichtigste Neuerung ist die Schaffung einer Generalzolldirektion (GZD) im Geschäftsbereich des Bundesfinanzministeriums (BMF). In ihr werden die Aufgaben der 2008 aus den Bundesabteilungen der Oberfinanzdirektionen entstandenen fünf Bundesfinanzdirektionen sowie die nicht zum unmittelbaren ministeriellen Kernbereich gehörenden Aufgaben der BMF-Zollabteilung zusammengeführt. Die GZD über-

> Operative Steuerung von 39 000 Beamten

nimmt die operative Steuerung der Zollverwaltung mit ihren insgesamt 39 000 Beschäftigten. Durch den Wegfall der Mittelbehördenebene würden Entscheidungen „schneller die Ortsebene“ erreichen und der Zoll „noch leistungsfähiger“ werden, schwärmt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Die GZD wird aus neun Direktionen bestehen. Dazu zählt das Zollkriminalamt, dessen Status im Verbund der Sicherheitsbehörden erhalten bleibt. Auch das Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung wird mit seinem Fachbereich Finanzen als Hochschule des Bundes fortgeführt. Die Dienstsitze der GZD mit ihren 7000 Mitarbeitern befinden sich an den Standorten der bisherigen Mittelbehörden. Ganz besonders freut man sich am Rhein über die neue Bundesoberbehörde, erhält die „Bundesstadt Bonn“ mit deren Hauptsitz doch „eine hochrangige Verwaltungspräsenz mit nationaler und internationaler Aufgabenstellung“, so Schäuble. *J.H.*

Bund soll verkaufen

Monopolkommission fordert vollständige Privatisierung der Telekom

Die Monopolkommission verlangt in einem Gutachten für die Bundesnetzagentur eine vollständige Privatisierung der Deutschen Telekom. Der Bund halte immer noch einen Anteil von 31,8 Prozent an dem Unternehmen, was einem Marktwert von 25,5 Milliarden Euro entspreche. Ein „besonderes Bundesinteresse“, das Voraussetzung für eine Beteiligung ist, sei jedoch nicht erkennbar, ein Verkauf der Unternehmensanteile somit „ordnungspolitisch dringend geboten“, so die Kommission.

Nach Ansicht der Monopolkommission hat sich auf dem Briefmarkt bisher kein funktionsfähiger und wirksamer Wettbewerb entwickelt. Im rückläufigen lizenzpflichtigen Briefbereich ist die Deutsche Post-Gruppe mit einem Anteil von 88 Prozent nach wie vor das marktbeherrschende Unternehmen. Übergeordnetes Ziel müsse es daher sein,

> Kein Wettbewerb auf dem Briefmarkt

alternative Zustellwege zum Postnetz zu schaffen, heißt es in einem weiteren Gutachten. Im wachsenden Kurier-, Express- und Paketdienstbereich verfüge die Post über eine exponierte Marktstellung, bei der Beförderung von Standardpaketen sogar über eine marktbeherrschende Stellung. Durch die gemeinsame Zustellung von Briefen und Paketen habe sie zudem die Möglichkeit, Kosten einzusparen und das wettbewerbsintensive Paketgeschäft durch Erträge aus dem weniger wettbewerbsintensiven Briefgeschäft querzusubventionieren, kritisiert die Kommission.

Die Umsatzerlöse auf dem Telekommunikationsmarkt stiegen im vergangenen Jahr leicht auf 57,4 Milliarden Euro an. Dabei lag der Anteil der Konkurrenzunternehmen der Deutschen Telekom wie schon im Jahr zuvor bei 56 Prozent. Im Postbereich wurde ein Gesamtumsatz von knapp 30 Milliarden Euro erzielt. Davon entfielen rund 19,5 Milliarden Euro auf Kurier-, Express- und Paketsendungen. *U.M.*

MELDUNGEN

Nazi-Keule gegen Nobelpreisträger

Salzburg – Die Universität Salzburg hat dem 1973 mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichneten Verhaltensforscher Konrad Lorenz 25 Jahre nach dessen Tod die ihm 1983 verliehene Ehrendoktorwürde aberkannt. Zur Begründung heißt es aus dem akademischen Senat, der 1903 in Wien geborene Lorenz habe sich „klar zur Nazi-Ideologie“ bekannt und sei „aktiv an der Verbreitung von NS-Gedankengut beteiligt“ gewesen. Deshalb habe die Universität ein Zeichen setzen müssen. Der Universitätsrektor Heinrich Schmidinger erklärte dazu, Lorenz habe in seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen Vokabeln wie „Ausmerzung“ und „Auslese“ verwendet. Außerdem habe sich Lorenz in seinem Ersuchen um Aufnahme in die NSDAP 1938 selbst als Nationalsozialisten bezeichnet. *J.H.*

Aleviten können hoffen

Ankara – Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu hat eine starke Geste gegenüber der größten religiösen Minderheit im Land angekündigt und versprochen, dass die Versammlungsstätten der Aleviten, die Cemevis, einen rechtlichen Status erhalten sollen. Die Anerkennung und Förderung ihrer Gebetsstätten durch den Staat war eine der Hauptforderungen der alevitischen Gemeinschaft in der Türkei. Auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat einen Dialog mit den Aleviten begonnen. Hintergrund ist die von ihm geplante Verfassungsänderung, für die er auf die Unterstützung der von den Aleviten dominierten kemalistischen Partei CHP angewiesen ist. Die muslimischen Aleviten bilden mit etwa 20 Prozent der Bevölkerung die größte religiöse Minderheit der Türkei. Wie auch die meisten christlichen Konfessionen sind sie nicht als gleichberechtigt neben dem vorherrschenden sunnitischen Islam anerkannt. *B.B.*

PAZ: *Neue Preise ab 2016*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement seit kurzem im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2016 von zehn auf elf Euro im Monat, also 132 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 13,50 Euro monatlich (17,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,70 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 7,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,10 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Zwei IS-Angriffswellen gegen Europa

Laut dem norwegischen »Dagbladet« sind bereits 272 Terroristen eingereist

Hieß es bislang regelmäßig, es gebe keine Anzeichen dafür, dass mit der steigenden Zahl von Asylbewerbern die Gefahr von Terroranschlägen wachse, so gibt es nun immer mehr Zeichen dafür, dass eingereiste Islamisten gleich zwei große Anschlagswellen in Europa vorbereiten.

Bereits Mitte Dezember ist es zur Festnahme eines Syrers gekommen, die von den hiesigen Medien weitgehend ignoriert wurde. Allerdings berichtete das US-amerikanische „Wall Street Journal“ in seiner Ausgabe vom 17. Dezember recht detailliert über den Vorgang. Demnach haben deutsche Sicherheitskräfte in einen Asylbewerberheim in Unna-Massen einen Syrer verhaftet, der verdächtigt wird, in enger Verbindung mit dem „Islamischen Staat“ (IS) zu stehen. Der Mann, der unter falscher Identität einen Asylantrag gestellt haben soll, steht im Verdacht, der mittleren Führungsebene der Terrorgruppe angehört zu haben und mit Geldwäscheaktivitäten des IS beauftragt gewesen zu sein. Bei dem festgenommenen Syrer waren im Zuge seines Asylverfahrens noch nicht einmal die Fingerabdrücke zur eindeutigen Identifizierung abgenommen worden.

Der Vorgang scheint kein Einzelfall zu sein, sondern eher die Regel. Deutsche Sicherheitsbehörden warnen immer eindringlicher vor dem Sicherheitsrisiko durch unkontrolliert einreisende Immigranten. Einem Bericht der „Welt“ zufolge sind bislang nur bei einem Bruchteil der Eingereisten die Fingerabdrücke erkennungsdienstlich erfasst worden. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, geht davon aus, dass die Erfassung bei Zehntausenden der ins Land Gekommenen bis heute nicht erfolgt ist. Jörg Radek, der Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), hat sogar Anfang Dezember der Kanzlerin in einem Brief vorgeworfen, die Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen außer Acht zu lassen. Da die Bundespolizei nicht mehr wisse, wer einreise, werde unter anderem das „Sammeln von Hinweisen auf Ausnutzung der Flüchtlingsströme durch Terrorkommandos“ vereitelt, so Radek.



Terroristen für die zweite Welle sollen schon fertig ausgebildet im Irak bereit stehen

Die Polizeigewerkschaften scheinen mit ihren Befürchtungen nicht allein zu stehen. Bereits Mitte Dezember wurde bekannt, dass bei der Bundespolizei ganz konkrete Pläne zur Schließung der deutschen Grenze ausgearbeitet worden sind. Abzielen sollen die Planungen darauf, Asylbewerber an der österreichischen Grenze notfalls abweisen zu können. Anlass für die Bundespolizei, ein derartiges Szenario durchzuspielen, sollen die anhaltend hohen Zahlen von Asylbewerbern sein. Möglicherweise führen aber auch islamistische Terroranschläge zur Wiedereinführung von Grenzsicherungen.

Wie ernst die Sicherheitslage in Europa mittlerweile ist, machen auch Informationen aus Norwegen deutlich. Dort hat die Zeitung „Dagbladet“ unter Berufung auf eine als bislang sehr zuverlässig eingeschätzte Quelle berichtet, dass der IS zwei Angriffswellen auf Europa plane. 272 IS-Terroristen sollen sich bereits in Europa aufhalten, weitere 150 seien auf dem Weg. Geplant sind dem Bericht zufolge sowohl Selbstmordattentate als auch Angriffe mit Handfeuerwaffen wie bei den Anschlägen in Paris vom 13. November. Wie weiter berichtet wird, sollen sich die Kräfte für die erste Terrorwelle bereits in Europa aufhalten.

Ursprünglich habe diese Angriffsgruppe aus 300 Personen bestehen sollen, die zuvor in Syrien für Aktionen in Europa hätten ausgebildet werden sollen. Allerdings seien 28 der 300 unter anderem bei Luftangriffen ums Leben gekommen. Nach den Informationen, die dem „Dagbladet“ vorliegen, sind die verbleibenden 272 Terroristen allerdings inzwischen nach Europa gereist. Ihr Auftrag laute, sich zunächst einmal ruhig zu verhalten. Für die zweite Terrorwelle gegen Europa sollen Kämpfer bereits im Irak aufhalten, wo sie auch schon eine Ausbildung erhalten hätten. Eines der beiden Terrorkommandos wird demnach von einem Islamisten mit deutscher Staatsangehörigkeit angeführt. *Norman Hanert*



In der Flut der in Europa Asyl Suchenden fallen IS-Terroristen kaum auf: Asylsucher warten vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales auf den Transport in eine Unterkunft für die Nacht Bild: action press

Ein Ende ist nicht in Sicht

Der salafistische Terror wird Europa noch jahrelang beschäftigen

Bis zu den blutigen Anschlägen in Paris haben viele europäische Regierungen das Thema „Gotteskrieger“ völlig unterschätzt. Die Ansicht, vor islamistischem Terror sicher zu sein, wenn man sich aus diesem Nahostkonflikt raushält, verkennt die Ideologie der Salafisten: Danach ist die Herstellung des reinen Islams in der Welt nur durch bewaffneten Kampf möglich. Jeder Muslim habe die Pflicht, „Ungläubige“ zu töten. Terroranschläge gelten Salafisten als legitime Mittel, ihre Interpretation des Islams weltweit durchzusetzen. Die Frage, ob Europa sich im Krieg mit dem „Islamischen Staat“ (IS) befinde, ist weltfremd. Er führt seit Jahren Krieg gegen das Abendland, spätestens seit jenem 13. November der Anschläge von Paris sollte man es wissen. Und dieser Krieg wird noch Jahre dauern.

Trotz der Madrider Zuganschläge vom 11. März 2004 und der Terroranschläge vom 7. Juli 2005 in London tat ein deutscher Landesinnenminister den Salafismus als „rein religiöse Frage“ ab. Tatsächlich begreift sich der IS aber nicht allein als Religion, sondern als Herrschaftsideologie und Gesellschaftssystem. Bis in die jüngste Zeit zeigten manche Amtsstellen „Verständnis“ und verlangten „Entgegenkommen“, was die Dschihadisten indes nur als Schwäche und damit als Ermunterung werteten.

Erst sechs beziehungsweise fünf Jahre nach den Anschlägen, im Jahre 2010, bekamen manche Abwehrbehörden in Europa den Auftrag zur Beobachtung des IS. Bis jetzt sind sie zumeist personell, finanziell und besonders technisch überfordert. Dass sie sehr viele ihrer Erfolge der NSA verdanken, ist bekannt. Dringend nötig wäre eine engere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, hier liegt die Ursache für manche Schlappe. Allerdings konnte auch die NSA bislang nicht die neuesten Kommunikationsverbindungen des IS entschlüsseln.

Entsetzen lösten besonders die Selbstmordattentate der Dschihadisten aus, deren Täter zumeist sogar aus Europa stammen. Eine derartige Selbstaufopferung ist bereits aus dem Zweiten Weltkrieg von den japanischen Kamikaze-Fliegern bekannt. Man kann Menschen so weit manipulieren, dass sie für ihre Ideen gern ihr Leben opfern. Bei der Ideologie der vermeintlichen Gotteskrieger ist das Märtyrertum dabei von großer Wichtigkeit. Der Tod eines Muslims im Kampf gegen „Ungläubige“ garantiert ihm das Paradies und das Wohlgefallen Allahs.

Gegenwärtig dürften sich 12 000 bis 15 000 „Heilige Kämpfer“ in Syrien befinden, davon dürften 3600 Westeuropäer sein. Die stärkste Gruppe mit angeblich 1700 Gotteskriegern kommt aus Frankreich, gefolgt von angeblich gut 760 aus Deutschland und 700 aus Großbritannien. Während der zwei letzten Jahre kehrten über 1200 IS-Kämpfer nach Europa zurück; für Deutschland rechnet man mit einem Drittel, für Großbritannien mit rund 350 und für Belgien mit 150. Manche kommen desillusioniert zurück. Von den meisten geht aber eine große Gefahr aus. Einen solchen militärisch ausgebildeten und kampferfahrenen Rückkehrer vollständig zu observieren, sind täglich mindestens 25 Personen vonnöten – was keine Polizei angesichts der Vielzahl der Rückkehrer leisten kann. Gleiches gilt für sogenannte Gefährder, Personen, bei denen, so die 2004 von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamts festgelegte Begriffsbestimmung, kein konkreter Hinweis vorliegt, dass sie eine Straftat planen, aber bei denen „bestimmte Tatsachen die Annahme der Polizeibehörden rechtfertigen, dass sie Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des Paragrafen 100a der Strafprozessordnung (StPO), begehen“ würden. Wohl werden sie registriert, doch wenn sie sich ein Jahr unauffällig verhalten, wird in vielen Ländern die Beobachtung eingestellt, was diese zweifellos in ihrem Vorgehen berücksichtigen.

Tag für Tag überschreiten durchschnittlich 200 junge Männer aus Europa die türkisch-syrische Grenze

Der britische Inlandsgeheimdienst MI 5 trägt mit rund 1900 neuen Stellen bis 2020 der Bedrohungslage Rechung – die Kosten betragen zwei Milliarden Pfund. Doch bedarf dieses Personal zunächst einer mehrjährigen Ausbildung. Ausweise mit dem Vermerk eines Ausreiseverbots an verdächtige Dschihad-Anhänger haben sich als eine nur stumpfe Waffe erwiesen, mehr Erfolg scheint frühzeitige Prävention zu versprechen. Nicht wenige Eltern verlieren jeglichen Einfluss auf ihre Kinder, die zunehmend in die Ideologie des „Heiligen Krieges“ abgleiten. Inzwischen sind Beratungsstellen in England, Frankreich und Deutschland mit guten Erfolgen eingerichtet worden, sie sind allerdings in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Der Zustrom junger Deutscher nach Syrien hat neuerdings nachgelassen, nachdem bekannt geworden ist, dass jeder Siebte von ihnen vermeintlich für Allah gestorben ist. In Belgien scheint angesichts der neuerdings sehr harten Gerichtsurteile die Zahl der belgischen Staatsangehörigen, die in den Dschihad ziehen, auf unter zehn pro Monat zurückgegangen zu sein. Ansonsten hält der Zustrom unvermindert an, das gilt auch für die Schweiz. Tatsache bleibt, dass mittlerweile Tag für Tag durchschnittlich 200 junge Männer aus Europa die türkisch-syrische Grenze überschreiten. *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

»Größte Steuersenkung« fällt aus

Solidaritätszuschlag droht zwecks Finanzierung der Massenzuwanderung zu einer Sozial-Steuer zu werden

Noch im vergangenen Frühjahr hatte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer lautstark gegen den Solidaritätszuschlag gewettert. Da war die Rede von einer „Zwangs-Abgabe“ sowie einer „Ost-Steuer“. Doch nun ist alles anders.

„Wir haben seit der Grenzöffnung im September eine neue Situation“, sagte der bayerische Ministerpräsident. Das sei keine Absage an die Forderung nach einem Ende des „Soli“. Deutschland müsse aber nun einen Kassensturz machen und sich fragen: „Was können wir uns noch leisten?“ Dabei hatte sich die Große Koalition noch im April auf Drängen der CSU darauf verständigt, den Solidaritätszuschlag bis zum Jahr 2026 schrittweise abzubauen. Doch die andauernde „Flüchtlingskrise“ lässt die Ausgaben des Staates explodieren. „Wir schaffen das“, sagte Kanzlerin Angela Merkel. Ihr Gegenspieler Seehofer ist offenkundig anderer Meinung. Der Solidaritätszuschlag wurde 1990 eingeführt und sollte den „Aufbau Ost“ mitfinanzieren. Derzeit beträgt er 5,5 Prozent auf die Einkommenssteuer und bringt dem Staat jährlich rund 15 Milliarden Euro ein. Seit 2011 übersteigen nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler (BdSt) die Soli-Einnahmen die Ausgaben für den „Aufbau Ost“ deutlich. 2014 hat der Bund demnach rund 14,9 Milliarden Euro mehr durch den Solidaritätszuschlag eingenommen, als wirklich in den neuen Bundesländern ausgegeben wird. Im Jahr 2019 sollen es sogar 18,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen sein. „Die Zahlen machen deutlich, dass der Soli nichts mit dem Solidarpakt zu tun hat“, sagt Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler: „Das hat mit Investitionen auch nichts mehr zu tun. Es wird Zeit, das Geld den Bürgern zurückzugeben.“ Der Bund habe sich so schlicht über die Jahre eine neue Einnahmequelle erschlichen und die eigentliche Abgabe zweckentfremdet.

Seehofer hatte daher im Frühjahr von „der größten Steuersenkung seit Menschengedenken“ gesprochen. Doch schon seit geraumer Zeit formieren sich die „Erhaltungs-Befürworter“. Denn eine gesetzliche Regelung, dass die Einnahmen aus dem „Soli“ in infrastrukturelle Maßnahmen in Mitteldeutschland zu fließen haben, gibt es nicht. Die Bezeichnung Solidaritätszuschlag sei irreführend, weil sie den Bürger glauben lasse, das Geld fließe direkt in den „Aufbau Ost“. Das sei aber nicht zwingend so, erklärt Marcel Thum, Leiter des Ifo-Instituts in Dresden, in der Wochenzeitung „Die Zeit“.

> »Es wird Zeit, den Bürgern das Geld zurückzugeben«

Dass er die Kosten der Masseneinwanderung öffentlich diskutierte, brachte Seehofer die zu erwartenden Reaktionen ein. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) forderte, die Bundeskanzlerin müsse auf Seehofer einwirken und diesen mäßigen. Sie vermisse die klare Position der Kanzlerin zu den schrillen Tönen aus Bayern. Und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel ergänzte, man müsse alles verhindern, was einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingen und Soli-Abschaffung herstelle. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil äußerte dagegen Verständnis für die Gedankenspiele seines bayerischen Amtskollegen. Der SPD-Politiker sagte dem „Weser Kurier“ aus Bremen, der CSU-Chef habe eine alte sozialdemokratische Forderung aufgegriffen. Seehofer liege richtig, nur seine Begründung sei falsch. „Man darf die Abgabe nicht ausschließlich mit den Ausgaben für Asylbewerber verknüpfen. Aber Seehofers Gedanken gehen in die richtige Richtung.“

> Vor allem Landespolitiker halten am »Soli« fest

Schon Ende November hatte sich unter anderem der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow für den Erhalt des Solidaritätszuschlags als „Flüchtlings-Steuer“ ausgesprochen. Doch als der Politiker der Linkspartei das Thema auf die Agenda brachte, blieb der Aufschrei aus. Ramelow hatte in mehreren Interviews den Erhalt des auslaufenden Solidaritätszuschlags über 2019 hinaus und die Erweiterung der Abgabe zu einem „Integrationssoli“ gefordert. „Derzeit behält der Bund die Hälfte vom Soli-Aufkommen und lässt sie einfach in Schäubles Etat verschwinden“, sagte Ramelow damals der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Stattdessen sollten allen 16 Bundesländern die nicht für den „Aufbau Ost“ gebundenen Mittel als „Flüchtlings-Soli“ zur Verfügung gestellt werden. Die Aufteilung unter den Ländern könnte nach der Vorstellung Ramelows nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgen, nach dem auch die Zuwanderer auf die Bundesländer verteilt werden.


Foto: action press

Will den „Soli“ als Flüchtlings-Steuer erhalten: Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Diese Gedankenspiele bringen den Bund der Steuerzahler allerdings auf die Palme. „Die Flüchtlingskrise soll jetzt als Begründung für höhere Abgaben und gegen Steuersenkungen herhalten“, sagte Verbandspräsident Holznagel der „Passauer Neuen Presse“. Es ist übrigens kein Zufall, dass vor allem Landespolitiker auf eine Beibehaltung des „Soli“ pochen. Einer Untersuchung der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young zufolge stieg die Verschuldung der Kommunen um 3,2 Prozent an – und das trotz guter Konjunktur. Es sind vor allem die Sozialausgaben, welche die Kommunen nicht aus der Schuldenfalle entkommen lassen. Im vergangenen Jahr sind diese Kosten um durchschnittlich fünf Prozent angestiegen, was auch mit den Ausgaben für die Zuwanderer zusammenhängt. Aus dem „Soli“, einer ursprünglichen Infrastrukturabgabe, dürfte künftig eine Sozial-Steuer werden. *Peter Entinger*



MELDUNGEN

Ende einer Institution

Potsdam – Nach jahrzehntelanger erfolgreicher Arbeit hat das renommierte Deutsche Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges seine Auflösung beschlossen. Das Komitee war ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern hauptsächlich der Geschichtswissenschaft, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen. Grund für den Auflösungsbeschluss sei die Tatsache, dass die Historiker in Zeiten einer globalisierten akademischen Zusammenarbeit immer weniger auf solche Vereinigungen angewiesen seien, erklärte der Vereinsvorsitzende, der in Potsdam lehrende Geschichtsprofessor Sönke Neitzel. Hinzu komme, dass es in Deutschland kaum mehr auf den Zweiten Weltkrieg spezialisierte Historiker gebe und sich die Forschung zu Militär und Gewalt mittlerweile in größeren Zusammenhängen vollziehe. *J.H.*

»Drohneneinsatz rechtmäßig«

Berlin – Nach Ansicht des Völkerrechtsberaters der Bundesregierung, Michael Koch, sind Drohnen als Waffentypus nicht grundsätzlich völkerrechtswidrig. Sie unterlägen keiner Ächtung durch die Staatengemeinschaft. Sie seien auch keine Waffe, die „bei bestimmungsmäßigem Gebrauch regelmäßig zu völkerrechtswidrigen Ergebnissen“ führe. Die Rechtmäßigkeit von Drohnenattacken sei daher immer im Einzelfall zu beurteilen, so der ehemalige deutsche Botschafter in Pakistan. Es gäbe keinen Anlass, an der Aussage der USA, dass von Deutschland aus Drohnen „weder gesteuert noch geflogen“ würden, zu zweifeln. Dies gelte auch, wenn die Luftwaffenbasis Ramstein als Relaisstation zur Datenübermittlung genutzt würde. Denn selbst wenn es dort eine Relaisstation gäbe, würden dadurch von Ramstein aus Drohnen weder gesteuert noch geflogen. *J.H.*

Glänzende Kuppel

US-Abschreckungsstrategie führte zum zweitgrößten Nuklearunfall in Europa

Im Jahr 1960 begannen die USA damit, rund um die Uhr Atomwaffen tragende Langstreckenbomber in relativer Nähe zu den Grenzen der UdSSR patrouillieren zu lassen, um im Falle gegnerischer Erstschläge sofort zur Vergeltung schreiten zu können. Während dieser Operation „Chrome Dome“ (glänzende/verchromte Kuppel) ereignete sich am 17. Januar 1966, also vor 50 Jahren, ein höchst folgenschwerer nuklearer Zwischenfall.

Auf ihrem Rundflug von der Seymour Johnson Air Force Base in North Carolina bis zur Adria und zurück musste eine Boeing B-52G „Stratofortress“, die vier einsatzbereite B28-Wasserstoffbomben an Bord hatte, über der spanischen Provinz Almeria in der Luft betankt werden. Dabei kollidierte der Bomber mit dem herabhängenden Treibstoffrüssel der vorausfliegenden Boeing KC-135A „Stratotanker“. Hierdurch kam es zu einer Explosion und zum Absturz beider Maschinen.

Weil die B-52G noch in der Luft zerbrach, verlor sie alle vier Bomben, die dann an ihren Sicherheitsfallschirmen zur Erde schwebten. Allerdings funktionierten diese nur bedingt. Deshalb gingen lediglich zwei der Kernfusionswaffen mit der 5000-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe sanft in einem Flussbett beziehungsweise im Mittelmeer nieder und richteten keinen Schaden an. Allerdings musste die eine Bombe, die in 869 Metern Wassertiefe lag, erst einmal gefunden und geborgen werden. Dazu benötigte die Marine der Vereinigten Staaten 81 Tage und 34 Schiffe, darunter die Tauchboote „Alvin“, „Aluminaut“ und „CURV III“.

Der Unfall hatte die Wirkung einer »schmutzigen Bombe«

Derweil waren an Land 3000 US-Militärangehörige im Einsatz, um das Gebiet rund um das Fischerdorf Palomares zu dekontaminieren. Beim harten Aufprall der beiden anderen Bomben am Rande des Ortes hatten nämlich deren konventionelle Sprengsätze gezündet – aber glücklicherweise ohne dadurch, wie eigentlich vorgesehen, zugleich auch die atomare Ladung zur Explosion zu bringen. Dennoch verteilte der Wind nun mehrere Kilogramm hochradioaktives und -giftiges Plutonium-239 in der Landschaft. Dies machte es nötig, 1500 Tonnen verseuchtes Erdreich abzutragen, das dann in 4900 Fässern zur Endlagerung in der Savannah River Site in South Carolina abtransportiert wurde.

Doch damit waren die Folgen des Unfalls, der im Prinzip dem Szenario bei der Detonation einer „schmutzigen Bombe“ entsprach, keineswegs beseitigt. Immerhin hatten die rund 1200 Einwohner von Palomares ja Kontakt mit dem extrem gefährlichen Plutoniumstaub gehabt. Deshalb müssen sie sich bis heute ständigen Kontrolluntersuchungen unterziehen, ohne freilich die Ergebnisse derselben zu erfahren. Auf jeden Fall aber dürfte die Verstrahlung deutlich umfassender ausgefallen sein, als 1966 angenommen, denn mittlerweile fanden Wissenschaftler zahlreiche Areale mit weiterhin erschreckend hoher Radioaktivität.

Für die USA ist das freilich kein Grund, ihre Entschädigungsleistungen an Spanien, die sich bisher auf rund 14 Millionen US-Dollar beliefen, aufzustocken. Wie durch WikiLeaks bekannt gewordene vertrauliche Dokumente zeigen, hat Washington seine Zahlungen 2009 eingestellt und will auch nicht für weitere Dekontaminierungsmaßnahmen aufkommen. Damit stehlen sich die Vereinigten Staaten aus ihrer finanziellen Verantwortung für den größten nuklearen Unfall in Europa nach Tschernobyl. Und das wiederum tangiert auch die Deutschen, denn Palomares liegt in einer Region, in der massenhaft Obst und Gemüse angebaut wird, das in den Supermärkten der Bundesrepublik landet. *Wolfgang Kaufmann*



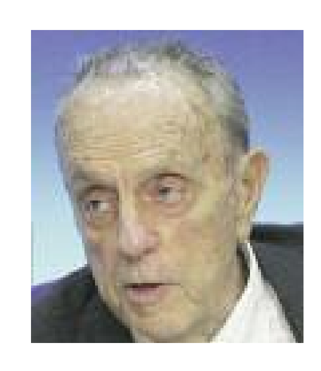
Am Strand von Palomares: Eine der vier Bomben der „Stratofortress“ nach dem Flugzeugunglück Bild: pa

Zeitzeugen



Carl M. Brashear – Während der Bergung der vierten Palomares-Bombe aus fast 900 Metern Wassertiefe erlitt der Marine-Taucher Erster Klasse am 23. März 1966 einen schweren Unfall, der ihn den rechten Unterschenkel kostete. Trotzdem arbeitete sich der Afroamerikaner später noch bis zum Master Diver (Tauchmeister) in der US Navy hoch. Sein bewegtes Leben wird in dem Film „Men of Honor“ nachgezeichnet.

Larry G. Messinger – Als die B-52G über Palomares mit dem KC-135-Tankflugzeug kollidierte, saß der Major der US-Luftwaffe am Steuer des kernwaffentragenden Bombers. Er gehörte zu den vier Überlebenden der Katastrophe und wurde 45 Minuten nach seiner Fallschirmlandung im Mittelmeer vom spanischen Fischerboot „Agustin y Rosa“ gerettet.



Manuel Fraga Iribarne – Um die spanische Bevölkerung und die ausländischen Urlauber zu beruhigen, badete der Informations- und Tourismusminister von 1962 bis 1969 noch vor der Hebung der auf Grund liegenden Wasserstoffbombe demonstrativ im märzkalten Meer vor Palomares. Dabei leisteten ihm der US-Botschafter in Spanien, Angier Biddle Duke, und dessen Familie Gesellschaft.

Francisco Simó Orts – Weil er den Bergungsteams der US Navy zeigen konnte, wo die verlorengegangene Wasserstoffbombe im Meer versunken war, forderte der Fischer aus Palomares Ende 1966 vor dem First District Federal Court in New York einen „Finderlohn“ in Millionenhöhe. Allerdings hatte er damit keinen Erfolg, obwohl seine Klage sogar von früheren Generalstaatsanwalt der USA, Herbert Brownell, unterstützt wurde. Es blieb bei den 6000 US-Dollar Prämie, welche die US-Amerikaner Orts unmittelbar nach der Hebung der Bombe überreicht hatten.



Isabel Álvarez de Toledo – Die Chefin des Hauses Medina Sidonia und damit Trägerin des ältesten Herzogstitels Spaniens, die wegen ihrer republikanischen Neigungen und ihres Hasses auf Francesco Franco auch „Rote Herzogin“ genannt wurde, verlangte 1967 Entschädigungszahlungen an die Einwohner von Palomares. Dies brachte ihr eine Haftstrafe von zwölf Monaten ein, von denen sie acht im Gefängnis von Alcalá de Henares absaß.

Das Ende der Rund-um-die-Uhr-Flüge

Am 21. Januar 1968, also ziemlich genau zwei Jahre nach dem Unglück von Palomares, stürzte wiederum eine B-52G mit vier scharfen Wasserstoffbomben während ihrer Chrome-Dome-Mission ab – diesmal aber nicht in Spanien, sondern nördlich des Polarkreises. Auslöser des erneuten Zwischenfalls waren höchst banale Umstände: Nachdem der frierende Co-Pilot der Maschine warme Luft aus den Triebwerken in die Kabine geleitet hatte, entzündeten sich plötzlich die drei Kissen, auf denen er saß. Daraufhin ordnete Kommandant Captain John Haug eine Notlandung auf dem US-Stützpunkt Thule Air Base im Norden Grönlands an. Allerdings breitete sich das Feuer derart schnell aus, dass der Besatzung keine andere Wahl blieb, als mit dem Fallschirm abzuspringen, wonach die B-52G unbemannt weiterflog und schließlich zwölf Kilometer westlich von Thule auf das Eis des Wolstenholme-Fjords aufschlug. Dabei wurden die Trümmer des Flugzeugs und der mitgeführten Kernfusionsbomben, die glücklicherweise nicht detonierten, über acht Quadratkilometer verstreut.

Im Februar 1968 war Schluss

Daraufhin leiteten die USA die Operation „Crested Ice“ ein, in deren Verlauf 565 Experten aus 72 Institutionen des Landes zur Unfallstelle eilten, um die Kernwaffen zu bergen und das Gelände zu dekontaminieren – erschwert durch Temperaturen von minus 60 Grad und die Polarnacht. Deshalb fand man letztlich auch nur 85 Prozent des spaltbaren Materials. Ja, es gibt sogar ernstzunehmende Hinweise darauf, dass eine der vier Bomben beziehungsweise deren atomarer Sprengkopf immer noch irgendwo auf dem Grunde des Fjords liegt.

Jedenfalls besiegelte der erneute Absturz das Ende der Rund-um-die-Uhr-Flüge mit einsatzbereiten Kernwaffen an Bord: Eine entsprechende Anordnung von Verteidigungsminister Clark M. Clifford erging bereits im Februar 1968. Ab diesem Zeitpunkt lag die Verantwortung für nukleare Vergeltungsschläge gegen die UdSSR hauptsächlich bei den Raketen-U-Booten der US-Marine. *W.K.*

Kein Einzelfall

Laut dem Pentagon verloren die USA elf Bomben im Kalten Krieg

Im Kalten Krieg kam es sehr viel öfter zu Verlusten von Kernwaffen, als den Verantwortlichen lieb war. Der vermutlich erste Fall dieser Art ereignete sich am 14. Februar 1950, als eine B-36 ihre Mk.IV-Atombombe versehentlich ins Meer vor Vancouver Island in Westkanada fallen ließ. Dem folgte eine ähnlich fatale Panne am 10. November desselben Jahres: Nunmehr landete der nukleare Sprengkörper im Sankt-Lorenz-Strom.

In den Fluten des Nordatlantiks wiederum versank die 3,5 Tonnen wiegende Wasserstoffbombe vom Typ Mk.15, die sich im Bombenschacht der B-47 befand, die am 5. Februar 1958 nahe Tybee Island vor der Küste Georgias mit ihrem Begleitjäger North American F-86 „Sabre“ kollidierte – nach drei vergeblichen Landeversuchen musste der Pilot zum Notabwurf der schweren Waffe schreiten.

Am 25. November 1959 traf es erneut die Pazifikküste nahe der US-amerikanisch-kanadischen Grenze. Diesmal endete die Notwasserung eines Marineflugbootes vom Typ Martin P5M „Marlin“ nahe der Whidbey-Insel mit dem Verlust der mitgeführten nuklear bestückten Mk.90-Bombe.

Sie stellen bis heute eine unkalkulierbare nukleare Gefahr dar

Ein weiterer schwerer Kernwaffenunfall auf See ereignete sich am 5. Dezember 1965 an Bord des US-Flugzeugträgers „Ticonderoga“. An jenem Tag rollte östlich der Ryukyu-Inseln eine Douglas A-4E „Skyhawk“ mitsamt ihrer bereits eingeklinkten B43-Bombe von dem Aufzug, der die Maschine an Deck hieven sollte, und sank 5000 Meter tief.

Außerdem wäre da noch der spektakuläre B-52-Absturz bei Goldsboro (North Carolina) am 24. Januar 1961: Dort verschwand eine der beiden Mk.39-Wasserstoffbomben des Havaristen in den unergründlichen Tiefen der Sümpfe von Nahunta.

Durch Unfälle oder simples menschliches Versagen gingen während des Kalten Krieges nach offiziellen Angaben des Pentagon elf US-amerikanische Atom- oder Kernfusionsbomben verloren, die bis heute nicht gefunden beziehungsweise geborgen werden konnten und somit immer noch eine unkalkulierbare nukleare Gefahr darstellen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Hat Czaja 2013 Lager verhindert?

Sozialsenator soll Asylunterkünfte aus der Nachbarschaft von Politikern ferngehalten haben



Unter Druck: Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU)

Bild: imago

Während von den Bürgern regelmäßig „Willkommenskultur“ angemahnt wird, stehen Berliner Politiker nun im Verdacht, durch Einflussnahme die Einrichtung von Asylbewerberunterkünften in ihrem Wahlkreis oder am eigenen Wohnort verhindert zu haben.

Erneut ist es Berlins Sozialsenator Mario Czaja, der im Zentrum schwerer Kritik steht und sich inzwischen immer mehr zur Sollbruchstelle der rot-schwarzen Koalition entwickelt. Bereits im Jahr 2013 soll der CDU-Politiker aus Rücksichtnahme auf Parteifreunde Standorte für neue Asylbewerberheime entweder verhindert oder genehmigt haben, so der Vorwurf, der im "Tagesspiegel" und der „B.Z.“ zu lesen war.

So soll eine behördeninterne E-Mail an den damaligen Chef des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso), Franz Allert, vom Januar 2013 existieren, worin es heißt, CDU-Mitglieder würden Wohneigentum rund um ein als Heim infrage kommendes Hostel besitzen – und einen Wertverlust ihrer Immobilien befürchten. Laut „B.Z.“ steht in der Mail wortwörtlich: „Lieber Herr Allert, – genau bedeutete dies, dass Herr Evers (gemeint ist damit offenbar Stefan Evers, der stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender) erläutert, u. a. welche CDU-Mitglieder im Umkreis des Jugendgästehauses Eigentum besitzen (Herr Diepgen und Herr Pflüger) sowie dass es sich um den Wahlkreis einer SPD-Abgeordneten handelt, die zur Bundestagswahl antritt.“ Und weiter: „Diese Eigentümer sehen einen Werteverlust ihrer Immobilien und werden – so die Aussagen von Herrn Evers – entsprechende politische Wege gehen, um dieses Vorhaben zu verhindern.“

Der damit in Verdacht geratene stellvertretender Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Stefan Evers, hat inzwischen gegenüber dem „Tagesspiegel“ jeglichen Versuch einer Einflussname abgestritten. „Ich habe nie mit dem Lageso gesprochen“, beteuert er. Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) hat die Einflussnahme von Politikern auf die Standortwahl für Asylbewerberheime indirekt verteidigt: „Zu den Aufgaben eines Parlamentariers gehört selbstverständlich auch die Frage, ob in seinem Wahlkreis sinnvoller Weise einzelne öffentliche Einrichtungen angesiedelt werden. Dazu gehört auch die Unterbringung von Flüchtlingen“, so der Ex-Politiker.

Ex-Bürgermeister Diepgen ebenfalls in der Kritik

Auch Diepgen, der sich im Berliner „Beirat für Zusammenhalt der Flüchtlingspolitik“ engagiert, sieht sich durch die Hauptstadtpresse dem Vorwurf ausgesetzt, er habe sich eingemischt, als das Lageso 2012/2013 ein Flüchtlingsheim in einem Hostel in Berlin-Wilmersdorf errichten wollte. Dieses Vorgehen scheint zumindest in der Vergangenheit kein Einzelfall gewesen zu sein. Interne Papiere aus dem Lageso, auf die sich die Zeitung „B.Z.“ beruft, scheinen nahezulegen, dass Spitzenpolitiker trotz Warnungen des Lageso vor fehlenden Unterkünften immer wieder versucht haben, neue Asylbewerberheime an bestimmten Standorten zu verhindern. Im Fokus der Vorwürfe steht damit erneut Sozialsenator Mario Czaja, in dessen Ressort die Aufsicht über das Lageso liegt.

So soll aus Papieren der Behörde sogar hervorgehen, dass Czaja Anfang 2013 ein „Akquiseverbot“ für ein Gebäude am Kirchhainer Damm (Tempelhof) verhängt habe. „Insider behaupten, dass dies auf Druck des Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak (CDU) geschehen sei, in dessen Wahlkreis das Heim geplant war. Tatsächlich brüstete sich Luczak öffentlich damit, das Heim beim Senat verhindert zu haben“, so die Darstellung der „B.Z.“.

Nach Recherchen des „Tagesspiegel“ haben allerdings nicht nur CDU-Mitglieder, sondern Bezirkspolitiker aller Parteien versucht, die Standortwahl von Unterkünften zu beeinflussen. Sozialsenator Czaja, der mit den neuen Vorwürfen erneut für Schlagzeilen sorgt, bestreitet vehement, aus parteipolitischen Gründen Standorte verhindert oder genehmigt zu haben. Nach eigener Darstellung sei es ihm 2013 einzig um die gerechtere Verteilung der Unterkünfte auf die Bezirke gegangen.

Derweil wächst der Druck auf Czaja weiter: Nach dem Vorwurf, er habe in der Vergangenheit Parteifreunde geschont, wird nun Kritik laut, er lasse inzwischen alles mit Asylbewerbern belegen, was auch nur halbwegs bezugsfertig oder provisorisch nutzbar ist. So werden vom Berliner Senat mittlerweile 50 Sporthallen für die Unterbringung von Asylbewerbern mit Beschlag belegt, sodass Sportunterricht und Vereinstraining oftmals nicht mehr stattfinden können. Angekündigt worden war der Zugriff auf die Sporthallen vom Senat nur als Ausnahme – mittlerweile ist der provisorische Sonderfall allerdings in immer mehr Bezirken Berlins der Normalfall.

Angesichts dessen drängen nicht nur erste Berliner Bezirke auf alternative Lösungen, sondern auch der Landessportbund. „Man hindert Kinder und Jugendliche am Sportunterricht. Man fängt an, ein Netzwerk zu zerstören, das für unsere Gesellschaft wichtig ist – nämlich die Vereine. Und man zerstört die Unterstützung für eine Aufnahme- und Willkommenskultur durch den Sport. Denn dazu braucht man Sporthallen“, appelliert der Präsident des Landessportbundes, Klaus Böger, an die politisch Verantwortlichen.

Norman Hanert

Erschrocken

Von Theo Maass

Dagmar Reim, Intendantin des RBB, hat sich zum Jahreswechsel beklagt, dass sie und ihre Kollegen mit der Bezeichnung „Lügenpresse“ bedacht worden seien. „Die etablierten Medien stehen in einer Glaubwürdigkeitskrise – auch der RBB“, räumte sie ein. Einsicht und Selbstkritik? Fehlanzeige. „Der Vorwurf ‚Lügenpresse‘ trifft mich, trifft uns überhaupt nicht, weil wir damit nichts zu tun haben.“ Sie hätte daher nicht erwartet, dass das Wort mittlerweile „im öffentlichen Raum ein solches Gewicht“ gewinnen würde. „Darüber bin ich erschrokken.“

Frau Reim spürt den Glaubwürdigkeitsverlust nicht, weil es ihr vollkommen egal sein kann, wer und wie viele Zuschauer ihr Programm einschalten. Ihr üppiges Gehalt kommt jeden Monat pünktlich auf ihr Konto dank der Zwangsgebühren, die fast jeder Bürger entrichten muss. Die Kollegen von den privaten Medien berichten zwar im gleichen Ton und Duktus, müssen sich aber wegen der im Sturzflug befindlichen Auflagenzahlen Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz machen.

Der Auftrag des Journalisten sei es, so Reim, „möglichst viele Quellen seriös zu befragen, zu gewichten und aufgrund seiner Kenntnisse einen Weg zu bahnen durch den Dschungel an Informationen, Pseudo-Informationen, Gerüchten, Verdächtigungen“.

Fast zeitgleich zu Reims Wehklagen erschien bei „tagesschau.de“ ein Beitrag des Journalisten Patrick Gensing über die Alternative für Deutschland. Gensing arbeitet gerne mit dem linken „Rechtsextremismusexperten“ Andreas Häusler zusammen, dessen „Arbeit“ in einem bekanntgewordenen Fall einer gerichtlichen Überprüfung nicht standgehalten hat. Gensing scheint den Unterschied zwischen einer Informationsmeldung und einer Kommentierung bis heute nicht verstanden zu haben. Er hat es darüber hinaus für richtig gehalten, seinen Meinungsjournalismus (auch von öffentlichen Zwangsbeiträgen finanziert) mit einem Bild zu illustrieren, das den Eindruck erwecken soll, die AfD-Funktionäre Björn Höcke und Andre Poggenburg würden nicht nur der NPD nahestehen, sondern seien eine Art Reinkarnation der NSDAP. Poggenburg wird dort durch geschickte Beleuchtung so dargestellt, als würde er „seinem Führer den Deutschen Gruß“ entbieten. Dabei reicht der Mann auf dem Bild nur das Mikrofon herüber.

Wie hatte Frau Reim postuliert? „Quellen seriös zu befragen, zu gewichten und aufgrund seiner Kenntnisse einen Weg zu bahnen durch den Dschungel an Informationen, Pseudo-Informationen, Gerüchten, Verdächtigungen“. Ja, Frau Reim, wo blieb Ihre Kritik an dem ARD-Kollegen Gensing? Alles seriös, was der Mann von sich gibt? Wen der Vorwurf „Lügenpresse“ ins Mark trifft, der sollte solche Entgleisungen innerhalb der ARD-Senderfamilie nicht ohne Gegenwehr durchgehen lassen.

Hundehalter vor dem Sieg

Grüne Stadträtin wollte Ausflugseen für Vierbeiner sperren

Der im Mai gestartete Versuch von Stadträtin Christa Markl-Vieto (Grüne), im Bezirk Steglitz-Zehlendorf ein Hundeverbot für zwei beliebte Ausflugseen zu erlassen (die *PAZ* berichtete), scheint als peinliche Provinzposse zu versanden. Die aus München stammende Markl-Vieto lebt seit ihrer Studentenzeit in Berlin. Sie gab sich zu Beginn der Auseinandersetzung entschlossen, ja rechthaberisch: „Das Thema wurde zehn Jahre diskutiert. Ich habe mich der Aufgabe nun angenommen. Und ich stehe für keinen Kompromiss zur Verfügung. Nicht jetzt.“

In der Folge kam es zu unschönen Szenen, etwa als Hundehasser Kinder, die ihre Hunde auf „erlaubten“ Wegen ausführten, attackiert haben. Das war für Markl-Vieto jedoch kein Thema. Stattdessen bemühte sie sich, im August eine Demonstration des Bürgervereins „Berliner Schnauzen“ auf den von ihr verbotenen Wegen zu unterbinden. Damit handelte sich die Stadträtin indes ihre erste Abfuhr ein. Das Verwaltungsgericht konnte keinen Grund für eine Einschränkung des Demonstrationsrechtes erkennen.

Am 15. Dezember 2015 kam nun das mutmaßliche Ende der Markl-Vietoschen Aktivitäten. Das Verwaltungsgericht gab einem klagenden Hundebesitzer Recht, der gegen die komplette Sperrung der Uferwege für Hunde geklagt hatte. Die Stadträtin hatte in ihrer Not noch den Versuch unternommen, die Seen in ihrer Gesamtheit zu Badestellen zu erklären, wusste aber auf die Frage von Richter Stephan Groscurth keine Antwort, der wissen wollte: „Was ist eine Badestelle im Sinne des Berliner Hundegesetzes?“ Der Richter kesselte die Politikerin mit weitere Fragen regelrecht ein: Warum gebe es „Badestellen im engeren Sinne“, die mit Pfählen markiert sind, auf denen sogar das Wort „Badestelle“ geschrieben stehe? Wo beginne und ende die Badestelle?

Fragen des Richters blamieren die Politikerin

Dies waren Fragen, die sich die grüne Stadträtin besser selbst gestellt hätte, bevor sie zu Verboten griff. Auch ihr Argument, ihre Maßnahmen seien eigentlich nur die Ausführung des Hundegesetzes und damit einfaches Verwaltungshandeln und nicht etwa eine Neuregelung, überzeugte den Richter nicht.

Zwar ließ das Gericht Berufung beim Oberverwaltungsgericht wegen der „grundsätzlichen Bedeutung“ der Angelegenheit zu, aber Beobachter rechnen bei der schwachen juristischen Argumentation des Bezirksamts dort nicht mit einem Erfolg.

Hans Lody

BUND verzögert die A 14

Klagen schleppen die Fertigstellung hinaus – die Wirtschaft leidet

Schon in den Anfängen des deutschen Autobahnbaus war eine Nord-Süd-Verbindung im mitteldeutschen Raum zwischen Dresden und Wismar vorgesehen. Aber erst infolge der Vereinigung von 1990 hat sich die Gelegenheit ergeben, dieses Vorhaben zu realisieren. Seit dem 21. Dezember 2015 ist die A 14 – wie das Bauprojekt nun heißt – wieder um 16,2 Kilometer gewachsen.

Schon Ende der 30er Jahre begannen die ersten Vorarbeiten im Raum Leipzig, die aber wegen des Kriegsausbruchs nicht weit gediehen. In den 70er Jahren konnte in der DDR der Streckenabschnitt Nossen (Nähe Dresden) bis Leipzig fertiggestellt werden. Seither quält sich die A 14 indes nur langsam voran. Grund ist der BUND, eine als gemeinnützig anerkannte Naturschutzorganisation, die gegen eine Vielzahl von Planungsabschnitten geklagt hat – oft bis zum Bundesverwaltungsgericht – und meist verlor. Das Ergebnis ist eine Autobahn, die heute in Wismar beginnt, seit dem 21. Dezember 2015 bis Grabow geht, von dort bis Warnow eine 9,8 Kilometer lange Lükke aufweist (im Bau, Fertigstellung für 2017 angekündigt), von Warnow bis Karstädt weiterführt, dann

Autobahn soll Leipzig und Wismar verbinden

noch ein 7,4 Kilometer langes „in der Luft hängendes Stück“ von Colbitz bis Wolmirstedt aufweist und erst 11,2 Kilometer weiter bei Dahlenwarsleben wieder Anschluss an einen fertiggestellten Abschnitt findet. Tatsächlich gelang es dem BUND vor dem Bundesverwaltungsgericht, den rund neun Kilometer langen Streckenabschnitt von Burgstall bis Colbitz für rechtswidrig erklären zu lassen. Oliver Wendenkampf, Geschäftsführer des BUND in Sachsen-Anhalt, triumphiert: „2015 waren die A -14-Planungen von Stillstand gekennzeichnet. Ich erkenne nicht, dass es da 2016 großartig weitergeht.“ Schlussendlich aber wird der BUND den Ausbau der für den strukturschwachen Raum dringend notwendigen Autobahnbau, nicht aufhalten.

Es ist nur die Frage, wie teuer der Bau wird und wie lang der BUND den Bau verzögern kann. Schon plant man dort neue juristische Schritte und bittet um Spenden: „Trotz guter Klagechancen muss sich der Landesverband gegen das Klagerisiko absichern. Wir benötigen noch weitere Spenden (mit Kennwort „Keine A 14“) oder Klageausfallbürgschaften.“

Die Wirtschaft der Region hofft dagegen auf eine baldige Fertigstellung. Insbesondere sehnt der Hafen von Wismar die neue Hinterlandanbindung durch die A 14 dringend herbei.

H. L.

MELDUNGEN

Vereinigung nicht um jeden Preis

Seoul – Stimmten bei einer Umfrage an südkoreanischen Universitäten nahezu alle aus dem Norden stammenden Studenten „unter allen Umständen“ für die Einheit Koreas, möchten 70 Prozent der südkoreanischen Studenten erst „wohlbedachte Bedingungen“ für den Zusammenschluss der beiden Staaten abwarten. Keinen Unterschied zwischen den aus dem Norden und dem Süden stammenden Studenten gab es bei der Frage eines Kollapses Nordkoreas. Beide Gruppen erachten in einem solchen Fall eine sofortige Vereinigung als realisierbar. Zur politischen Zukunft eines wiedervereinigten Korea wünschen sich 60 Prozent der einstigen Nordkoreaner ein System liberaler Demokratie, bei den gebürtigen Südkoreanern sind es rund 70 Prozent. *F.W.S.*

»Majdan keine Regierungsaktion«

Ottawa – Der Politologe Ivan Katchanovski von der Universität Ottawa kommt zu dem Schluss, dass das Massaker vom 20. Februar 2014 auf dem Majdan nicht dem damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch anzulasten ist. Für seine Studie hat er 1500 Videos, 5000 Fotos, Nachrichten- und Netzbeiträge von mehr als 100 Journalisten, Aufzeichnungen des Funkverkehrs der Sicherheitskräfte, Augenzeugenberichte, ballistische Untersuchungen und Aufzeichnungen aus dem Majdan-Prozess ausgewertet. Danach besteht für ihn kein Zweifel daran, dass es sich bei den Schüssen „nicht um eine Regierungsaktion“ gehandelt habe, sondern „um eine minutiös geplante und durchgeführte Aktion“ einer oppositionellen Allianz „unter anderem des Rechten Sektors, Swobodas und der Allukrainischen Vereinigung Vaterland, mit dem Ziel die Regierung zu stürzen und die Macht zu ergreifen“. *J.H.*

EU hält die Ukraine über Wasser

Kiew bedient Kredit gegenüber Russland nicht mehr – IWF ändert Regeln zugunsten des Pleitestaates

Der Ukrainekonflikt geht in seine nächste Runde. Mit dem Inkrafttreten des EU-Assoziierungsabkommens und dem OSZE-Vorsitz Deutschlands erhofft die ukrainische Regierung sich positive Impulse, doch Krieg und die drohende Staatspleite belasten auch 2016 das krisengeschüttelte Land.



Demokratie auf Ukrainisch: Abgeordnete der Obersten Rada zerren Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk bei der Sitzung vom 11. Dezember während eines eskalierenden Streits vom Rednerpult weg Bild: action press

Im Grunde ist die Ukraine längst pleite. Spätestens seit Premierminister Arsenij Jazenjuk am 20. Dezember die fällige Rückzahlung eines Kredits an Moskau verweigerte, hätte Kiew kein neues Geld mehr aus dem Westen erhalten dürfen. Denn laut den Statuten des Internationalen Währungsfonds (IWF) darf der Währungsfonds einem Land, das Kredite einer anderen Regierung nicht zurückzahlt, kein Geld leihen. Doch im Dezember änderte der IWF seine Kreditregeln, um die Ukraine weiter unterstützen zu können. So steht der Auszahlung eines mit dem IWF vereinbarten Kredits an Kiew in Höhe von 17,5 Milliarden US-Dollar im März nichts mehr im Wege.

Dass die Ukraine ihren Schuldenberg aber jemals abtragen wird, ist mehr als unwahrscheinlich. Das Land befindet sich auf dem Weg in eine Hyperinflation: Allein 2015 ist die Geldentwertung um 44 Prozent gestiegen. Die Ukraine trägt eine Schuldenlast von insgesamt 71,5 Milliarden Dollar. Jahrelange Misswirtschaft hat das Land in den Abgrund getrieben. Die Devisenreserven sind von zirka 40 Milliarden Dollar 2011 auf sechs Milliarden Anfang 2015 gefallen. Bislang war der IWF der Hauptgeldgeber der Ukraine Mit dem EU-Assoziierungsabkommen richten sich aber die Hoffnungen auf die EU. Wie alle anderen Beitrittskandidaten geht die Ukraine davon aus, dass ein Beitritt zur EU mit einem Geldsegen aus Brüssel verbunden sei. Da die EU aber selbst nur noch verzweifelt gegen Budgetdefizite infolge der Griechenland- und anderer Krisen erfolglos anspart, dürfte sie sich die Finanzierung weiterer Pleitestaaten auf Dauer nicht mehr leisten können.

Weil Russland fürchtet, dass mit dem Inkrafttreten des Freihandels mit der EU über die Ukraine vermehrt EU-Waren ins Land strömen könnten, hat Moskau seinerseits ab dem 1. Januar seine bis dahin noch bestehenden Freihandelsabkommen mit Kiew gekappt.

Die Folgen einer auf ihrem Rükken ausgetragenen und gegen Russland gerichteten Geo-Politik wird die Ukraine hart treffen. Sie wird kaum davon profitieren können, da die Abhängigkeit von Russland nicht nur im Gasbereich, sondern im gesamten Außenhandel groß ist. Stattdessen wird die Ukraine, wie Rumänien oder Bulgarien zuvor, bald die Realität der EU zu spüren bekommen: Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein, eine Forderung, die für ein zahlungsunfähiges Land wenig sinnvoll ist. Die Ukraine kann sich einen Beitritt zur EU eigentlich nicht leisten, während die EU weitere Hilfspakete gar nicht mehr finanzieren kann. Dennoch soll die

Europäische Steuerzahler treten für Schulden ein

Ukraine aus geostrategischen Gründen vom europäischen Steuerzahler über Wasser gehalten werden, wobei der deutsche Steuerzahler die Hauptlast tragen wird.

Seit Neujahr hat Deutschland den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Kiewer Regierung hofft, dass Deutschland die richtigen Lösungswege finden wird, um Russland zu einem Einlenken im Kampf um die Ostukraine zu bringen. Dabei wächst im Westen die Kritik an der ukrainischen Regierung. Sowohl die EU als auch die USA zeigen immer offener ihre Unzufriedenheit. Joe Biden kritisierte bei seinem Besuch in Kiew Jazenjuk scharf. Der Regierung wird mangelnder Reformeifer sowie fehlende Korruptionsbekämpfung vorgeworfen. Oligarchische Strukturen und Korruption bleiben unter dem Oligarchen Poroschenko unberührt.

Die EU will eine Beruhigung in der Ostukraine herbeiführen, weil sie befürchtet, dass sonst beide Seiten verlieren. Seit dem Minsk-II-Abkommen zeichnet sich eine weitgehende Beruhigung des Konflikts in der Ostukraine ab. Dennoch geht niemand davon aus, dass 2016 die Vereinbarungen von Minsk-II vollständig umgesetzt werden, weshalb die Sanktionen gegen Russland verlängert wurden. Es zeichnet sich ein „eingefrorener Konflikt“ ab, von dem Russland doppelt profitiert: Da die ukrainische Regierung sich schwer tut, die im Abkommen vorgeschriebene Verfassungsänderung umzusetzen, die den Regionen mehr Autonomie gewähren würde, hat Moskau einen Grund, die Rebellen im Donbass weiter zu unterstützen. Indem Russland der Ukraine den Pleitestempel wegen des nicht bedienten Kredits aufdrückte, zwang es den IWF, seine Statuten zu ändern.

In der Ukraine tobt ein offener Machtkampf zwischen Nationalisten und Pragmatikern. Der Tumult und Handgreiflichkeiten gegen Jazenjuk bei einer Parlamentssitzung im Dezember zeugen ebenso vom Unmut der notleidenden Bevölkerung, die zusehen muss, dass das Geld des Westens nicht bei ihr ankommt, sondern für die Rüstung genutzt wird. Eine neue Majdan-Revolution halten Experten für möglich. Trotz dieser explosiven Lage setzt die EU nun die Visumpflicht für die Ukraine wie auch für Georgien und den Kosovo aus, obwohl die Flüchtlingskrise noch nicht einmal ansatzweise gelöst ist und bei Visafreiheit mit weiterer Immigration zu rechnen ist.

Hintergrund dafür dürften geopolitische Erwägungen der Nato sein, die Europa gegen Russland neu ordnen will. Die Ukraine als Vorposten, das Kosovo als wichtigste Luftwaffenbasis gegen Russland und Georgien wegen seiner strategischen Bedeutung für Russland, sollten möglichst schnell an die EU angebunden werden.

Manuela Rosenthal-Kappi

Betriebsunfall Korsika

Nach den Kommunalwahlen in Frankreich regieren die Separatisten

Im Schatten des Vormarsches des Front National (FN) bei den Regionalwahlen in Frankreich sorgten Korsikas Autonomisten für eine kleine Sensation. Erstmals wurde die Unabhängigkeitsbewegung stärkste Partei auf der Insel. Die autonomistische Liste „Pè a Corsica“ (Korsika erhebe dich) von Gilles Simeoni kam nach einer Listenfusion beim zweiten Wahlgang mit der radikaleren „Corsica Libera“ (Freies Korsika) von Jean-Guy Talamoni auf 35 Prozent der Stimmen.

Wegen des Mehrheitswahlrechts, das 2005 zur Schwächung des FN auch bei den Regionalwahlen eingeführt wurde, konnte Simeonis Bewegung 24 der 51 Sitze im Regionalparlament der Insel (Assemblé de Corse) erobern. Während Talamoni Parlamentspräsident werden soll, hat der bisherige Bürgermeister von Bastia Simeoni das Amt des Vorsitzenden der Regionalregierung (Conseil exécutiv) für sich reklamiert. Mit den Separatisten hatten die etablierten Parteien nicht gerechnet, denn sonst hätten sich Sozialisten und Republikaner wohl beim entscheidenden zweiten Wahlgang wie in den Hochburgen des FN gegenseitig gestützt und wären so selber Nutznießer des Mehrheitsrechts geworden.

»Pè a Corsica« wurde von den etablierten Parteien unterschätzt

Das Wahlprogramm von „Pè a Corsica“ enthält Forderungen wie die nach der Anerkennung der dem Italienischen eng verwandten korsischen Sprache als Amtssprache auf der Insel, was als mit dem französischen Zentralismus unvereinbar gilt. Eine Sonderbehandlung Korsikas in der französischen Verfassung und ein sogenanntes Inselstatut für 320 000 Einwohner gibt es bereits. Deshalb hat es Paris im Falle Korsikas im Gegensatz zum Elsass nicht gewagt, die Region mit einer oder mehreren weiteren zu fusionieren. Simeoni und Talamoni werfen Paris vor, auf Korsika eine „Kolonialherrschaft“ auszuüben, die für Klientelismus, Korruption und letztlich auch die grassierende Kriminalität verantwortlich sei. Simeoni verlangt die Erwähnung Korsikas in der französischen Verfassung, um eine Erweiterung der Autonomie der Insel und eine eigene Gesetzgebung durchsetzen zu können. Infolge der Gebietsreform sollen in Korsika Anfang 2018 die zwei ungeliebten Départements Corse-du-Sud (Südkorsika) und Haute-Corse (Oberkorsika) mit ihren von Paris ernannten Präfekten abgeschafft und dafür die Stellung der Regionalregierung gestärkt werden.

In zwei Jahren finden jedoch schon wieder Neuwahlen für das Regionalparlament statt, und dann werden die etablierten Parteien die Autonomiebewegung nicht mehr unterschätzen und sich wie 2015 bei der Bekämpfung des Front National gegenseitig stützen. So könnte die neugewonnene Macht der Autonomiebewegung schon in wenigen Jahren ihr Ende finden. *Bodo Bost*

Gilles Simeoni

Gilles Simeoni (48), der seine Anhänger grundsätzlich nur in korsischer Sprache begrüßt, ist der Sohn des legendären korsischen Unabhängigkeitskämpfers und Arztes Edmond Simeoni (81), der ab 1970 mit Waffengewalt und der Maurenkopffahne für „die Wiedergeburt Korsikas“ gekämpft hatte. Der Sohn, der als Rechtsanwalt viele gewaltbereite Separatisten vertreten hat, will nun mit politischen Mitteln das Werk des Vaters fortführen. *B.B.*

Wer schickt Bodentruppen?

Ohne sie ist der »Islamische Staat« kaum in die Knie zu zwingen

Nach den Pariser Terroranschlägen des „Islamischen Staates“ (IS) kommen mittlerweile fast im Wochentakt neue Länder zum Kampf gegen das Terrorkalifat hinzu. Insgesamt umfasst das Bündnis der Willigen jetzt an die 60 Staaten. Alle Staaten waren sich von Anfang an einig, dass nur Bodentruppen den IS in die Knie zwingen können. Diese Bodentruppen sollten aus dem Morgenland und nach Möglichkeit auch noch aus Arabien stammen. Aus welchen Staaten konkret diese Truppen allerdings kommen sollen, ist die große Frage.

Die einzigen arabischen Staaten, die an das Terrorkalifat grenzen, sind Jordanien und Saudi-Arabien. Saudi-Arabien wäre wohl das Schlüsselland für einen Bodeneinsatz gegen den IS. Seit einem halben Jahr führt Saudi-Arabien, das unter seinem neuen Kronprinzen seine Militärstrategie offensiv geändert hat, bereits eine arabische Koalition von Bodentruppen gegen die schiitischen Huthi-Rebellen im Jemen an. Ob das wahhabitische Königreich seine Armee auch gegen die bereits viel näher an den Grenzen des eigenen Reiches stehenden IS-Dschihadisten schicken würde, darf mehr als bezweifelt werden. Die hoch bezahlten Truppen des saudischen Königreiches würden dort auf hoch motivierte salafistische Kämpfer stoßen, die derselben steinzeitislamischen Ideologie anhängen wie sie selber. Sie würden auf dieselben Kampffahnen treffen, die sie selber ihr Eigen nennen, nur in grüner anstatt in schwarzer Farbe. Der prominente arabische Journalist Abdul Bari Atwan sagte deshalb in einem Fernsehinterview: „Die Hälfte der saudischen Armee wird sich dem IS anschließen … Denn das wahhabitische Denken herrscht sowohl im saudischen Militär als auch im IS vor.“ Auch Katar, wo ebenfalls

Die Saudis, Katar und die Türkei sind wie der IS sunnitisch

der wahhabitische Islam Staatsreligion ist, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten fürchten die Auswirkungen eines solchen Einsatzes im eigenen Land, lehnen einen Einsatz ihrer Bodentruppen gegen den IS ab.

Es scheinen also nur nichtarabische muslimische Nachbarstaaten wie die Türkei oder der Iran für die Bodenoffensive gegen den IS in Frage zu kommen. Die Türkei als ein mehrheitlich sunnitischer Staat drängt es nicht zu einer Bodenoffensive gegen den sunnitischen IS. Bei einer vollkommenen Neuordnung der Region infolge eines Machtzuwachses des IS und eines Zerfalls weiterer Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches könnte die Türkei endlich die lang ersehnte Landbrücke zu den türkischen muslimischen Brüdern in Zentralasien herstellen und ein neues Osmanisches Reich errichten. Dafür muss die Türkei jedoch zunächst verhindern, dass aus dem Zerfall staatlicher Strukturen die Kurden als erste Profit ziehen und um die Türkei herum einen eigenen Staat errichten, der den Traum von der Landbrücke zu den türkischen Brüdern in Zentralasien schnell zum Platzen bringen könnte. Aus diesem Grunde hat die Türkei jetzt zwar Bodentruppen in den Irak entsandt, aber nicht um den IS zu bekämpfen, sondern die Kurden, die dort gerade von der Bundeswehr und anderen westlichen Nato-Staaten an modernen Waffen ausgebildet werden.

Der Iran ist bereits mit Militärberatern und Freiwilligen in Syrien und dem Irak im Einsatz, weil dort befreundete, Schiiten nicht diskriminierende Regierungen bedroht sind. Abgesehen vom Iran scheint derzeit kein Staat bereit zu sein, Bodentruppen für den Kampf gegen den IS zur Verfügung zu stellen. *B.B.*

Ein allzu märchenhaftes Jobwunder

Was ist dran am Spruch, deutsche Unternehmen benötigten nichts dringender als arbeitsfähige Zuwanderer?

Wie ein Schwamm soll der deutsche Arbeitsmarkt hunderttausende Zuwanderer aufsaugen und mit Jobs versorgen. Dabei sind die Beschäftigungsdaten längst nicht so vielversprechend, wie es vor allem Arbeitsministerin Andrea Nahles immer wieder verkündet.

Eine Ministerin im Glück: Jede Menge offener Stellen hat Andrea Nahles den Arbeitswilligen von Flensburg bis Freiburg anzubieten. Die Rede ist von einem geradezu märchenhaften Jobwunder, denn es wächst je nach Bedarf mit.

Als im letzten Jahr – frühen Schätzungen zufolge – rund 600 000 Asylsuchende erwartet wurden, konnte die 45-jährige SPD-Politikerin aus Weiler bei Mayen den Zuwanderern umgehend die gleiche Zahl an Jobs offerieren. Die Zahl der Asylsuchenden stieg und stieg, Andrea Nahles zog in Interviews und Reden umgehend nach: „Bei der Bundesagentur sind bundesweit 600 000 freie Stellen gemeldet. Tatsächlich liegt die Zahl wohl eher bei einer Million“, verkündete sie jüngst.

Nun gibt es berechtigte Zweifel daran, dass die Masse der Asylsuchenden überhaupt tauglich ist fürs deutsche Berufsleben. Wirtschaftsexperte Hans Werner Sinn, Präsident des Institutes für Wirtschaftsforschung, warnte gerade im Berliner „Tagesspiegel“ vor der hohen Analphabetenquote in Afghanistan, dem Land, aus dem im November die zweitmeisten Asylsuchenden kamen. Die allermeisten kamen wie in den vorherigen Monaten aus Syrien. Ein hoher Bildungsgrad ist auch bei ihnen nicht zu erwarten. Im selben Interview wies Sinn darauf hin, dass 65 Prozent der Menschen in Syrien nicht einmal in der Lage sind, das niedrigste Niveau der Pisatests zu bestehen.

Aber selbst wenn die Zuwanderer im Turbotempo rechnen, schreiben und lesen lernen, bleibt trotzdem fraglich, ob der Arbeitsmarkt so aufnahmefähig ist, wie es die Zahlen nahelegen. Warten wirklich eine Million freie Jobs auf tatkräftige Syrer, Afghanen und andere Zuwanderer?

Diese Summe ergibt sich einerseits aus der Zahl der freien Arbeitsplätzen, die der Agentur für Arbeit gemeldet werden. Gleichzeitig wird dort auch das Angebot privater Jobbörsen ausgewertet. Eine Praxis mit enormer Fehlerquote. Schnell werden Anzeigen doppelt gezählt, oder es fließen solche in die Wertung ein, die bereits besetzt sind, aber noch nicht gelöscht wurden.

Außerdem entspricht längst nicht jede Stellenanzeige tatsächlich einem freien Arbeitsplatz. Firmen nutzen solche Annoncen oft schlicht und einfach zur Eigenwerbung. Formulierungen wie „... für den Ausbau des Bereiches Auslieferung und Logistik“ oder „um dem Wachstum unserer Unternehmens gerecht zu werden, suchen wir ...“ suggerieren Investoren, Konkurrenten und den möglichen Kunden ein florierendes Unternehmen. Manche Firmen schalten auch einfach in regelmäßigen Abständen Anzeigen, um ständig ein paar Bewerbungen für den Notfall in der Schublade zu haben.

> Merkwürdig gelassen lässt die Wirtschaft der Fachkräftemangel

Wie hoch der Prozentsatz von solchen Scheinangeboten ist, kann niemand sagen. Aber selbst wenn er eher gering ausfallen sollte, bleibt dennoch die Frage, welche Schlüsse sich eigentlich aus der Zahl der freien Stellen ziehen lassen. In einem offenen Arbeitsmarkt werden ständig Arbeitsplätze frei und müssen neu besetzt werden. Es herrscht eine natürliche Fluktuation. Über die zusätzlichen Aufnahmekapazitäten einer Volkswirtschaft sagen solche Momentaufnahmen wenig aus.

Andere Indikatoren zeigen eher, wie groß der Bedarf an neuen Arbeitskräften ist. Dazu gehört die Arbeitslosenquote. Sie lag im Dezember bei 6,1 Prozent. 2,681 Millionen Menschen wurden in Deutschland als arbeitslos geführt. „So wenige wie seit 1991 nicht mehr“, jubelt Frank Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit. Tatsächlich sind es mindestens 3,5 Millionen Arbeitslose, wenn man die Zahlentricks der Verantwortlichen herausrechnet. Auch diese Zahl ist zwar erfreulich niedrig, aber eine Vollbeschäftigung oder gar eine Überbeschäftigung, wenn die Zahl der offenen Stellen also größer ist als die der Erwerbslosen, sieht anders aus.

Trotz der allgegenwärtigen Klagen über den Fachkräftemangel scheint zudem die Wirtschaft merkwürdig gelassen mit dem angeblichen Engpass an „Humankapital“ umzugehen. Der 74-jährige Wirtschaftsingenieur und Buchautor Heiko Mell („Erfolgreiche Karriereplanung“) hat diesen Widerspruch plastisch beschrieben: „Fest steht, dass sich die Industrie nicht so benimmt, als würden ihr 50 000 Ingenieure fehlen. Ich weiß, wie es aussieht, wenn die Industrie verzweifelt Arbeitskräfte sucht: Umfassende Werbekampagnen, Geld spielt kaum eine Rolle, es wird in den einschlägigen Medien inseriert, dass es nur so raucht. Zusätzlich werden alle Berufseinsteiger aufgesaugt, derer man habhaft werden kann. Arbeitslose sind ebenso gern gesehen wie Ältere. Davon kann im Augenblick keine Rede sein.“

Aber was wird später sein, wenn sich der demografische Wandel mit voller Wucht auswirkt? Wenn es viele Rentner und wenig Berufseinsteiger gibt? Dann werden die Azubis und Trainees der Zukunft höchstwahrscheinlich dennoch froh sein, dass sie überhaupt eine Stelle gefunden haben. Unter Technikexperten ist es eine ausgemachte Sache, dass der Einsatz von Robotern und anderen Technologien in den kommenden Jahren Millionen Arbeitsplätze kosten wird (Siehe *PAZ* 46, Seite 4). Für Zuwanderer wird das beschworene Jobwunder der Andrea Nahles auch dann nicht mehr als ein Märchen bleiben. *Frank Horns*



Arbeitsministerin Andrea Nahles will eine Million freie Stellen ausgemacht haben Bild: Imago



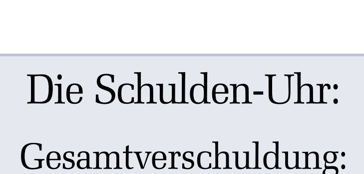
MELDUNGEN

Atommülllager neu strukturiert

Berlin – In den kommenden Monaten soll eine bundeseigene Gesellschaft für Endlagerung (BGE) als Betreiber der künftigen Atommülllager gegründet werden. Die bestehenden Betreibergesellschaften sollen in die neue Gesellschaft überführt werden. Auf Behördenseite soll das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) für Endlager-, Zwischenlager- und Transportfragen zuständige Aufsichtsbehörde werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) wird die entsprechenden Zuständigkeiten verlieren. BGE und BfE werden dem Bundesumweltministerium unterstellt werden. *U.M.*

Zweifel an Wirtschaftskraft

Berlin – Die Deutschen verlieren den Glauben an die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Doeblin. Auf die Frage, ob Deutschland seinen internationalen Rang als erstklassiger Wirtschaftsstandort erhalten wird, bejahten nur 29 Prozent der Befragten diese Aussage. Ein halbes Jahr zuvor hatten noch 45 Prozent zugestimmt. Als ursächlich für den Stimmungswandel sieht das Institut die dramatisch angestiegene Zuwanderung. *U.M.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.845.495.615 €
Vorwoche: 2.027.742.024.517 €

Verschuldung pro Kopf:
25.010 €
Vorwoche: 25.009 €

(Dienstag, 5. Januar 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Immer mehr »Luftgeld«

Steigende Target2-Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB

Nachdem es um die Target2-Forderungen der Bundesbank für einige Zeit still geworden war, hat sich das mit den unlängst vorgelegten Zahlen der Zentralbank der Bundesrepublik wieder geändert. Wie aus der Statistik der deutschen Bank hervorgeht, haben sich allein im November die unbeglichenen deutschen Forderungen an andere Zentralbanken der Euro-Zone im Rahmen des ursprünglich als „Echtzeit-Verrechnungssystem“ konzipierten Target2-Mechanismus um fast 30 Milliarden Euro erhöht. Noch offen sind damit insgesamt Forderungen der Bundesbank über 592,518 Milliarden Euro.

Aus Sicht des Wirtschaftspublizisten Peter Boehringer nähert sich die Euro-Zone damit wieder in großen Schritten einer Situation, wie sie bereits im Jahr 2012 zu beobachten war, als die Bundesbank schon einmal extrem hohe Target2-Forderungen in ihren Büchern hatte. Auf dem Höhepunkt der Euro-Krise hatte die deutsche Zentralbank Forderungen von über 700 Milliarden Euro gegenüber Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien und Irland angehäuft.

„Der ursprünglich als reines Verrechnungskonto gedachte Target2-Mechanismus wird von der EZB und der Bundesbank bereits seit 2008 als Kreditfazilität für die Euro-Südländer missbraucht. Deutschland liefert volkswirtschaftlich betrachtet mittels Target2 reale Waren gegen Luftgeld – im Jargon der Bundesbank auch ‚Target2-Forderungen‘ genannt“, so die Einschätzung Boehringers, der Sprecher des Fachausschusses „Geld, Euro, Währungen“ der Alternative für Deutschland (AfD) in Bayern ist.

> Die Forderungen übersteigen 592 Milliarden Euro

Kritiker wie etwa Professor Werner Sinn bemängeln schon seit Jahren, dass Deutschland damit für wirtschaftlich angeschlagene Euro-Länder Risiken eingeht, auf denen es im Notfall sitzen bleiben wird. Böse Zungen behaupten, dass ohne den Missbrauch des Target-Systems der Euro schon im Krisenjahr 2008 in eine tiefe Liquiditätskrise geraten wäre.

Dass andere Zentralbanken der Euro-Zone ungefragt über lange Zeit bei der Bundesbank etwas für Importe aus Deutschland quasi „anschreiben“ lassen können, ist nicht der einzige Konstruktionsfehler des Euro-Systems, der sich mittlerweile immer drastischer bemerkbar macht. Erst vor Kurzem ist bekannt geworden, dass es in der Euro-Zone mit dem bislang geheim gehaltenen Anfa-Abkommen (Agreement on Net Financial Assets) ein mehr als 700 Milliarden Euro schweres Geheimvehikel gibt, das sich zur Staatsfinanzierung missbrauchen lässt. Medienberichten zufolge stehen Länder wie Italien, Frankreich, Griechenland und Irland auch tatsächlich im Verdacht, dass sie über den Ankauf von Wertpapieren einschließlich eigener Staatsanleihen durch ihre Zentralbanken unabhängig von der EZB die Notenpresse angeworfen haben. Laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sollen vor allem die Banca d'Italia und die Banque de France auf eigene Rechnung in dreistelliger Milliardenhöhe Papiere angekauft haben. Inzwischen liegt von Regierungspolitikern wie dem SPD-Finanzexperten Carsten Schneider oder dem CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs die Forderung an die EZB zur Offenlegung des Anfa-Geheimpakts vor. *Norman Hanert*

»Zukunft Bahn«

Mit neuem Konzept will das Staatsunternehmen besser werden

Die Deutsche Bahn hat vergangenes Jahr tiefrote Zahlen geschrieben. Das habe, so der Vorstandsvorsitzende Rüdiger Grube, mit sogenannten Anlaufkosten und mit Verlusten bei einer DB-Tochter zu tun und betreffe nicht das operative Geschäft. Der Staatskonzern rechne mit zwei Milliarden Euro Sonderbelastungen in diesem und im nächsten Jahr. Davon entfielen 1,3 Milliarden auf Sonderabschreibungen im Güterverkehr. Weitere 700 Millionen Euro gingen in Rückstellungen für die Restrukturierung. Die endgültigen Werte stünden allerdings erst mit den Jahresabschlüssen 2015 und 2016 fest, so der Bahn-Chef.

Dennoch gilt die Stimmung in der Konzern-Zentrale als unterkühlt. Grube hatte vor Jahren eine „Brot-und-Butter-Strategie“ angekündigt, er wollte den klassischen Schienenverkehr stärken. Mehr Service, mehr Sauberkeit, weniger Verspätungen. Doch an der Umsetzung hapert es. Zwar haben unabhängige Unternehmensberater festgestellt, dass die Kundenzufriedenheit in Sachen Sauberkeit in Zügen und Bahnhöfen zugenommen habe, aber noch immer kommt ein Drittel aller Züge zu spät an. Der Personenverkehr der Bahn habe keinen sonderlich guten Ruf, heißt es.

Vorstand und Aufsichtsrat haben nun ein Konzept mit dem Titel „Zukunft Bahn“ auf den Weg gebracht und dafür 20 Milliarden Euro bereitgestellt. Sie sollen über fünf Jahre verteilt in die Qualität des Angebots investiert werden. Zehntausende Weichen sollen Sensoren erhalten, die vor Störungen warnen. Anzeigen werden umprogrammiert, um mehrere erwartete Züge abbilden zu können. Mobile Reparatur- und Servicetrupps sollen defekte Toiletten und Bordrestaurants schneller wieder nutzbar machen.



Rüdiger Grube

Grube setzt nun auf die Abteilung Attacke. „Vielleicht haben wir bisher zu sehr in Zuständigkeiten gedacht und nicht in Verantwortlichkeiten. Wir waren zu sehr Defensiv-Spieler, für uns war schon ein Unentschieden ein Erfolg.“ Kostenloses Drahtlos-Internet wie in der ersten Klasse des ICE soll im kommenden Jahr auch für die zweite Klasse folgen. Auch die Intercitys sollen online gehen, dieser Prozess soll bis 2020 abgeschlossen sein. Es gibt Überlegungen für einen digitalen Reisebegleiter, ein sogenanntes Live Ticket.

Doch Beobachter der Szene warnen vor zu großer Euphorie. Der Staatskonzern mit seinen 300 000 Beschäftigten gilt als schwerfällig. Zudem gilt die Eisenbahn aufgrund langatmiger Entwicklungszeiten ohnehin als schwieriges Geschäft.

Mit Sorgen blickt der Vorstand vor allem auf die private Konkurrenz, die im Gegensatz zur Deutschen Bahn nicht mit dem unrentablen Einzelwagen-Prinzip arbeiten. Mittlerweile drängen zwei Anbieter zumindest auf den Fernverkehr-Markt. Und auch der Güterverkehr bereitet Probleme. Mittelfristig könnten 2600 Arbeitsplätze wegfallen, vermutet Personalvorstand Ulrich Weber. Und noch eine weitere Unwägbarkeit gibt es für Grube und Co.: Der Aufsichtsrat hat den Umbauplänen bisher noch nicht zugestimmt. *Peter Entinger*

Bittere Wünsche

Von Florian Stumfall

Fürbitten um den Frieden auf der Welt und Segenswünsche für eine glückliche Zukunft gehören zu den unabdingbaren Ritualen zu Beginn eines neuen Jahres. Doch das führt leider sehr schnell zu der Erkenntnis, dass nicht jedem Ritual ein Wesenskern innewohnt, sondern manches eine leere Formel darstellt. Es kommt sehr darauf an, wer derlei vorträgt. Vor allem der Wunsch nach Frieden und Sicherheit gehört ohne Frage zu den augenscheinlichen Anliegen angesichts kriegerischer Verwicklungen, in die sich Deutschland von seinen Freunden hat hineinziehen lassen, und angesichts der Gefahren durch den Terrorismus, die mehr oder weniger mit dem Kriegführen zusammenhängen.

Da schmecken Friedenswünsche einer Kanzlerin, die im Parlament gerade einen neuen Feldzug durchgepeitscht hat, ein wenig bitter und das Anliegen der Sicherheit scheint einem bei einem Innenminister nicht gut aufgehoben zu sein, der glattweg bestreitet, dass Terroristen auch den gewaltigen Flüchtlingsstrom nutzen, um unbeobachtet in Europa einzusickern. Das behauptet er auch noch, nachdem man ein Dutzend Leute mit nach IS-Art gefälschten Pässen eingefangen hat – das allerdingsmehr durch Zufall. Die Politik aber weigert sich, die Wirklichkeit zu sehen. Diese nämlich zeigt, dass das Schengen-System kurz vor dem Zusammenbruch steht und sogar die Eurokraten wissen, dass es dann nicht mehr weit ist bis zum Ruin der EU samt einer nach zigtausenden zählenden Funktionärs-Kaste und der Macht einer Oligarchen-Clique über eine halbe Milliarde Untertanen.

Der Hauptverdächtige der Anschläge von Paris wurde dreimal von der Polizei angehalten, kontrolliert und dann wieder weitergeschickt. Doch Zwischenfälle dieser Art verlieren angesichts der Mahnung, Flüchtlinge nicht unter „Generalverdacht“ zu stellen, völlig an Gehör. Natürlich ist ein Generalverdacht Unsinn. Aber jeden, der illegal nach Deutschland kommt, von vorne herein allen Misstrauens zu entheben, ist nicht nur Unsinn, sondern auch brandgefährlich. Tatsächlich eignet sich das Generalverdachts-Mantra famos als Camouflage für Gewalttäter.

Der Friede scheint ebenso wie der Glaube und der Bestand der Sitten zur reinen Privatsache geworden zu sein. Wer ein christliches Weihnachten feiert, der mag diesen Frieden spüren, ganz in seinem Inneren, aber wer weiß? Vielleicht kennt er einen, der schon auf dem Weg nach Syrien ist, um dort die Botschaft von Frieden, Freiheit und Demokratie zu verkünden. Aber während man Soldaten ausschickt, damit diese in fremden, meist muslimischen Ländern die Regeln verkünden sollen, nach denen zu leben sei, damit das der Nato wohlgefalle, werden im eigenen Land die Stimmen derer lauter, die davor mahnen, durch zu viel Weihnachten und christliches Gepränge die hier lebenden Söhne des Propheten zu verstören.

Weite Teile der Politik scheint der Schwachsinn ergriffen zu haben. Wäre das nicht so, dann gälte die Regel: Lebt Ihr in Syrien, im Irak oder im Jemen nach Eurer Art, wir leben hier nach der unseren und keiner pfuscht dem anderen drein. Dazu bräuchte man keine Bomben, und die Rede vom Frieden wäre glaubhafter, das vielbeschworene Wertgefüge Europas ein wenig überzeugender und die Politiker gewännen wieder so etwas wie Achtung und Vertrauen.

Europa kuscht vor Erdogan

Von Bodo Bost

Angesichts einer Lage, in der die Türkei immer mehr im Bürgerkrieg versinkt und so noch mehr Flüchtlinge produziert sowie angesichts der Tatsache, dass der Rechtsstaat immer mehr außer Kraft gesetzt wird, ist die Politik der EU und der Bundesregierung nicht nachzuvollziehen.

Die kritische Presse ist in der Türkei mundtot gemacht, die kritischen Richter und Staatsanwälte sind ausgeschaltet und zum Teil inhaftiert. Und der vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen im Sommer aufgekündigte, seit zwei Jahren andauernde Waffenstillstand mit der PKK könnte den fast 30-jährigen Konflikt in der Türkei wieder neu anfachen, der noch gar nicht richtige zur Ruhe gekommen war. In den 1980er und 1990er Jahren waren im Südosten der Türkei über 60 000 Menschen in diesem Konflikt ums Leben gekommen. Ein neuer Bürgerkrieg mit den Kurden in der Türkei wäre das Letzte, was die internationale Anti-IS-Koalition, die gerade erst dabei ist, sich zu bilden, derzeit gebrauchen kann, weil die Kurden in den beiden Kriegen im Irak und in Syrien an vorderster Front gegen den IS stehen.

EU-Verhandlungen trotz Bürgerkrieg und Demokratiedefiziten

Den zweijährigen Waffenstillstand haben militante kurdische Jugendliche genutzt, um sich in den mehrheitlich kurdischen Städten militärisch besser einzurichten. Über Nacht sind in manchen Orten wie in der Altstadt von Diyarbakir oder Nuseybin Barrikaden und Schützengräben entstanden, die jetzt ein schweren Hindernis für die türkischen Sicherheitskräfte darstellen und diese Städte seit Wochen lahmlegen. 200 000 Kurden sollen bereits die Städte verlassen haben, um sich dem Flüchtlingsstrom nach Europa anzuschließen, denn die Regierung will mit einer 10 000 Mann umfassenden Armee gegen die aufständischen Kurden in den von ihnen dominierten Großstädten vorgehen. Dies ist genau das entgegengesetzte Szenario als im vergangenen Bürgerkrieg, als die PKK von ländlichen Regionen aus den Kampf gegen die türkische Armee geführt hatte und die Städte fest in türkischer Hand blieben. Manche Teile der Südost Türkei gleichen bereits Regionen in Syrien.

Der Wahlsieg von Erdogans AKP hat dessen Willen, die PKK „ein für alle Male auszurotten“ noch gestärkt. Angesichts der Masseneinwanderung aus der Türkei in die Europäische Union muss diese Ankara weiter entgegenkommen. Zu den Zugeständnissen soll sogar ein Wegfall der Visumpflicht für die Türkei gehören, ein Land also, das keine Visumpflicht für die arabischen Länder kennt und über das jetzt Migranten aus allen arabischen Ländern den Weg in die offene EU finden. Trotz der von Erdogan bewirkten Eskalation der Lage und ungeachtet der fortdauernden Menschenrechtsverletzungen gehen die Verhandlungen um einen EU-Beitritt der Türkei verstärkt weiter. Europa kuscht vor Erdogan.



Während sein Land im Bürgerkrieg versinkt, lässt er sich feiern: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan

Bild: pa

Frei gedacht!



Europa 2016: Die Uhr tickt

Von Eva Herman

In der traditionellen Neujahrsansprache kündigte Kanzlerin Angela Merkel an, dass die „Flüchtlingskrise“ auch 2016 das beherrschende Thema bleiben werde. Davon bin auch ich überzeugt, wenngleich ich mit den übrigen Aussagen dieser Frau definitiv nichts mehr anfangen kann. Eine der dreistesten Behauptungen, mit der wir derzeit fehlinformiert werden, soll in dieser Kolumne behandelt werden.

Wie wir feststellen, wird Europa derzeit geflutet mit „Migranten“, es sind jeden Tag Tausende, die alleine nach Deutschland ungehindert einreisen dürfen – viele ohne Registrierung. Und es sind weitere Abertausende, die tagtäglich in andere europäische Länder strömen. Weil der Kontinent ein erhebliches Demografie-Problem habe, sagen die Vereinten Nationen. Wir bräuchten deswegen dringend Human-Nachschub. Und deswegen sagen das jetzt auch fast alle Politiker und Medien in Brüssel, in Rom, in Paris, in Berlin. Und in Washington. Denn, wie es heißt, führe diese Fehlentwicklung dazu, dass vor allem die Wirtschaft der EU-Länder schon jetzt zusammenbreche, weil Arbeitskräfte allerorten fehlten. Deswegen seien die „Flüchtlinge“ eine Bereicherung. Sie retteten Europa sozusagen aus dem Todeskampf. Die Politiker lächeln derweil zufrieden in die Kameras, weil sie ja sicher sein können, dass ihre Berichterstatter das nun solange gebetsmühlenartig an die Bürger weitergeben, bis die den Unsinn glauben. Doch jeder nur durchschnittlich begabte Bewohner des Abendlandes spürt, dass hier etwas gewaltig stinkt.

Und er hat Recht. Wir erinnern uns: Noch vor wenigen Jahren gab es ein Zeitfenster, in welchem über eines der verheerendsten Probleme Europas kurz berichtet wurde: Europas Jugend litt schon vor fünf Jahren unter schwerster Arbeitslosigkeit! Die „verlorene Generation“ wird sie deswegen genannt. Und das ist inzwischen keinesfalls besser geworden. Ganz aktuelle Zahlen gefällig? Nach der offiziellen Statistik lag die Arbeitslosenquote junger Menschen bis 25 Jahre im Oktober 2015 in Griechenland bei 47,9 Prozent, in Spanien bei 47,7 Prozent, in Kroatien bei über 43 und in Italien bei 40 Prozent. In Portugal waren es 32 und in Belgien 25 Prozent. Dass Deutschland noch bei unter zehn Prozent liegen soll, könnte eine gute Nachricht sein, doch in diesem Kontext gibt es keine guten Nachrichten mehr. Wir schauen noch genauer darauf: Griechenland und Italien weisen eine Jugend-Arbeitslosenquote von knapp 50 Prozent auf.

Und genau in diese durch Armut und Hoffnungslosigkeit ohnehin schon schwer gebeutelte junge europäische Generation kommen jetzt Millionen weiterer arbeitsloser Einwanderer aus Afrika und Arabien, meist ohne Schulabschluss, mit geringstem Bildungsstand; über 80 Prozent davon jung und männlich (O-Ton des „Tagesschau“-Chefredakteurs Kai Gniffke). Von den angekündigten Facharbeitern sieht man auf den Flüchtlingsbooten und überfüllten Routen indes herzlich wenig. Aber diese Facharbeiter, welche die Vereinten Nationen und der Rest der Welt herbeireden wollen, wären auch überhaupt nicht notwendig, da die eigenen jungen Facharbeiter Europas in Scharen ihre Heimatländer verlassen, weil sie zuhause keinen Job mehr finden.

Auf der Webseite der Caritas heißt es: „Die Gründe der Jugendarbeitslosigkeit sind komplex und die Hauptursachen variieren von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Insgesamt lässt sich jedoch ein Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Jugendarbeitslosigkeit und bestimmten Faktoren feststellen (zum Beispiel Bildung/Qualifizierung, Wirtschaftslage). Zudem zeigt sich, dass bestimmte Gruppen junger Menschen besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind, zum Beispiel junge Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung. Im Hinblick auf den Zusammenhang von Jugendarbeitslosigkeit und Bildung lässt sich feststellen, dass gerade wegen eines insgesamt besseren Bildungsstands der Jugendlichen niedrig qualifizierte junge Menschen ein besonders hohes Risiko haben, arbeitslos zu werden.“ Das Ziel des Programms, das hier läuft, wird damit noch klarer. Inzwischen hat auch die schwer zu ertragende Arbeitsministerin Andrea Nahles eingeräumt, dass der „syrische Arzt“ unter den Einwanderern nicht der Normalfall sei. Im Gegenteil: Nicht einmal jeder Zehnte bringe die Voraussetzungen mit, um direkt in Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Zugegeben, in diesen schwierigen Zeiten von Verwirrung und Chaos braucht man manchmal länger, um die einfachsten Dinge noch erkennen zu können; es sind inzwischen einfach zu viele Nebelbomben, die aus unbekannter Höhe regelmäßig auf diese Welt abgeworfen werden und unsere Sicht mehr und mehr behindern. In einem Interview zur Jugendarbeitslosigkeit Europas im Jahre 2011 erläuterte mir der Demografie- und Volkswirtschaftsexperte Prof. Dr. Hermann Adrian von der Uni Mainz: „Wenn in einem Land die Arbeitslosigkeit ansteigt, dann steigt sie immer bei den jungen Menschen besonders stark an. Ansteigende Arbeitslosigkeit bedeutet ja, es werden bereits angestellte Arbeitnehmer entlassen. Durch eine ‚Sozialauswahl‘ werden dann besonders häufig junge Arbeitnehmer entlassen, die noch keine Familie haben. Außerdem entsteht zwangsläufig ein Rückstau bei den jungen Menschen, die erstmals in den Arbeitsprozess eintreten wollen.“ Daraus sei zu schlussfolgern, dass mit der anhaltend hohen Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone (Durchschnitt übrigens heute fast 23 Prozent!), ein stetiges Anwachsen der Arbeitslosenquote aller Altersgruppen in Europa eng verbunden ist.

Wie konnte diese grauenhafte Misere – ohne Zukunftsaussichten – eigentlich über das noch vor wenigen Jahrzehnten recht stabile und gesunde Europa kommen? Dazu nochmals der Demografie-Forscher Adrian, der mit den Ursachen des wirtschaftlichen Verfalls Europas richtigerweise den Hauptzwangsfaktor benennt, dem Europa Anfang des dritten Jahrtausends endgültig unterworfen wurde, und der seitdem für extremste Veränderungen auf dem Kontinent verantwortlich zu machen ist: Die Einführung des Euro am 1. Januar 2002!: „Die Währungen der südlichen EU-Länder waren vor der Einführung des Euro ziemlich weich, das heißt, die Inflation und damit der Nominalzins waren hoch. Durch die Einführung des Euro sanken die Zinsen auf ein EU-weit einheitlich niedriges Niveau.“ Dadurch sei das geliehene Geld verlockend billig erschienen, manche Länder hatten sich zunehmend einen durch Schulden finanzierten, im Vergleich zu ihrer Wirtschaftskraft überhöhten Lebensstandard gegönnt. „Oder es entwickelten sich ein nicht nachhaltiger Bauboom und daraus eine Immobilienblase. Durch die aufgenommenen Schulden entstand ein Leistungsbilanzdefizit, was einem ‚Export von Arbeitsplätzen‘ entspricht. Die Folge: Ein besonders starker Anstieg der Arbeitslosigkeit in einer Wirtschaftskrise!“

Was perfide klingt, hat System: Das Schicksal hunderter Millionen Menschen bleibt den Entscheidern gleichgültig, um ihre Ziele durchzusetzen, verzweifelte junge Menschen bleiben europaweit ohne Perspektive, ohne Zukunft, die Unruhen weiten sich massiv aus. Und unsere gutbezahlten Politikdarsteller? Sie grinsen sich zufrieden ins Neue Jahr.







Jubilare: Cervantes, Leibniz, Gryphius, Ebner-Eschenbach, Shakespeare

Von Künstlern und Gelehrten

Shakespeare und Co. – Diese Jahrestage stehen im Jahr 2016 an

Cervantes und Shakespeare sind die „Stars“ des Jahres 2016. Wenn ihrer beider 400. Todestage anstehen, werden „Don Quijote“ und „Hamlet“ in den Buchhandlungen wieder hoch im Kurs stehen. Doch auch andere Gedenktage, darunter diejenigen vieler ostdeutscher Berühmtheiten, sollen nicht vergessen sein.

Der **Januar** gehört **Theodor Gottlieb von Hippel dem Älteren**. Der Autor des einflussreichen Traktats „Über die Ehe“ wurde vor 275 Jahren in Gerdauen geboren (31.1.1741). Ebenfalls aus Ostpreußen stammt die vor 100 Jahren gestorbene Kinderbuchautorin **Sibylle von Olfers**, die in Schloss Methgethen bei Königsberg aufwuchs (29.1.1916). Weiterhin stehen an: der 225. Geburtstag des Dramatikers **Franz Grillparzer** (15.1.1791) und die 150. Todestage des preußischen Gartenarchitekten **Peter Joseph Lenné** (23.1.1866) sowie des Dichters **Friedrich Rückert** (31.1.1866). Nicht zu vergessen: Der 150. Geburtstag des französischen Literaturnobelpreisträgers **Romain Rolland** (29.1.1866) und der 75. Todestag des irischen „Ulysses“-Autors **James Joyce** (siehe Text unten).

Die Tudor-Königin **Maria I.**, die man wegen ihres Wütens gegen die Protestanten auch als „Bloody Mary“ bezeichnete, wurde im **Februar** vor 500 Jahren geboren (18.2.1516). In Königsberg starb vor 200 Jahren der als „Retter Berlins“ gefeierte Preußen-General **Friedrich Wilhelm Freiherr von Bülow** (25.2.1816). Der westpreußische Dichter **Oskar Loerke** starb vor 75 Jahren in Berlin (24.2.1941) und der Stummfilmstar **Buster Keaton** vor 50 Jahren (1.2.1966) und der US-Romanautor **Henry James** vor 100 Jahren (28.2.1916). Zu feiern sind dafür der 200. Geburtstag des Berliner Werbe-Genies **Ernst Litfaß** (11.2. 1816) sowie der 100. Geburtstag der nach wie vor unermüdlich für die *PAZ* schreibenden Königsbergerin **Ruth Geede** (13.2.1916).

Im **März** gedenken wir einiger Todestage: Vor 100 Jahren fiel der Maler **Franz Marc** bei Verdun (4.3.1916). Zwölf Tage später starb in Wien die Autorin der Novelle „Krambambuli“, **Marie von Ebner-Eschenbach** (12.3.1916). Und vor jeweils 75 Jahren starben der russisch-deutsche Maler **Alexei von Jawlensky** (15.3.1941) sowie durch Suizid die britische Romanautorin **Virginia Woolf** (28.3.1941).

Im **April** vor 400 Jahren war für **Miguel Cervantes** der Kampf gegen die Windmühlen beendet. Der Autor des „Don Quijote“ starb am 23.4.1616 in Madrid. Dagegen wurde vor 200 Jahren die älteste der drei berühmten Brontë-Schwestern, die Autorin von „Jane Eyre“, **Charlotte Brontë**, geboren (21.4.1816). Weitere Jahrestage: 125. Todestag des preußischen Generalfeldmarschalls **Helmuth Karl Bernhard von Moltke** (24.4. 1891), 25. Todestag der Autoren **Graham Greene** (3.4.1991) und **Max Frisch** (4.4.1991), 125. Geburtstag des Künstlers **Max Ernst** (2.4.1891), 100. Geburtstag des Hollywood-Beaus **Gregory Peck** (5.4.1916) und des Geigers **Yehudi Menuhin** (22.4.1916).

Im **Mai** vor 400 Jahren trat **William Shakespeare** von der Bühne des Lebens ab (3.5.1616). Dagegen wird am 14.5. der 700. Geburtstag des römisch-deutschen Kaisers **Karl IV.** gefeiert. **Ferdinand Gregorovius**, der große Historiker aus Neidenburg, starb vor 125 Jahren (1.5.1891) sowie vor 50 Jahren der Komponist und ostpreußische Kulturpreisträger **Otto Besch** (2.5.1966). In der Seeschlacht am Skagerrak fiel vor 100 Jahren der Autor **Gorch Fock** (31.5.1916). Im selben Jahr (13.5.) starb auch **Scholem Alejchem**, dessen Milchmann Tewje die Vorlage zum Musical „Anatevka“ abgab. In Berlin vor 75 Jahren starb außerdem der in Breslau wirkende Soziologe **Werner Sombart** (18.5.1941).

Am 4. **Juni** 1941 gedenkt man des 75. Todestages des letzten Deutschen Kaisers, **Wilhelms II.** Vor 125 Jahren geboren wurden der Insterburger Dichter **Alfred Brust** (15.6.1891) sowie der Generalmusikdirektor von Königsberg, **Hermann Scherchen** (21.6.1891).

Im **Juli** vor 800 Jahren starb mit **Innozenz III.** einer der großen Päpste des Mittelalters (16.7.1216). Bei einem Angriff am Dnjepr fiel vor 75 Jahren der ostpreußische Maler **Heinrich Bromm** (19.7. 1941). Der Komponist der „Vier Jahreszeiten“, **Antonio Vivaldi**, starb vor 275 Jahren (28.7.1741). Und ob der Astrologe **Nostradamus** auch seinen Tod vor 450 Jahren vorhergesehen hat (2.7.1566)?

Vor 500 Jahren wurde **Hieronymus Bosch** beigesetzt. Das genaue Todesdatum des Malers vieler Höllenvisionen ist nicht bekannt. Es dürfte Anfang **August** gewesen sein. Dafür weiß man, dass der Heidedichter **Hermann Löns** vor 150 Jahren im westpreußischen Culm geboren wurde (29.8.1866).

Im **September** feiert man den 200. Geburtstag des Feinmechanik-Unternehmers **Carl Zeiss** (11.9.1816) und den 175. Geburtstag des tschechischen Komponisten **Antonín Dvořák** (8.9.1841). Der Schöpfer von „Moby Dick“, **Herman Melville**, starb vor 125 Jahren (28.9.1891) und vor 50 Jahren der die aus Heydekrug stammende ostpreußische Heimatdichterin **Charlotte Keyser** (23.9.1966).

Der **Oktober** beginnt mit dem 400. Geburtstag des schlesischen Barockdichters **Andreas Gryphius** (2.10.1616). Ende des Monats steht wiederum der 550. Geburtstag des Humanisten **Erasmus von Rotterdam** an (28.10.1466). **Karl Friedrich Schinkel**, der mit seinen klassizistischen Bauwerken das Antlitz Preußens prägte, starb vor 175 Jahren (9.10.1841). Der ostpreußische Mundartdichter **August Schukat** kam vor 125 Jahren im Kreis Stallupönen zur Welt (14.10.1891). In Zoppot an der Danziger Bucht wurde vor 90 Jahren der Schauspieler **Klaus Kinski** geboren (18.10.1926), dessen 25. Todestag wiederum im **November** gedacht wird (23.11.1991).

Im selben Monat vor 300 Jahren starb in Hannover der Universalgelehrte **Gottfried Wilhelm Leibniz** (14.11.1716). Vor 100 Jahren gestorben sind: der polnische „Quo Vadis“-Autor und Nobelpreisträger **Henryk Sienkiewicz** (15.11.1916), Österreichs Kaiser **Franz Joseph I.**, der die Sisi geheiratet hatte (21.11.1916), sowie der „Seewolf“-Autor **Jack London** (22.11.1916). 500. Todestag hat der bedeutende venezianische Maler **Giovanni Bellini** (29.11.1516). Geburtstag feiern: vor 250 Jahren Feldmarschall **Graf Radetzky** (2.11.1766), dem Johann Strauß den berühmten Marsch gewidmet hatte, sowie vor 150 Jahren **Paul Lincke** (7.11.1866), der „Berliner Luft“-Komponist.

Wichtigstes Geburtsdatum im **Dezember** ist der 9. An dem Tag wurden vor 100 Jahren der nach wie vor aktive Hollywood-Star **Kirk Douglas** („Spartakus“) sowie der Autor und Mozart-Biograf **Wolfgang Hildesheimer** geboren. **Mozart** selbst starb vor 225 Jahren (5.12.1791). Der aus Juditten stammende bedeutende Aufklärer und Schriftsteller **Johann Christoph Gottsched** starb vor 250 Jahren (12.12.1766), und vor 100 Jahren schied in Arys der in Königsberg ausgebildete Landschaftsmaler **Waldemar Rösler** freiwillig aus dem Leben (14.12. 1916). Zu erwähnen sind ferner die runden Geburtstage der Maler **Wassili Kandinsky** (16.12.1866) und **Otto Dix** (2.12.1891) sowie des Unternehmers **Werner von Siemens** (13.12.1816). Außerdem starben vor 150 Jahren der Spielzeughersteller **Theodor Friedrich Wilhelm Märklin** (20.12.1866), vor 100 Jahren der Zarenheiler **Rasputin** (30.12.1916) und vor 50 Jahren „Micky Maus“-Vater **Walt Disney** (15.12.1966). *Harald Tews*

Jeanne d'Arc von der Spree

Kabale und Liebe in Berlin – ARD-Serienthriller über Polittheater

Das muss man Berlin lassen: Es kann klotzen statt klekkern. Daran halten sich auch die Autoren des ARD-Sechsteilers „Die Stadt und die Macht“ (12., 13., 14. Januar, 20.15 und 21 Uhr, Das Erste). In jeder Folge dieses Politthrillers, der gleichzeitig Familiendrama und Sittenbild der Hauptstadt sein will, werden neue Fallstricke gelegt, Konflikte heraufbeschworen und überraschende Wendungen geliefert. Schon der Vorspann schlägt einen großen Bogen: Originalaufnahmen von Ernst Reuter („Schaut auf diese Stadt“) und John F. Kennedy („Ich bin ein Berliner“) verweisen auf die große Geschichte, rasante Bildfolgen zeigen das heutige Berlin als Bühne für große Dramen – neonhell, kalt und schnell.

Das Verhängnis beginnt mit dem Todessprung eines Unternehmers vom Dach seiner Penthouse-Wohnung, es endet mit einem Doppelselbstmord in einer noblen Villa, dazwischen ballen sich Intrigen rund um ein Mordkomplott.

Anna Loos spielt die Anwältin Susanne Kröhmer, Spezialistin für Jugendstrafrecht, die sich für die Partei CDP in den Wahlkampf stürzt, um Bürgermeisterin dieses Molochs zu werden. Eine Frau, die mit Hilfe ihrer Therapeutin an einem Familiengeheimnis laboriert. Die zwischen ihren geschäftlichen Terminen mit wehendem Haar ins Jugendgefängnis eilt, um ihren jungen Mandanten Jussuf mit persönlicher Nachhilfe zurück auf den rechten Weg zu bringen. Eine Frau, die um die Liebe ihres mächtigen Vaters (Thomas Thieme) buhlt und zum Schluss diesen Übervater sowie alle Marketing-Strategien ihres Beraters vor laufenden Kameras der Wahrheit opfert.



Bild: ARD/Frédéric Batier/Montage

Weiß sich als Bürgermeisterkandidatin in Szene zu setzen: Susanne Kröhmer (Anna Loos)

Loos spielt diese Frau so stark wie verwundbar. Sie ist eine dieser Fernseh-Heldinnen, die dafür prädestiniert sind, männliche Seilschaften aufzudecken. Mag der Plot auch an den dänischen Politthriller „Borgen“ („Gefährliche Seilschaften“) erinnern, der genauso kongenial Medien, Politik und Privates verband, mag man sich gelegentlich an den allzu konstruierten Verwicklungen stören und den überdrehten Politikberater belächeln, den Martin Brambach als clownesken Strippenzieher spielt: „Die Stadt und die Macht“ ist Fernsehen, das fasziniert.

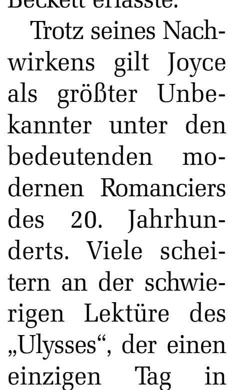
„Fiktion hat die Pflicht zuzuspitzen und die Figuren in Extremsituationen zu treiben“, erläutert Regisseur Friedemann Fromm, der seit „Weissensee“ auf komplexe Stoffe abonniert ist. „Ich will die kriegen, die sagen, was geht mich Politik überhaupt an.“ Ähnlich wie die korrupten Politiker, die er vorführt, ist auch der Regisseur in der Wahl seiner Mittel nicht zimperlich. Immer wieder fliegt in Rückblenden eine halb verkohlte Puppe durch die Luft, Ursache von Susannes Kindheitstrauma. Und wenn ausgerechnet ihr hoffnungsvoller Zögling Jussuf in der Jugendstrafanstalt in eine Geiselnahme verwikkelt wird, dann wird ein Gefängniswärter gefoltert und eine flüchtende Geisel effektheischend in Brand gesetzt.

In der letzten Szene reißt sich die im Stahlbad gehärtete Kandidatin die Perücke vom Kopf und verschwindet mit kurz geschorenem Haar im gleißenden Licht der Studio-Kameras – eine Jeanne d'Arc von der Spree, die für aufrichtige Politik durchs Feuer geht. Auch mit Symbolik wird hier nicht gegeizt. *Angela Meyer-Barg*

Dritter nach Gott

Einflussreicher Autor: der Ire James Joyce

Nach Gott hat Shakespeare am meisten geschaffen, meinte der irische Autor James Joyce. Seine Adepten formten dieses Zitat in die Behauptung um, dass nach Shakespeare dafür Joyce am meisten geschaffen habe. Dabei hat er in 58 Lebensjahren mit dem Erzählband „Dubliners“, dem autobiografischen Roman „Porträt des Künstlers als junger Mann“, dem Roman-Ungetüm „Ulysses“ und dem monströsen Sprachwitz „Finnegans Wake“ gerade einmal vier größere Prosawerke erschaffen.


James Joyce (1889–1941)

Und doch ist die Wirkkraft nicht zu unterschätzen, die dieses vom Umfang her schmale Werk noch 75 Jahre nach Joyces Tod am 13. Januar 1941 in Zürich bis heute ausübt. Wir alle nennen kleine Elementarteilchen „Quarks“. Es kommt von dem Quaken der Frösche. In „Finnegans Wake“ benutzte Joyce auf sprachspielerische Weise das deutsche Wort, das einen US-Physiker und Joycianer Anfang der 60er dazu anregte, die damals kleinsten bekannten atomaren Partikel danach zu benennen.

Doch auch für die Romanliteratur gilt, dass es eine Zeit vor und nach Joyce gibt. Mit dem „Inneren Monolog“, auch „Bewusstseinsstrom“ genannt, der aus der Perspektive der handelnden Figuren deren assoziativ verknüpfte Gedankengänge schildert, sowie mit Montage-, Leitmotiv- und anderen modernen Erzähltechniken hat Joyce mit dem „Ulysses“ die Prosaliteratur revolutioniert. Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“ wäre mit seinem Montagestil ohne Joyce ebenso undenkbar wie das sprachwitzige Werk eines Arno Schmidt. Bis in das Werk von Thomas Mann, Robert Musil, Wolfgang Koeppen und vielen anderen deutschen Autoren reicht sein Einfluss, der natürlich auch unzählige ausländische wie Samuel Beckett erfasste.

Trotz seines Nachwirkens gilt Joyce als größter Unbekannter unter den bedeutenden modernen Romanciers des 20. Jahrhunderts. Viele scheitern an der schwierigen Lektüre des „Ulysses“, der einen einzigen Tag in Dublin schildert: den heute noch als „Bloomsday“ weltweit gefeierten 16. Juni 1904. Und „Finnegans Wake“, an dem er 16 Jahre lang schrieb und das mit Wörtern vieler Sprachen spielt, gilt als unübersetzbar. Selbst die Iren verzweifeln bei der Lektüre. Trotzdem sollte man mehr Joyce wagen und einmal zu der bei Suhrkamp erschienenen genialen „Ulysses“-Übersetzung von Hans Wollschläger greifen. Es lohnt sich! *H. Tews*

Kinotipp

Kann es angehen, dass eine Handvoll Börsenzocker die ganze Weltwirtschaft erschüttern kann? Der Film **„The Big Short“**, der am 14. Januar in die Kinos kommt, stellt es am Beispiel der Immobilienkrise von 2007 so glaubhaft dar, dass kaum Zweifel daran aufkommen, wie anfällig die Finanzmärkte in Zeiten des Internethandels sind. In dem Streifen mimen Stars wie Brad Pitt, Christian Bale, Ryan Gosling oder Steve Carell eine pfiffige Wall-Street-Jongleure, die das Platzen der durch immer billigere Kredite der US-Bankhäuser heraufbeschworenen Immobilienblase vorhersehen. Mit Leerverkäufen (englisch: „shortings“) von zum Zeitpunkt des Kaufs noch nicht existierenden Wertpapieren wetten sie auf das Zerplatzen der Blase. Während hinterher unzählige Immobilienbesitzer pleite sind, reibt sich eine kleine Gruppe von Händlern die Hände, darunter auch der von Gosling gespielte windige Makler der Deutsche-Bank-Filiale von New York.

Der handlungsarme Film basiert auf dem Sachbuch „The Big Short“ des US-Wirtschaftsjournalisten Michael Lewis, der seinen Lesern vor fünf Jahren den Finanzcrash erklärte. Mit zum Teil amüsanten Beispielen erzählt denn auch der Film, was „Floatings“, „Face Values“ oder „Sell Outs“ sind – alles Sprachblasen, mit denen auch deutsche Banker ihre Kunden gern in die Irre führen. Auch wer nichts vom großen Geld versteht, kommt daher in diesem Film voll auf seine Kosten. *tws*

Ein Glücksfall für die Saarländer

Der wirksamste Gegenspieler von Johannes »Joho« Hoffmann war Heinrich Schneider von der DPS

In diesem Jahr jährt sich zum 60. Mal die Unterzeichnung des Saarvertrages, der zum Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik führte. Die *PAZ* möchte dieses gerne zum Anlass nehmen, in loser Folge einige Protagonisten des Kampfes an der Saar zu ihren Geburts- oder Todestagen vorzustellen. Den Anfang machen wir heute mit Heinrich Schneider.

Der am 22. Februar 1907 in Saarbrücken geborene Heinrich Schneider von der Demokratischen Partei Saar (DPS) war nach 1945 der wirksamste Gegenspieler von Ministerpräsident Johannes Hoffmann (siehe *PAZ* 51-52/2015). Der promovierte Rechtsanwalt focht im Kampf um die Volksabstimmung 1955 leidenschaftlich und brillant für den Anschluss seiner Heimat an die Bundesrepublik Deutschland. Sein rastloser Einsatz, organisatorisches Geschick und seine Rednergabe trugen wesentlich zum Erfolg bei.

Frankreich wollte nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg das Saargebiet annektieren. Beide Male scheiterte dies vor allem am Widerspruch der Amerikaner. Als sich die Annexionspläne auch 1945 nicht realisieren ließen, schufen sich die Franzosen mit Zähnen und Klauen ein Saar-Protektorat. Es ging Paris um die Ausbeutung der saarländischen Kohle- und Stahlindustrie, aber auch die formelle Abtrennung des Saarlandes von Deutschland.

Schneider schilderte in seinem 1974 erschienenen 568 Seiten starken Werk „Das Wunder an der Saar“ akribisch das Vorgehen Frankreichs an der Saar, die Winkelzüge des polizeistaatlichen „Joho“-Regimes und die Auseinandersetzungen mit Konrad Adenauer um das Saarstatut. Während Hoffmanns Memoiren „Das Ziel war Europa“ 2013 neu erschienen sind, ist das Werk Schneiders nur noch antiquarisch erhältlich. Dies ist umso bedauerlicher, als in den letzten Jahren an der Saar eine unkritische „Joho“-Nostalgie aufgekommen ist. Das Werk Schneiders enthält viele kaum bekannte Dokumente und ist besonders geeignet, Geschichtsklitterungen zu begegnen.

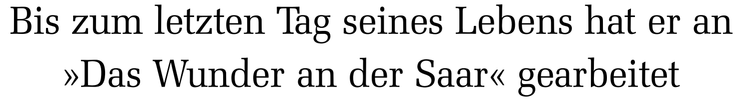
Als Redner in seinem Element: Heinrich Schneider Bild: pa

Wer weiß schon, dass man unter der separatistischen Hoffmann-Regierung sogar die Stirn hatte, gegenüber dem Ausland eine „saarländische Rasse“ zu erfinden? Schneider berichtet: „In einer begreiflicherweise nur in englischer Sprache 1953 veröffentlichten Propagandaschrift der Saarregierung ‚The Saar, Key to European Unity‘ – Die Saar, der Schlüssel zur europäischen Einheit – hieß es über die Saarländer wörtlich: ‚Sie haben auch gewisse rassische Merkmale, die nicht typisch deutsch sind. Gebürtige Saarländer sind oft kleiner und von dunklerer Hautfarbe als Deutsche und lassen Züge von früheren, vorgermanischen Völkern erkennen!‘“ Das Vorwort zu diesem Machwerk schrieb niemand anderer als Hoffmann.

Schneider war ein entscheidender Akteur bei der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 und in deren Vorfeld. Mit seinem Redetalent, Esprit, auch mit seiner polemischen Begabung und zündenden Ideen war er ein Glücksfall für das grundlegende Votum an der Saar. Es war Schneiders Idee, den Satz „Der Dicke muss weg“ im Abstimmungskampf gegen Hoffmann zu propagieren. Der berühmte Slogan wurde überall im Saarland plakatiert und als Aufkleber verbreitet.

Laut einer Allensbach-Umfrage vom April 1955 waren sechs Monate vor der Entscheidung noch 59 Prozent der Saarländer unentschlossen über ihr Votum zum Saarstatut. 21 Prozent gaben an, mit Ja stimmen zu wollen und nur 20 Prozent mit Nein. Die bis dahin verbotenen beziehungsweise nicht zugelassenen prodeutschen Parteien DPS, CDU-Saar und Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP) durften aber auch erst ab dem 23. Juli 1955 – drei Monate vor der Abstimmung – offen und unzensiert für ihre Ziele werben.

Am Ende des sehr hart und emotional geführten Wahlkampfes stimmte eine Zweidrittelmehrheit der Saarländer (67,7 Prozent) gegen das Statut.



Bis zum letzten Tag seines Lebens hat er an »Das Wunder an der Saar« gearbeitet

Schneider war 1930 in die NSDAP eingetreten, 1931 ließ er sich als Anwalt in Saarbrücken nieder. Von 1932 bis 1934 war er im Preußischen Innenministerium und im dortigen Saarreferat tätig. Mit dem berüchtigten Gauleiter Josef Bürckel zerstritt er sich, kehrte an die Saar zurück und arbeitete wieder als Anwalt. 1937 soll er aus der NSDAP ausgeschlossen worden sein, die genauen Hintergründe sind nicht ganz klar. Ab 1942 war er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt tätig. Nach 1945 wurde er als „Mitläufer“ eingestuft.

Vor allem linke Historiker und Journalisten stempeln Schneider heute meist nur als „Nazi“ ab. Das ändert jedoch nichts an Heinrich Schneiders großen und bleibenden Verdiensten um das Saarland nach 1945. Unterschlagen wird auch, dass der NS-Gegner Hubertus Prinz zu Löwenstein sowie der Widerstandskämpfer und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser nach 1945 eng und vertrauensvoll mit Schneider zusammenarbeiteten.

Im Übrigen waren viele saarländische Landtagsabgeordnete jener Zeit ebenfalls NSDAP-Mitglieder gewesen, darunter der langjährige Ministerpräsident Franz-Josef Röder (CDU) und der SPD-Fraktionsvorsitzende Friedel Regitz. Die SPD-Fraktion hatte 1970 noch den höchsten Anteil früherer NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen, nämlich 24 Prozent.

Ab 1955 war Schneider Landtagsabgeordneter, 1956 Präsident des Saarländischen Landtags, von 1957 bis 1959 Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Nach dem Saar-Beitritt zur Bundesrepublik 1957 schloss sich die DPS als saarländischer Landesverband der FDP an. 1960 wurde Schneider stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender. Bis 1965 war er für die FDP im Bundestag. 1969 verließ er die FDP aus Protest gegen die sozial-liberale Koalition. Jakob Kaiser hatte Schneider gedrängt: „Sorgen Sie dafür, dass die Geschichte der Saarpolitik nach 1945 geschrieben wird, sonst wird sie verfälscht.“ Wie Schneiders Sohn Heinz berichtet, hat sein Vater bis zum letzten Tag seines Lebens, dem 12. Januar 1974, an seinem Buch gearbeitet. *Michael Leh*

Als Deutschland in Russland Panzer testete

In Kasan an der Wolga betrieben die Reichswehr und die Rote Armee eine militärische Schul- und Erprobungseinrichtung

Der Erste Weltkrieg beendete die Pentarchie, das sogenannte Konzert der Mächte. Von den einst fünf europäischen Großmächten wurde das Habsburgerreich zerschlagen, während das Deutsche Reich und Russland zu Parias degradiert wurden. Was lag da näher, als dass die beiden Parias sich zusammenrauften.

Und das auch auf militärischem Gebiet. Dem Deutschen Reich war es durch das Versailler Diktat verboten, militärtechnisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Und es hatte kaum die Möglichkeit, auf dem eigenen Territorium unbemerkt von den Siegern gegen Versailles zu verstoßen. Zur Überwachung der Deutschland auferlegten Abrüstungsverpflichtung und Beschränkung der Streitkräfte in Art und Zahl war nämlich eine interalliierte Militär-Kontroll-Kommission mit Sitz in Berlin eingerichtet worden, die mit sehr weitgehende Vollmachten ausgestattet war. Russland hingegen hinkte bereits auf militärtechnischem Gebiet hinterher, hatte jedoch die Weite des Raumes und konnte den Deutschen die Möglichkeit bieten, unbemerkt von den Siegern zu forschen und zu proben. Das schrie nach einer Symbiose. Heute spricht man von einer Win-Win-Situation.

Die Deutschen konnten ungestört von den Westmächten gegen Versailles verstoßen

General Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung von 1920 bis 1926, vertrat die Auffassung, dass eine Zusammenarbeit mit Russland unter diesen Umständen sinnvoll sei, zumal die frühzeitig mit dem Sowjetstaat geführten politischen Besprechungen im Jahre 1921 zu einem Handelsabkommen und 1922 zu dem Rapallo-Vertrag führten. Der enthielt zwar keinerlei militärische Klauseln, doch fanden mit Zustimmung des Reichskanzlers Joseph Wirth gleichzeitig erste militärische Fühlungsnahmen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee statt.

Nachdem bereits 1924 der für die Luftkriegführung wichtige Ausbau des Flugplatzes Lipezk bei Woronesch und die Einrichtung einer Kampfstoff-Versuchsanstalt bei Saratow begonnen hatten, wurde am 9. Dezember 1926 in Moskau der Vertrag über die Einrichtung einer Kampfwagenschule in der Nähe von Kasan abgeschlossen. Vorausgegangen war eine Besichtigungsreise des Oberstleutnants a.D. Wilhelm Malbrandt, der im europäischen Teil der UdSSR ein geeignetes Gelände gesucht hatte. Seine Wahl fiel auf eine frühere Artillerie-Kaserne mit einem etwa zehn Kilometer entfernt liegenden Schießplatz dicht bei der Stadt Kasan an der Wolga. Dem Unternehmen wurde der Decknamen „Kama“ gegeben.

Die Kampfwagenschule hatte den Auftrag, in Deutschland entwickelte Prototypen von Kampfwagen zu erproben und Offiziere taktisch und technisch auszubilden. Diese wurden für die Zeit ihres Aufenthalts in der UdSSR aus dem Dienstverhältnis offiziell entlassen, aber nach Rückkehr wieder in ihren früheren Offiziersjahrgang eingestuft.

Etwa 1925 erteilte die Inspektion für Waffen und Gerät den Firmen Daimler-Benz, Krupp und Rheinmetall den Auftrag, einen Panzerkampfwagen der Gewichtsklasse 16 Tonnen zu entwerfen. Aus Tarngründen erhielten diese Fahrzeuge die Bezeichnung „Großtraktoren“. Zwei bis drei Jahre später erhielten die Firmen Krupp und Rheinmetall den Auftrag zur Entwicklung eines Panzerkampfwagens der Gewichtsklasse neun Tonnen mit einer panzerbrechenden Waffe Kaliber 3,7 Zentimeter. Sie hießen „Leichttraktoren“. Zum Teil wurden für einzelne Baugruppen unterschiedliche Bauvorschriften erteilt, um die Entwicklung und Erprobung auf eine breite Basis zu stellen.

Wesentliche Vorgaben für den „Großtraktor“ waren: Kampfgewicht 16 Tonnen, Länge 6,5 Meter, Breite 2,60 Meter, Höhe 2,40 Meter, Geschwindigkeit 40 Kilometer pro Stunde, Grabenüberschreitfähigkeit 2,5 Meter, ein Hauptturm mit einer 7,5-Zentimeter-Kanone L/24 und coaxiales Maschinengewehr (MG), ein MG-Turm im Heck, ein MG-Turm im Bug, Besatzung sechs Mann, Blechdicke rundum 14 Millimeter.

Für den Leichttraktor waren vorgegeben: Gefechtsgewicht acht bis neun Tonnen, eine 3,7-Zentimeter-Kanone und ein MG in einem drehbaren Turm, Geschwindigkeit 35 Kilometer in der Stunde, Antrieb hinten, Motor vorn, Besatzung, Fahrer und Funker im Bug, Kommandant und Richtschütze im Turm.

Im internationalen Vergleich waren die taktisch-technischen Forderungen nach dem Stand von 1926 als fortschrittlich anzusehen. Keines dieser Fahrzeuge konnte in Deutschland in irgendeiner Weise einer Funktionsüberprüfung unterzogen werden. Sie wurden in Holzkisten verpackt mit russischen Schiffen von Stettin nach Leningrad gebracht und von dort per Bahn nach Kama. Dort trafen die „Großtraktoren“ im Juli 1929 und die „Leichttraktoren“ im Mai und Juni 1930 ein. Dass unter solchen Bedingungen eine Erprobung überhaupt stattfinden konnte, war nur dem Können und dem Einsatz des dort eingesetzten technischen Personals zu verdanken.

Die Sowjets konnten von den militärtechnisch überlegenen Deutschen lernen

Inzwischen waren die organisatorischen und technischen Vorbereitungen getroffen worden. In Moskau wurde eine Dienststelle für Angelegenheiten der militärischen Zusammenarbeit mit Russland eingerichtet. In Kama wurde das deutsche Stammpersonal mehrmals ausgetauscht. Neben Kräften für allgemeine Verwaltungsaufgaben und technische Dienste kamen Taktiklehrer für deutsche und russische Kursteilnehmer, Schieß- und Waffenlehrer, Ausbilder im Funkwesen, Lehrer in Panzertechnik für deutsche und russische Teilnehmer sowie Fahrlehrer zum Einsatz. Dazu kam das Personal für kraftfahrtechnische Versuche und das Fachpersonal der Entwicklungsfirmen Daimler-Benz, Krupp und Rheinmetall. Zusammen waren das 45 Personen, dazu kamen 50 bis 60 russische Hilfskräfte. In den Jahren 1929 bis 1933 nahmen 30 deutsche und etwa 180 russische Offiziere an den Lehrgängen teil. Das russische Stammpersonal stand unter dem Kommando des Brigadegenerals Nikolaij Jeroschenko.

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland blieb auf die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf diesem Gebiete nicht ohne Wirkung. Im Juli 1933 kam die Anweisung, dass Kama bis zum 15. September 1933 aufzulösen sei. Noch im Laufe des August wurden die sechs „Großtraktoren“ und die vier „Leichttraktoren“ im Bahnhof Kasan verladen und nach Leningrad transportiert. Von dort wurden sie auf je einem russischen Frachter nach Stettin gebracht. Unter strenger Geheimhaltung wurden sie im Heereszeugamt Spandau für eine weitere Versuchsarbeit vorbereitet, die auf der Halbinsel Wustrow fortgesetzt wurde. 1935 nahmen sie an der großen Panzerversuchsübung in Munsterlager teil und wurden danach zur Panzerschießschule nach Putlos verlegt. Einige Exemplare verblieben später als Denkmäler vor Kasernen. Auf Basis der „Großtraktoren“ wurden noch einige sogenannte Neubaufahrzeuge gebaut, die 1940 an der Besetzung Norwegens teilnahmen.

Was brachte das Unternehmen Kama? Dazu schrieb der Panzergeneral a.D. Walter Nehring: „Durch die riesige Entfernung von Kama nach Deutschland und den dadurch bedingten Zeitverlust, durch die mangelnde Aussprache mit den technischen Führungskräften in Deutschland und durch die strenge Geheimhaltung verzögerte und erschwerte sich die Auswertung der in Kama gemachten Erfahrungen – zumal es ja vor Anfang 1934 auch keine ausreichende Lehrtruppe der Panzerwaffe für die praktische Auswertung und Erprobung im Truppenversuch gab. Immerhin gab es – neben der Ausbildung von taktischem und technischem Personal – wertvolle Erkenntnisse. So zum Beispiel zur Gestaltung von Laufwerk und Ketten, Vorder- und Hinterradantrieb, Fragen der Lenkung, der Motorstärke je Tonne Gewicht, entscheidende Bedeutung einer hohen Anfangsgeschwindigkeit (Vo) der Panzerkanone, Fragen der Abfeuerung, Gestaltung der Optiken, Einflüsse des Fahrgestells auf die Schießleistung der verschiedenen Waffen, die Möglichkeit der Führung durch Funkverbindung und Unmöglichkeit der Schwimmfähigkeit von schweren Kampfwagen. Dadurch wurden vieljährige Vorarbeiten erspart, die in Deutschland vor 1933/34 nicht zu leisten waren.“ *Edelfried Baginski*

Nobelpreis trotz Messfehlers

Walther Bothe erhielt die Auszeichnung für die Entwicklung der Koinzidenzmethode und die damit gemachten Entdeckungen

Der Atomforscher Walther Bothe, dessen Geburtstag sich jetzt zum 125. Male jährt, erhielt 1954 als zwölfter Deutscher den Nobelpreis für Physik. Dabei war ihm 13 Jahre zuvor ein folgenschwerer Messfehler unterlaufen. Jener verhinderte die Entwicklung eines funktionstüchtigen deutschen Kernreaktors beziehungsweise einer Nuklearwaffe des Dritten Reiches und war dadurch vielleicht mit kriegsentscheidend.

Der am 8. Januar 1891 in Oranienburg geborene Walther Bothe zeichnete sich von Kindheit an durch strikt logisches Denken sowie eine enorme Energie und Konzentrationsfähigkeit aus. Deshalb konnte er auch problemlos in der Wissenschaft Fuß fassen. Nach einem Studium der Naturwissenschaften avancierte Bothe in kürzester Zeit zum Assistenten an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg. Dort arbeitete er im Labor von Hans Geiger, dem Erfinder des nach ihm benannten Zählrohrs zum Nachweis und zur Messung ionisierender Strahlung. Parallel hierzu promovierte der junge Physiker 1914 bei Max Planck.

Kurz danach zog Bothe in den Ersten Weltkrieg. In dessen Verlauf geriet er in russische Kriegsgefangenschaft. Der Entlassung im Jahre 1920 folgten die Rückkehr an die Seite Geigers und der Aufstieg zu einem der führenden deutschen Experten auf dem Gebiet der Kernphysik. So wies Bothe 1929 nach, dass die kosmische Strahlung eine Teilchenstrahlung ist. Darüber hinaus entwickelte er gemeinsam mit Geiger die Methode der Koinzidenzmessung, die es ermöglicht, Flugbahn und Geschwindigkeit atomarer Partikel zu bestimmen.

Ab 1930 fungierte Bothe, der sich 1925 auch bei Planck hatte habilitieren können, als Direktor des angesehenen Physikalischen Instituts der Universität Gießen. In dieser Eigenschaft gelang ihm die faktische Entdeckung des Neutrons, jedoch erkannte er damals nicht, dass es sich um einen bisher unbekannten Baustein der Materie handelte. 1932 wechselte er nach Heidelberg auf den frei gewordenen Lehrstuhl des Nobelpreisträgers Philipp Lenard. Dort blieb Bothe indes gleichfalls nur zwei Jahre, dann übernahm er die Leitung des Instituts für Physik am Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg.

In dieser Einrichtung soll Bothe nach Aussagen von Mitarbeitern und Doktoranden wie ein grimmiger Feldwebel geherrscht haben – zugleich aber erlebte die Forschungsstätte unter seiner Leitung einen nie dagewesenen Aufschwung. Unter anderem schaffte es Bothe im Verein mit Wolfgang Gentner, mittels eines Mega-Elektronenvolt-Beschleunigers künstliche Radioaktivität zu erzeugen.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte sich der Physiker – obzwar überhaupt kein Anhänger der Nationalsozialisten und deshalb schon jahrelang im Visier der Gestapo – aus patriotischen Gründen für das deutsche Uranprojekt zur Verfügung, dessen Ziel im Bau eines experimentellen Kernreaktors und der Entwicklung von Atombomben bestand. Daraufhin erhielt er im Sommer 1940 vom Heereswaffenamt den Auftrag, das Pariser Zyklotron, einen neuartigen spiralförmigen Teilchenbeschleuniger, zu inspizieren und für die Zwecke des Dritten Reiches nutzbar zu machen. Doch der unter Aufsicht von Frédéric Joliot-Curie gebaute Apparat funktionierte nicht so wie erhofft. Deswegen konstruierten Bothe und Gentner ein eigenes Zyklotron. Im Herbst 1943 ging es in Heidelberg in Betrieb, aber für die Zwecke des Uranprojekts wurde es nie genutzt.

Außerdem begann Bothe 1940 damit, Untersuchungen bezüglich des Neutronenquerschnitts von Kohlenstoff durchzuführen, um zu ermitteln, ob dieses Element als Moderator zur Eindämmung des Neutronenflusses im geplanten Versuchsreaktor taugt. Dabei kam er im Januar 1941 zu dem Schluss, dass Kohlenstoff zu viele Neutronen absorbiere und somit die gesteuerte Kernspaltung erschwere. Aus diesem Grunde entschieden sich die deutschen Atomforscher dafür, Deuteriumoxid, also das sogenannte Schwere Wasser, als „Bremssubstanz“ zu verwenden.

> Unbewusst behinderte Deutschlands zwölfter Physiknobelpreisträger die Entwicklung einer deutschen Atombombe gravierend



Die westliche Crème de la Crème der Physik beim Kaffeeklatsch (v.l.): Der Deutsche Walther Bothe, der Franzose Francis Perrin (1901–1992), der Niederländer Hendrik Casimir (1909–2000) und der US-Amerikaner Luis Walter Alvarez (1911–1988) Bild: akg images

Allerdings hatte Bothe einen ganz gravierenden Fehler begangen, indem er für seine Messungen Graphit verwendete, das mit dem starken Neutronenabsorber Bor kontaminiert war. Der natürlich vorkommende reine Kohlenstoff hingegen eignet sich hervorragend als Moderator. Deswegen kam er dann auch im weltweit ersten funktionierenden Versuchsreaktor des US-amerikanischen „Manhattan-Projektes“ zum Einsatz. Insofern behinderte Bothe die Arbeiten an der deutschen „Uran-Maschine“ beziehungsweise Atomwaffe erheblich, denn die Beschaffung von Schwerem Wasser erwies sich als äußerst kompliziert, da die einzige Anlage im Machtbereich der Nationalsozialisten, in der Deuteriumoxid produziert werden konnte, in Norwegen lag und immer wieder vom dortigen Widerstand und von alliierten Bombern attackiert wurde.

Nach Kriegsende wurde Bothe gezwungen, den US-amerikanischen Geheimdienstlern der Alsos-Mission Rede und Antwort über seine Forschungen zu stehen und alle noch vorhandenen Unterlagen zu übergeben. Obwohl er jedwede Aussage über die geheimen Arbeiten im Rahmen des Uran-Projektes verweigerte, wurde er im Gegensatz zu den anderen deutschen Kernforschern nicht in ein Internierungslager eingesperrt. Stattdessen winkte ihm beizeiten die Möglichkeit, wieder an das Physikalische Institut der Universität Heidelberg zurückzukehren, wo er sich in der Folgezeit vor allem mit der praktischen Verwendbarkeit von künstlich erzeugten radioaktiven Substanzen befasste.

Für seine wissenschaftlichen Verdienste in der Zwischenkriegszeit wurde Bothe 1952 in den Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste aufgenommen. Im Folgejahr bekam er auch noch die Max-Planck-Medaille für besondere Leistungen auf dem Gebiet der theoretischen Physik verliehen. Die größte Ehrung, die dem deutschen Physiker widerfuhr, stellte freilich die Zuerkennung des Nobelpreises für Physik im Jahre 1954 dar. Mit ihm fanden die revolutionäre Koinzidenzmethode und die mit deren Hilfe vorgenommenen Entdeckungen ihre verdiente Würdigung. Allerdings war Bothe da gesundheitlich schon zu sehr angeschlagen, um die Auszeichnung noch persönlich entgegenzunehmen. Fortschreitende Gefäßverengungen hatten die Amputation eines Beines nötig gemacht, von der sich der Atomforscher letztendlich nicht mehr erholte. Er starb am 8. Februar 1957 in Heidelberg – reichlich ein Jahr, bevor seine frühere Wirkungsstätte den Status eines Max-Planck-Instituts für Kernphysik erhielt. *Wolfgang Kaufmann*

Sein Traum waren die Olympischen Spiele von 1916

Vor seiner Zeit als Sportfunktionär war Victor von Podbielski Staatssekretär des Reichspostamtes und Landwirtschaftsminister Preußens

Der am 26. Februar 1844 in Frankfurt an der Oder geborene Victor von Podbielski war der Sohn des Kavalleriegenerals Theophil von Podbielski und dessen Ehefrau Agnes geborene von Jagow. Wie sein Vater schlug er die militärische Laufbahn ein. 1891 nahm er als Generalmajor seinen Abschied, und fünf Jahre später wurde er noch einmal zum Generalleutnant befördert.

Diese letzte Beförderung hatte er nicht zuletzt seinem politischen Engagement zu verdanken. Ab 1893 saß der Funktionär der Brandenburger Landwirtschaftskammer, des Bundes der Landwirte (BdL) und des Deutschen Offiziersvereins für die Deutschkonservativen im Reichstag. Dort war er Mitglied der Budget- und der Börsengesetz-Kommission.

1897 wechselte er in die Exekutive. Nach dem Tod Heinrich von Stephans wurde er dessen Nachfolger als Staatssekretär des Reichspostamtes. Dieses Amt bekleidete er jedoch nur vier Jahre und wechselte dann als Landwirtschaftsminister in die preußische Staatsregierung. 1906 musste er von diesem Amt zurücktreten. Seine Ehefrau Margarete geborene von Twardowski, mit der er seit 1891 verheiratet war, war Teilhaberin der Firma Tippelskirch & Co., die in den Verdacht geraten war, mittels Bestechung von Offizieren und Beamten des Kolonialamtes zu einem Monopolvertrag gelangt zu sein, der es ihr erlaubte, den Bedarf der Schutztruppen zu überhöhten Preisen zu dekken. Nach diesem unrühmlichen Ausscheiden aus der Regierung wurde Podbielski bezeichnenderweise nicht wie sonst bei Ex-Ministern üblich ein Oberpräsidium, sprich eine Provinzverwaltung, angeboten.



Victor von Podbielski: Gedenktafel am Olympiastadion Berlin, in Berlin-Westend Bild: OTFW

Podbielski fiel jedoch gesellschaftlich nicht ins Bodenlose. Als Sportfunktionär startete der Ex-Minister noch einmal durch. Der Vorsitzende des Berliner Rennvereins ließ sich zum Präsidenten des Reichsausschusses für Olympische Spiele wählen und wurde Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Er leitete die deutsche Mannschaft bei den Spielen 1912 in Stockholm und bereitete die Spiele 1916 in Berlin vor. Das Vorstandsmitglied des Union-Klubs für Pferderennen wirkte maßgeblich an der 1909 abgeschlossenen Errichtung der Rennbahn Grunewald auf dem heutigen Olympiagelände mit und sicherte die Finanzierung des im Innern der Rennbahn bis 1913 errichteten Deutschen Stadions. In diesem Deutschen Stadion, das 1934 dem Berliner Olympiastadion weichen musste, sollten die VI. Olympischen Spiele des Jahres 1916 stattfinden.

Podbielski erlebte sie nicht mehr. Zum einen starb er bereits zu Beginn des Jahres 1916, nämlich am 21. Januar 1916. Zum anderen fielen die Spiele dem Ersten Weltkrieg zum Opfer. Statt ihrer erhielten die Berliner und die Deutschen die XI. Spiele von 1936.

In Erinnerung geblieben ist Podbielski weniger durch die unrühmlichen Begleitumstände seines Ausscheidens aus der großen Politik als durch seine Tätigkeit als Sportfunktionär und als Gutsherr von Dallmin. Das in der Westprignitz gelegene Gut erbte er von seinem 1879 verstorbenen Vater. Durch Victor von Podbielski erlebten das Gut und auch das Dorf einen Modernisierungsschub, mit dem er sich um seine engere Heimat verdient machte.

> Seine Heimatgemeinde lädt zu einer Gedenkveranstaltung am 23. Januar ein

So lädt der dortige Ortsverein mit dem Ortsvorsteher Andreas Much und der Heimatverein mit der Familie von Podbielski aus Anlass des 100. Todestag von Podbielski für Sonnabend, den 23. Januar, um 14 Uhr in die Kirche Dallminn zu einer Gedenkveranstaltung ein. Torsten Foelsch, ein Kenner der Prignitzer Adelsgeschichte, wird über das Leben und Wirken Podbielskis einen Vortrag halten. Für die musikalische Umrahmung sorgt auf der Orgel der Organist und Kirchenmusiker Christian Reishaus aus Bad Wilsnack.

Die Veranstaltung wird danach im Gutshaus Dallmin mit einer Führung von Foelsch ab zirka 16 Uhr fortgesetzt. Während dieser Führungen können die Teilnehmer der Veranstaltung historische Besonderheiten erfahren sowie Einblicke in die Baugeschichte, geschichtliche Zusammenhänge und früheres Alltagsleben gewinnen. Diverse Exponate von und über Podbielski sind im Gutshaus ausgestellt.

Sowohl seine Enkelin Anna-Margarethe von Podbielski als auch deren Sohn Viktor haben ihr Kommen zugesagt. In lockerer Atmosphäre besteht die Möglichkeit, sich sowohl mit den beiden als auch mit Geschichtsinteressierten und Dallminern zu unterhalten.

Interessierte an der Gedenkveranstaltung werden gebeten, sich bis zum 11. Januar beim Ortsvorsteher Andreas Much, Bahnsiedlung 21, 19357 Karstädt Ortsteil Dallmin, Telefon (038783) 60488, E-Mail: aks.much@gmx.de, unter Angabe der Personenzahl telefonisch oder per Mail anzumelden. *Manuel Ruoff/PAZ*

Einwanderungsgesetz könnte Probleme lösen

Zu: Sie müssen wieder gehen (Nr. 49)

Immer wieder ist von deutschen Politikern zu hören, dass wir ein Einwanderungsgesetz bräuchten, um den Zuwandererstrom nach Deutschland (und damit auch in die Europäische Union) regulieren zu können. Wenn wir aber neben dem Asylrecht eine zweite Einwanderungsmöglichkeit für Arbeitsuchende hätten, dann könnten die Zuwanderer, die Arbeit suchen und von der Wirtschaft gebraucht werden, problemlos ins Land gelassen und die nicht Brauchbaren abgewiesen werden. Damit wären die qualifizierten Zuwanderer nicht gezwungen, den Weg über ein langjähriges Asylverfahren zu gehen, und die Anzahl der Asylsuchenden wäre verringert.

Wie beschränkt müssen eigentlich diese Ottos und Ottilies „Normaldoof" sein, um so etwas glauben zu können? Jedem Zuwanderungswilligen ist bekannt, dass er an der EU-Grenze nur das Wort „Asyl" über die Lippen zu bringen braucht, um nach Deutschland geleitet zu werden, wo ihn eine etablierte Asylindustrie willkommen heißt, in einem langjährigen Asylverfahren hält und er bei einem negativen Ausgang in der Regel auch nicht abgeschoben, sondern integriert wird. Wer seine unwahrscheinliche Abschiebung sicher verhindern will, verliert rechtzeitig seinen Pass und verschleiert seine Herkunft.

Zuwanderer treten derzeit wie Okkupanten auf, und deutsche Politiker sind nicht in der Lage, dies zu unterbinden. Wie sollten sie auch dazu auch fähig sein, wenn bei ihnen Güte mit Einfalt gepaart ist?

Dieter Bliesener, Hamburg

Realitätsferne Klima-Auguren

Zu: Versickernde Sintflut (Nr. 50)

Dem Autor des Artikels kann man voll beipflichten. Immer wieder wird der angeblich so rasant steigende Meeresspiegel zur Panikmache missbraucht. Die Voraussagen des IPCC und des Potsdamer KIP für den Meeresspiegelanstieg bis zum Jahr 2100 schwanken von 38,3 bis zu 190 Zentimetern. Das ist eine Bandbreite bis zum Fünffachen! Was soll man von derartigen Angaben halten und wie realitätsfern dürften dann auch andere Daten der sogenannten Klimamodelle sein?

Was für Blüten die Angst vor dem CO_2 treibt, zeigte sich auf einem früheren Klimagipfel, auf dem der Ministerpräsident der Malediven die Delegierten mit weinerlicher Stimme beschwor, seinen Inselstaat vor „Land unter" zu bewahren. Offensichtlich hatte er keine Ahnung, dass jener in einer tektonischen Schwächezone der Erdkruste liegt, wo sich der Meeresboden absenkt und der Meeresspiegelanstieg hier nur ein relativer ist und mit Klimaveränderungen nichts zu tun hat.

Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Unwort Umsiedler

Zu: Wortunsinn (Nr. 51/52)

Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) hat das Wort des Jahres 2015 „Flüchtlinge" gewählt. Sicherlich eine korrekte politische Wahl, aber mit der Anmerkung, es klinge „für sprachsensible Ohren tendenziell abschätzig", es sei negativ belegt.

Schon den roten Agitatoren in der DDR war das Wort „Flüchtlinge" suspekt. Es wurde durch das Wort „Umsiedler" bedingungslos ersetzt. Geht doch! Die Argumentation dazu war: Es konnte nicht sein, dass Menschen vor den Befreiern, den Freunden, der Sowjetarmee fliehen.

Schon damals haben sich die Agitatoren Gedanken darüber gemacht, wie man volkspädagogisch konsequent arbeitet. Und was ist heute?

Dr. Ulrich Krielke, Berlin

Neue Kehrtwende

Zu: Pariser Attentäter kamen über die Balkanroute (Nr. 51/52)

Reisepläne vom „IS-Staat" für sogenannte Flüchtlinge und Todesdrohungen mit Briefkopf und Stempel für 1000 Euro, ausgestellt von den Taliban: Damit ausgestattet kommen Asylbewerber in Europa beziehungsweise Deutschland an.

Auf einmal herrscht eine gespielte Ratlosigkeit bei den zuständigen Stellen in Deutschland. Als hätte man nichts gewusst. Bundeskanzlerin Angela Merkel wäre gut beraten, wenn sie jetzt eine Kehrtwende der Willkommenskultur hin zu geschlossenen Grenzen und/oder einem Aufnahmestopp – wie seinerzeit nach dem Atomunfall in Japan mit der damaligen Kehrtwende zu den Erneuerbaren Energien – machen würde.

Der Kanzlerin wären dann 100 Prozent der Zustimmung des Volkes gewiss. Sie käme dann immer noch gut aus der verschuldeten Nummer heraus. Das wäre doch einmal eine zu nutzende Gelegenheit!

Werner Haase, Steingaden



Es wird noch enger in Deutschland: Ausländer dominieren jetzt schon das Straßenbild im Berliner Bezirk Neukölln Bild: pa

Wer befreit uns von dem Albtraum?

Zu: Sie müssen wieder gehen (Nr. 49)

Leider irrt die *PAZ*: Von Asylbewerbern, Abweisen oder Abschieben ist längst nicht mehr die Rede, nur noch von Flüchtlingen und Integration.

Finis Germaniae! Die Posaunen von Jericho zeigen Wirkung. Die Früchte jahrzehntelanger Umerziehung mit den Folgen der Entwurzelung, Desorientierung und Verblödung der Deutschen sind gereift. Das seit 500 Jahren weltweit einflussreichste Kultur- und Erfindervolk der Erde wird nunmehr definitiv aufgelöst. Seit Amtsantritt leistet Bundeskanzlerin Angela Merkel als willige Vollstreckerin der Pläne mächtiger Hintergrundkräfte vorbildliche Arbeit. Sie hat dabei uneingeschränkte Unterstützung des Parteienkartells und der gleichgeschalteten Medien.

Ex-UN-Botschafter Hans Arnold hatte bereits 1995 vorhergesagt, dass die Auflösung aus eigenem Antrieb erfolgen müsse, um nicht einer neuen Dolchstoßlegende Vorschub zu leisten.

Vorarbeit hatte bereits Ex-Kanzler Helmut Kohl geleistet: Ausverkauf Mitteldeutschlands an ausländische Finanzimperien sowie Nichtrestituierung der von 1945 bis 1949 Enteigneten, Abschaffung der stabilsten Weltwährung, weitgehende Entmachtung des Parlaments, Aushöhlung des Rechtsstaates und Degradierung der Verteidigungsstreitkräfte zur US-Söldnerarmee.

An Kanzlerin Merkel war es nun, die Schulden- und Haftungsspirale Deutschlands in kaum mehr finanzierbare Höhen zu schrauben, durch den Kernkraftausstieg Deutschlands Energieversorgung von importabhängiger zu machen, mit der „Aussetzung" der Wehrpflicht die letzten Bande zwischen Armee und Volk zu kappen und durch Zuzug weiterer Millionen von Migranten das soziale Netz bis zur Zerreißprobe zu belasten.

Deutschland beherbergt derzeit 18 Millionen Migranten, und damit mehr Menschen als Österreich und die Schweiz zusammen an Einwohnern haben. Es sind fast 22 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil der einheimischen Deutschen ist seit der Wende um drei auf 64 Millionen gesunken. Von den 18 Millionen Migranten haben bereits 56 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit, das sind über zehn Millionen. Diese tauchen in den Statistiken – sofern überhaupt veröffentlicht – über Kosten und Kriminalität der Ausländer nicht auf.

Ein Asylbewerber kostet den Steuerzahler jährlich 13 000 Euro zuzüglich Gesundheitskosten und Integrationshilfen, zum Beispiel Deutschunterricht. Für unbegleitete Jugendliche kommen 50 000 Euro zusammen. Die Kosten allein für die 2015 zu erwartenden Flüchtlinge und Asylbewerber belaufen sich damit auf etwa 15 Milliarden Euro.

Wenn das soziale Netz reißt, drohen in den Ballungszentren bürgerkriegsähnliche Verhältnisse. Dabei geht es heute bereits 80 Prozent der Deutschen zunehmend schlechter. Mit der Flutung Deutschlands durch Millionenheere meist ungelernter, überwiegend muslimischer Männer ist die Lunte an die innere Sicherheit und den sozialen Frieden in Deutschland gelegt.

Die Bevölkerungsdichte in Deutschland wird sich gegenüber 1939 mit 137 Einwohnern je Quadratkilometer von heute mit über 230 Einwohnern je Quadratkilometer schnell verdoppelt haben. Die Infrastruktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen sind damit massiv überfordert, zudem sind ethnische und religiöse Konflikte, wie jetzt bereits zu beobachten ist, und auch Rassenunruhen wie in den USA, in Frankreich und England, zu erwarten. Wer befreit uns endlich von diesem Albtraum?

Jürgen v. Corvin, Raisting

Wie im Paradies

Zu: Irreführung der Bevölkerung (Nr. 48)

In letzter Zeit wurde die deutsche Bevölkerung regelrecht bombardiert wegen der Schuldenkrise mit Griechenland und aktuell wegen der Kriegs- beziehungsweise Wirtschaftsflüchtlinge. Die wirklichen Kosten werden verschleiert und die Kriminalitätsstatistik nach unten geschönt. In den Gesundheitseinrichtungen herrschen anormale Zustände. Die Krankenschwestern und das weibliche Klinikpersonal werden als Schlampen, Huren und Naziweiber in übelster Art und Weise beschimpft.

Diese Anfeindungen gingen soweit, dass Nachtschwestern in einem Krankenhaus es sogar abgelehnt haben, ihren Dienst anzutreten. Aktuell hat das Schwesternpersonal den Dienst wieder aufgenommen, aber nur im Beisein von Personen einer Sicherheitsfirma. Die Polizei ist wegen Unterbesetzung machtlos und kann nur zusehen, wie Deutsche in Kaufhäusern abgedrängt und bespuckt werden. Die Bevölkerung fragt sich auch, wo plötzlich die vielen Milliarden Euro für die Finanzierung der vielen Flüchtlinge eigentlich herkommen? Eine Antwort der Politik lässt weiter auf sich warten.

Wirtschaftsflüchtlinge aus einem ganz anderen Kulturkreis zu suggerieren, nach Deutschland zu kommen, ist entweder blauäugig, dumm oder politischer Auftrag. Wer die Länder Syrien, Irak oder Iran bereist hat, der kann verstehen, warum und wieso alle in das „Paradies Deutschland" kommen wollen. In Relation der Lebensverhältnisse dieser Länder zu Deutschland ist es für die Wirtschaftsflüchtlinge hier geradezu ein Paradies. Den Flüchtlingen wird von der Politik ein absoluter Vorrang eingeräumt. Die einheimische Bevölkerung empfindet sich in deren Gegenwart als Menschen zweiter Klasse.

Man kann behaupten, dass die Gutmenschen in der SPD, bei Grünen, Linken und auch der CDU die Apartheid eingeführt haben. Wer in hier nicht im Chor der Willkommenskultur mit einstimmt, wird angefeindet. Täter dieser Anfeindungen sind Vizekanzler Siegmar Gabriel und Herr Stegner von der SPD. Das Wort „Demokratie" besteht im Sprachgebrauch nach wie vor, aber vom Inhalt her hat sich das politische Establishment längst davon verabschiedet.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

DDR-Praxis mit Totschlagargument

Zu: Mannke wirft hin (Nr. 51/52)

Die Entscheidung des Schulleiters des Goethegymnasiums Weißenfels, seinen Vorsitz im Philologenverband von Sachsen-Anhalt aufzugeben, ist nachvollziehbar und zugleich sehr bedauerlich. Damit ist es der immer mehr herrschenden Einheitsmeinung in unserem Land wieder einmal gelungen, mit Jürgen Mannke einen selbstständig Denkenden und mutig Fragenden ruhigzustellen.

Wie soll sich in unserem Land überhaupt noch eine demokratisch vielfältige Debatte entwickeln können, wenn jede Wahrnehmung von Problemen, die nicht in das Weltbild des Gutmenschen passt, sofort mit totschlagartigen Argumenten niedergemacht wird?

Ich bin ebenfalls Lehrer und Schulleiter. Mich erinnert diese Praxis an den Umgang mit kritischen Geistern vor 1989 in der DDR. Soll sich so etwas jetzt in Deutschland unter anderen Vorzeichen wiederholen?

Wenn jede Fragestellung und Konfliktwahrnehmung sofort förmlich als rassistisch diskriminiert wird, dann wächst doch nur die Mauer der schweigenden Mehrheit in unserem Land. Weiter bedrohlich sinkende Wahlbeteiligungen und die Verweigerung der Mitarbeit in demokratischen Parteien sind dann die fatale Folge.

Claus Hörrmann, Neustadt in Sachsen

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Ein Leben zwischen Hammer und Amboss

Zu: Gesellschaftlicher Suizid mit Ansage (Nr. 44) und zum Leserbrief: Kritischer Geist des Volkes soll erstickt werden (Nr. 47)

Bedrohlich ist die aus der Not erwachsende Gefährdung des deutschen Geistes durch Massenzuwanderung und Anbiederung bei jedermann. Das offenbart sich in den verschiedensten und vielfältigsten Erscheinungsformen: halbherziger Kampf gegen die Vergiftung der jungen Generation mit Drogen aller Art, Passivität der Polizei in Problemorten und auch der Justiz in der Verdrängung der Ausländerbanden.

Soll zum Beispiel die historisch im Volk gewachsene Sprache und Kultur, die von unzähligen Generationen aller deutschen Volksgruppen getragen wird, im „Schmelztiegel der Nationen", wie die Medienzaren ihr Europa gern bezeichnen lassen, untergehen? Diese Frage stellte ich mir nach dem Lesen.

Und der 2015er Wahn – die Willkommenskultur? Sie fand kürzlich in meinem weiteren Wohnumfeld statt. In einer Vorstadtvilla hat sich gerade ein Reha-Zentrum etabliert. Am Fenster ein Plakat: „Refugees welcome Ihr seid willkommen." Ich erinnerte mich der Worte meines Vaters: „Man soll im Leben immer Hammer oder Amboss sein, aber niemals das Material dazwischen." Dann sprach ich mit einem Herrn im Haus: „Ist das Plakat als eine Begrüßung für Asylsuchende dort auf der Straße gedacht oder als eine Einladung für ein Zimmer oder eine Wohnung bei Ihnen zu verstehen?" Seine Frage: „Was sagen Sie da?" Meine Antwort: „Wohnungen werden doch gesucht, aber ich fühle mich provoziert, und wäre für Sie Neutralität nicht besser?" Die Reaktion war: Mit gestrecktem Arm zeigte er mir, wo der Ausgang war, und ich erhielt Hausverbot. Bevor er die Tür schließen wollte, wünschte ich noch eine Auskunft: Wie verfahren wir nun mit den Terminen, die noch in diesem Jahr bei Ihnen stattfinden sollen? Reaktion: Funkstille. Es dauerte etwas. Dem Ahnungslosen habe ich höflich aber bestimmt nachgeholfen: „Ganz ehrlich, in schriftlicher Form erbitte ich die Rückgabe der ärztlichen Verordnung und die ersatzlose Streichung der Termine bei Ihnen."

Es sollte einmal wieder ein richtiger Ruck durch unser Land gehen. Noch ist es nicht zu spät, noch ist unsere geistige Eigenart erhalten geblieben, und sie muss bleiben!

Karl-Heinz Rieger, Kiel

Das Ostpreußenblatt

Nr. 1 – 8. Januar 2016

MELDUNGEN

Kanalvertiefung in Nikolaiken

Nikolaiken – Die masurischen Städte wollen auf dem Wasserweg zwischen den Großen Seen die Kanäle vertiefen und die Ufer verstärken. Bei dieser Gelegenheit werden am Nikolaiker See neue Anlege-Stege gebaut. Die Investitionen werden in Lötzen, Niedersee, Johannisburg und Rhein zusammen mit dem Regionalen Wasserwirtschaftsamt vorbereitet. Die Notwendigkeit der Arbeiten hängen mit dem niedrigen Wasserstand zusammen. Nach Meinung des Bürgermeisters von Nikolaiken, Piotr Jakubowski, hatten die Jachten bereits im vergangenen Jahr Probleme anzulegen. Ein Teil der Kanäle war für größere Schiffe nicht mehr zugänglich. Die Arbeiten sollen bis 2020 dauern, aber schon bald will Nikolaiken mit anderen wichtigen Investitionen beginnen wie Fußgänger-Stegen im Übergang zwischen dem Talter Gewässer und dem Nikolaiker See. Für die Zeit der Arbeit müssen die Fußgänger die naheliegende Fahrrad-Brücke nutzen. Der neue Übergang soll bis zur Sommersaison fertig sein. *PAZ*

Rückblick auf Rekordernte

Königsberg – Das Königsberger Gebiet war im vergangenen Jahr einer der Rekordhalter in der russischen Brotgetreideproduktion. Im Kreis Insterburg wurde das russische Spitzenergebnis von 96,3 Zentnern pro Hektar erzielt. Hierfür ist maßgeblich das in der Region ansässige Unternehmen Agro-Nova verantwortlich, dessen Chefin Anna Reiter ihren Erfolg damit begründete, dass sie stets auf die führende Technologie setze und keinen Schlendrian bei den Mitarbeitern dulde. Das höchste Gebietsergebnis hat das Gebiet Krasnodar im Vorkaukasus aufzuweisen, bei dem der Durchschnittswert aber nur 59,2 Zentner betrug. Die Bundesrepublik erreichte im Vorjahr ein durchschnittliches Ergebnis von 79,5 Zentner pro Hektar, Länder großflächigen Anbaus wie die USA oder Kanada hingegen nur 20 bis 30 Zentner. *T.W.W.*

Lansk nimmt Umsiedler auf

Lansk – Erlernen der Sprache, Kontakte mit Anwälten und Ämtern sowie die Annahme der Lebensbedingungen in Polen, das wartet auf die Familien mit polnischen Wurzeln, die als Umsiedler aus der Ukraine ins Land kommen. Etwa 190 Personen erhielten Unterkunft in den Caritas-Zentren von Lansk [Rybaki] und im Regierungszentrum in Lanskerofen. Dort sollen sie ein halbes Jahr bleiben. Am wichtigsten sind laut Caritas die Bewältigung des Alltags und die Erfüllung einfacher Bedürfnisse, wobei Spenden helfen können. Unter den Personen, die aus Mariupol und dem Donbass nach Polen gekommen sind, sind viele junge Leute, die ihr Potenzial unter Landsleuten nutzen wollen. *PAZ*

Kochen nach Großmutters Rezepten

Kulturgesellschaft der Deutschen »Heimat« in Ortelsburg veranstaltete Werkstatt der regionalen Küche

Unter dem Titel „Ostpreußische Küche – regionale Geschichte mit Gabel und Messer erkunden“ hatten sich Ende November die Mitglieder mehrerer Vereine der Deutschen Minderheit, aber auch anderer befreundeter Gesellschaften daran begeben, theoretisch und vor allem praktisch die regionalen Köstlichkeiten zu erforschen.

Nach kurzer Vorbereitungszeit hatte Arkadiusz Leska, der Vorsitzende der Kulturgesellschaft der Deutschen „Heimat“ in Ortelsburg, eine Werkstatt zur regionalen Küche auf die Beine gestellt. Leskas Idee war, die Rezepte der Großmütter auszuprobieren. Wichtig war ihm aber auch etwas anderes: „Uns als Deutscher Minderheit wird nachgesagt, dass wir uns isolieren. Wir sind aber Teil der lokalen Gesellschaft, deswegen habe ich auch andere Gruppen eingeladen.“

Für den theoretischen Teil sorgte Krzysztof Bednarski aus Hohenstein, der an der dritten Edition der polnischen Kochshow „MasterChef“ teilgenommen hat, mit einem Vortrag zur regionalen Küche. Als Liebhaber dieser Gerichte übernahm er ebenso gerne die fachliche Leitung des praktischen Teils: „Solche hervorragenden Initiativen wie hier gibt es in der Region leider zu wenig, so eine Werkstatt sollte häufiger stattfinden. Ich bin wirklich beeindruckt von den Teilnehmern.“ Den nötigen Einkauf für die Kochteams hatten die Organisatoren übernommen, das Kochen fand in der professionell ausgestatteten Versuchsküche des Schulverbands Nr. 2 in Ortelsburg statt, die einen gastronomischen Zweig anbietet.



Köche unter sich: Patryk Nadiadko von der Deutschen Minderheit in Rastenburg und Krzysztof Bednarski, Teilnehmer der polnischen Kochschau „Masterchef“ Bild: U.H.

Zur Übersicht der regionalen Küche trugen an jenem Sonnabend mit den Rezepten ihrer Großmütter sechs Gruppen bei. Während die Damen der Gesellschaft „Heimat“ mit einer Ente für den Hauptgang sorgten, boten die Mitglieder des befreundeten evangelischen Kirchenchors „Cantabo“ Suppe und Nachtisch an: „Unsere Oma sagte weiße Suppe, weil sie mit Sahne gemacht wird, dazu gibt es Fleischbällchen und getrennt gekochte Kartoffeln. Und wir machen einen traditionellen Apfelkuchen mit Streuseln.“ Zum Geschmack aus der Kindheit gehören nach Meinung des Sensburger deutschen Vereins „Bärentatze“ auch selbstgemachtes Schmalz, Königsberger Klopse und Schwarzsauer. „Bei uns machte man ihn mit Leber und aus

Von Deutschland gesponserte Schau

Ente. Enten waren einfach billiger“, erklärt ihr Vorsitzender Karol Czerwinski. Cepelinai – litauische gefüllte Klöße – in einer eigenen Version steuerte der Verein bei, der die aus dem Wilnaer Gebiet nach Ortelsburg gekommenen Polen vereint. Auch aus der nahen Region Kurpie in Masowien kamen und kommen Menschen nach Masuren. Ihre Vertreterinnen, die sonst auch als Chor auftreten, kochten Sauerkraut mit Gerstengraupen: „Kurpie war immer eine arme Region, wir wollten das so machen, wie es bei uns verbreitet war. Etwas Fleisch – Eisbein, Rippchen oder Lende – gehört aber hinein.“ Die Deutsche Minderheit aus Rastenburg hatte sogar einen gelernten Koch mitgebracht. Patryk Nasiadko hat gerade die Gastronomiefachschule beendet und freute sich sehr über den fachmännischen Austausch mit Krzysztof Bednarski. Er hatte sich eine altpolnische Suppe „Dziadek Ludek“ ausgesucht, die eine Tradition von etwa 130 Jahren hat. „Meine Verbesserung sind Geflügel-Fleischbällchen – ursprünglich wurde sie mit auf Zwiebeln gebratenem Hakkfleisch gemacht. Außerdem gebe ich kleine Teigklößchen dazu. Früher hieß sie auch Zitronensuppe, wurde gereicht mit Fischbällchen und eingedickt mit weichem Labkäse unter Zugabe von Zitronensaft.“ Großen Eindruck machte der junge Mann mit seinem Können auf Arkadiusz Leska: „Wenn man Patryk so in seinem Element sieht, merkt man, da ist ein neuer Masterchef.“

Am Ende des Projekts stand dann neben dem Austausch von kulinarischen Tipps und Rezepten, die auch in einer Ortelsburger Zeitung erschienen sind, für die Teilnehmer mit dem Probeessen der leckerste Teil an. Die Gerichte schmeckten so gut, wie sie vorher bereits geduftet hatten. Kein Wunder, dass eine Wiederholung angedacht ist, und selbst Bednarski hat signalisiert, dass er dann gerne wieder dabei wäre.

Teilnehmer und Organisatoren bedanken sich beim Innenministerium der Bundesrepublik Deutschland, die im Rahmen des Programms „Belebung der Begegnungsstätten“ diese Veranstaltung finanziell unterstützt hat.

Uwe Hahnkamp

Kopfsteinpflaster statt Asphalt

Nach Bauarbeiten: Weg vor der Stadtbibliothek in Königsberg wurde mit Steinen der Aweider Allee bedeckt

Vor Kurzem ist im Königsberger Zentrum neben dem Gebäude der Stadtbibliothek gegenüber der Technischen Universität ein neuer Platz entstanden. Genauer gesagt, war er dort schon immer, in den 70er Jahren nannte das Unternehmen „Jantarenergo“ ihn „Platz des Energetikers“. Laut Umgestaltungsplan sollten alle Gehwege Straßenlaternen säumen, die zum einen den Platz zu einer dekorativ erleuchteten Zone machen und zum anderen die Bäume beleuchten.



Vor der Stadtbibliothek: Ordentlich verlegtes Pflaster ersetzt maroden Weg Bild: J.T.

Ein Fußgängerweg musste um den Platz erst angelegt werden. Allerdings blieb zwischen dem Platz und der Stadtbibliothek in der Hufenallee eine Schwachstelle, die sich lange Zeit in einem schlimmen Zustand befunden hatte. Auf diesem Abschnitt musste man äußerst vorsichtig sein, um sich kein Bein zu brechen. Da sich in der Nachbarschaft der Bibliothek viele Büros befinden, gibt es hier auch viele Fußgänger.

Deshalb beschloss die Stadtregierung, unmittelbar nach der Eröffnung des Platzes auch diesen Durchgang von Grund auf zu sanieren. Statt Asphalt wurden Pflastersteine ordentlich verlegt. Das ist einer der wenigen Fälle, in denen Asphalt durch Kopfsteinpflaster ersetzt wurde. Meistens ist es umgekehrt. Insgesamt wurden fast 200 Quadratmeter gepflastert. Eine Gruppe von fünf Bauarbeitern verlegte in einer Zeit von zwei Monaten 400 Tonnen Pflastersteine. Nach Fertigstellung misst die Fläche eine Länge von 196 Metern und eine Breite von fünfeinhalb Metern.

Nach dem Krieg wurde im Stadtzentrum nichts zum Erhalt der gepflasterten Flächen getan, dabei wäre es ein Geschenk für die Städter gewesen, hätte man das Kopfsteinpflaster vernünftig repariert. So sagte es Bürgermeister Alexander Jaroschuk bei einem Arbeitsbesuch. Jaroschuk war es, der im Sommer 2015 im Anschluss an die Erneuerung des Platzes die Instandsetzung des Weges versprochen hatte.

Die alten Pflastersteine waren von den erneuerten Zufahrtsstraßen in der Nähe der Aweider Allee [Alleja smelych] abgetragen worden. So blieb dieser Teil des alten Königsberger Kopfsteinpflasters schließlich erhalten und verschwand nicht, wie es so oft geschehen in den vergangenen Jahren, vollständig oder tauchte auf den Grundstücken von Privathäusern wieder auf.

Für das Aufheben und Neuverlegen des Pflasters waren vier Millionen Rubel (etwa 55000 Euro) nötig. Nach zweimonatiger Bauzeit ist nun ein Weg entstanden, der sich sehen lassen kann.

Bauarbeiter erhielten Unterricht von westlichen Fachleuten

Für die Unterweisung der russischen Verlegefirma wurden Spezialisten aus dem Westen herangezogen. So sollte sichergestellt werden, dass die Steine ordentlich verlegt werden. Das Ergebnis überzeugt: Stein liegt an Stein mit geringen Fugenabständen. Die beauftragte Firma versicherte, dass der Weg viele Jahre halten werde. *J. Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist wie bei jedem Jahreswechsel: Trotz aller guten Vorsätze, keine unerledigten Anfragen mit in das neue Jahr zu nehmen, bleibt immer eine gewisse Bringeschuld, die noch Verstärkung erhält, wenn sich aus der Festtagspost neue Fragen und sogar Lösungen ergeben. Eine von diesen hatte ich wirklich nicht mehr erwartet, denn es herrschte nach der Veröffentlichung der im Juni 2015 gestellten Leserfrage absolute Funkstille. Umso überraschender ist jetzt die Aufklärung, die uns Herr **Heinz Ney** aus Potsdam vermittelt, der auch der Fragesteller war. Es ging bei dem Autor und Herausgeber der Dokumentation „Gottes Häuser in Königsberg“ nicht um ein Problem, das einen sakralen Bau betraf, sondern um das uns allen vertraute Königsberger Stadtwappen. Das setzt sich aus den drei Wappen der ehemaligen Städte Altstadt, Löbenicht und Kneiphof zusammen, die sich unter dem preußischen Adler vereinen. Das Wappen zwingt durch die Reichhaltigkeit der Symbole zum genauen Betrachten – und das tat Herr Ney und stellte dabei fest, dass sich in der Umrandung des in der Mitte stehenden Altstadtwappens zwei kaum erkennbare Buchstaben befinden – links ein S, rechts ein L –, deren Bedeutung er sich nicht erklären konnte. Das konnten wir auch nicht, als er sich an uns wandte, und so gaben wir die Frage in Folge 25 an unsere Leser weiter. Aber niemand schien diese rätselhaften Buchstaben bisher beachtet zu haben, sie sind auch in keiner uns bekannten Dokumentation erwähnt. Ich hoffte auf die Heraldiker unter unseren Lesern, aber es kam leider keine Zuschrift – bis jetzt! Herr Ney legte seinen herzlichen „Weiter-so-Wünschen“ für die Ostpreußische Familie, für die ich ihm sehr danke, ein Schreiben bei, in dem er kurz und knapp die Lösung präsentiert, die höchst simpel ist.

„Sie erinnern sich an die Frage zum Königsberger Wappen: was bedeuten die Buchstaben S und L? Dank der Ostpreußischen Familie gibt es nun eine Antwort. Herr **Wolfgang Petschukat** aus Eutin hat sich im Zusammenwirken mit Herrn Pfarrer i.R. **Lorenz Grimoni** um Lösungen bemüht. Der entscheidende Hinweis kam dann von Herrn Dr. **Wolfgang Klein** aus Schwörstadt: S und L sind die Initialen der Graphiker Lerman und Sachow. Er schickte mir ergänzend dazu eine russische Version des Wappens mit doppelköpfigem Adler. Der Graphiker Lerman hat übrigens auch das Gumbinner Wappen neu gestaltet.“ Soweit die Enträtselung, die uns Herr Ney übermittelte. Doch Heinz Ney wäre nicht Heinz Ney, wenn er nicht dieser Mitteilung einen neuen Wunsch anhängen würde: „Aber wie so oft – neue Fragen tauchen auf. Angeregt durch Herrn Petschukat: Worauf weisen die jeweils elf Kugeln an den Außenseiten der Wappen vom Kneiphof und dem Löbenicht hin? Nur einfach ein Schmuckelement? Bestimmt nicht!“ So meint jedenfalls Herr Ney und hofft, dass unsere Ostpreußische Familie auch hierfür eine Erklärung findet. (Heinz Ney, Zum Kahleberg 85 in 14478 Potsdam, Telefon 0331/873666, E-Mail: neypreussen@googlemail.com)



Noch schwach erkennbar an der verkommenen Hausfront: Medizinische Universitätsklinik

Bild: Gast

Übrigens hatte ich Herrn Grimoni bereits auf das Wappenrätsel angesprochen, als er mir im Juli in Hamburg die Königsberger Bürgermedaille überreichte, und ich wusste, dass er sich in dieser Sache bemühen würde. Die Bürgermedaille als Auszeichnung für mein „Lebenswerk“ war für mich die größte Freude des vergangenen Jahres, und sie findet noch in der Festtagspost ein Echo. Und auch hier eine Überraschung: Die Medaille wurde von dem Bildhauer **Georg Fuhg** geschaffen, und seine Tochter **Dorelise Putzar** meint, mit der Medaille bekäme ich auch einen himmelsweiten Gruß ihres Vaters. Das hat mich doch sehr berührt und auch ihre Goethe-Worte, mit denen sie unsere helfende und verbindende Arbeit über Zeit und Raum stellt: „Wie alles sich zum Ganzen webt und in dem Andern wirkt und lebt ...“

Wie sich das auch in einem inhaltsreichen Brief unseres Lesers **Karl-Heinz Gast** aus Lindern/Geilenkirchen zeigt, der sich verschiedener in unserer Kolumne behandelter Probleme angenommen hat und bereits beachtliche Fortschritte verzeichnen kann. Aber mitunter geraten seine Nachforschungen auch ins Stocken, was ihn besonders im Fall der in Königsberg geborenen Estin **Anne Rekkaro** schmerzt, denn ihr Schicksal geht ihm besonders nahe. Sie ist unseren Lesern und Leserinnen keine Unbekannte, wir haben oft über diese tatkräftige Frau berichtet, die sich als Ostpreußin fühlt, obgleich sie ihre Heimat als Dreijährige verlassen musste, als ihre kranke Mutter das Kind beim Russeneinfall der Estin übergab, die es mit in ihre Heimat nahm und es später adoptierte. Wie stark sich Anne Rekkaro mit Ostpreußen verbunden fühlt, beweist die Übersetzung ins Estnische und Herausgabe einiger Bücher, die das Leben der verbliebenen Deutschen – und hier vor allem das der Kinder – im russisch besetzten Gebiet im Chaos der Nachkriegszeit behandelt. Aus diesen Büchern hält sie auch Lesungen, um interessierten Esten das Schicksal der Menschen aus dem Land, aus dem sie stammt, näher zu bringen. Sie selber kämpft bereits jahrzehntelang um die Bestätigung ihrer Geburt als Kind von deutschen Eltern in Königsberg – bisher vergeblich. Auch die Bemühungen ihrer deutschen Freunde und von von diesen angesprochenen Institutionen liefen ins Leere.

Zu ihnen gehört Karl-Heinz Gast, der schon vor längerer Zeit bei den betreffenden russischen Behörden in Königsberg interveniert hat, und er stellt dieses Thema gleich an den Anfang seines langen Briefes: „Mich plagt noch immer die Identitätsfrage von Frau Anne Rekkaro, bisher sind meine Anfragen unbeantwortet geblieben. Eine mir bekannte Dolmetscherin, Frau **Inna R.**, habe ich nun erneut gebeten, sich um den Fall zu kümmern und nach den betreffenden Dokumenten wie Meldedaten und Geburtsurkunde zu suchen.“ Sehr hoffnungsvoll klingt das leider nicht, aber Anne Rekkaro wird sich sicher freuen, dass ihre Identitätssuche von Seiten der Ostpreußischen Familie weiter gestützt wird, in die sie sich eingebunden fühlt. Denn auf ihrer Karte mit Grüßen zum Jahreswechsel in estnischer Sprache steht zu lesen: „Vielen Dank für alles, was Sie für uns, die Ostpreußische Familie, getan haben und noch tun werden!“

Fangen wir doch gleich damit an, denn der Brief von Herrn Glas enthält in der Hauptsache einen Wunsch an unsere Leserschaft, den er uns schon im März vergangenen Jahres vorgetragen hat und der jetzt konkrete Formen annimmt. Es geht um die von der Universität Tartu/Dorpat geplante Gedächtnisausstellung für den 1792 in Piibe/Estland geborenen Wissenschafler **Karl Ernst von Baer**, der als Anatom in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der Königsberger Albertina tätig war und als einer der hervorragenden Medizin- und Naturforscher seiner Zeit gilt. Er und zwei weitere bedeutende Gelehrte sollen mit einer Gedächtnisausstellung am 13. November 2017 in Königsberg geehrt werden, was mit einem Denkmal auch bleibende Formen annehmen wird. So ist es jedenfalls von der Karl-Ernst-von-Baer-Stiftung geplant, zu deren Gründern auch Karl-Heinz Gast als engagierter Kulturbewahrer gehört. Der Gelsenkirchner, dessen Mutter in Königsberg geboren wurde, ist in seinen Bemühungen um Kontaktaufnahme zu betreffenden Ansprechpartnern im heutigen Königsberg schon recht weit gekommen. Nun benötigt er weitere Angaben zu den drei Wissenschaftlern, die in Dorpat wie in Königsberg wirkten. Zu ihnen gehört außer Karl Ernst von Baer (1792–1876) der Anatom **Karl Friedrich Burdach** (1776–1847), der als Lehrer an der Universität Dorpat seinem Schüler Baer den Rat gab, nach Königsberg zu gehen, und der Zellforscher **Karl Bogislaus Reichert** (1811–1883), ein Student Baers, der aus Rastenburg stammte. So beziehen sich die Anliegen, die Herr Gast an unsere Leserschaft stellt, vor allem auf den Letzteren wie auch auf den aus Leipzig stammenden Professor Burdach. Über Karl Ernst von Baer sind Unterlagen für eine umfassende Dokumentation vorhanden, die Anschriften der heute in führenden Hochschulpositionen in aller Welt tätigen Verwandten sind bekannt. Das bedeutet nicht, dass die Initiatoren der Gedächtnisfeier an Informationen – aus vielleicht bisher unbekannten Quellen – nicht interessiert wären. Sein Leben und Wirken wird in Estland in hohem Maße gewürdigt wie mit dem „Zeitweg“ in Piep (Piibe), der einen symbolischen Überblick über die Entwicklung des Universums vermittelt, und dem bereits 1886 errichteten Denkmal in Tartu.

Nun also soll ein neues Denkmal für Karl Ernst von Baer an seiner alten Wirkungsstätte am Pregel entstehen. Zu diesem „Drei-K-Denkmal“, wie es in der Planung genannt wird, schreibt Herr Gast: „In diesem Jahr werde ich mich mit dem estnischen Bildhauer **Mati Karmin** aus Tartu in Königsberg treffen, um den endgültigen Standort des Denkmals festzulegen. Es wird wohl seinen Platz in der ehemaligen Kutschenzufahrt oder an einer anderen Stelle auf dem Gelände der Medizinischen Universitätsklinik an der Drummstraße erhalten. Das Gelände ist hier neu gestaltet, die Coppernicusstraße als Verbindung zur Wagnerstraße existiert nicht mehr. Ich habe dem Rektor der Kant-Universität vorgeschlagen, in der alten Pförtnerloge der Klinik ein kleines Museum für die drei zu ehrenden Wissenschaftler einzurichten, das dem medizinischen Nachwuchs wie auch Touristen und den Bürgern der Stadt als Informationszentrum dienen soll. Auch für dieses wird dokumentarisches Material gesucht wie alte Fotos von der Medizinischen Klinik und dem Wirken der Ärzte und Mitarbeiter.“ So, das wäre es – für heute, denn das ist noch längst nicht alles, was Herr Gast uns mitzuteilen hat. Aber nur in Stichworten kann man die ausführlichen Angaben nicht bringen, will man Erfolg haben. Und den wünschen wir doch Herrn Gast und seinen „Drei-K“-Planern. (Karl-Heinz Gast, Maarstraße 29 in 52511 Geilenkirchen, Telefon 02462/6670.)

„Fragt mich doch mal was Leichteres!“, ist deshalb oft mein Stoßseufzer, wenn die Wünsche allzu kompliziert sind und es schwer ist, sie auf einen verständlichen Nenner zu bringen. Und wenn es dann etwas „Leichtes“ ist, muss ich mitunter doch passen, wie bei dem Anliegen von Frau **Patricia Doeppner**, die mir ihren Kummer über einen missratenen Mohnstriezel mitteilte. Sie hatte ihn wie immer zu Weihnachten nach dem Rezept ihrer aus Ostpreußen stammenden Großmutter gebacken, und als sie ihn zwei Tage später anschnitt, war er bitter geworden. Das war ihr vor zwei Jahren schon einmal passiert, und jetzt stellt sie uns die Frage: „Wie kommt es, dass der Mohn so schnell bitter wird? Die einzige, von der wir eine kompetente Antwort erhoffen können, ist die Ostpreußische Familie.“ Also hoffen wir auf unsere backerfahrenen Leserinnen, denn ich selber muss leider passen, in meinen Kochbüchern kommt auch kein bitterer Mohn vor, selbst das Doennig's hüllt sich da in Schweigen. (Patricia Doeppner, E-Mail: Patricia.Doeppner@gmx.net)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

PiS-Politikern ist der Name zu deutsch

Der Breslauer Jahrhunderthalle droht erneute Umbenennung

Der Name der 1913 eingeweihten Breslauer Jahrhunderthalle ist ein Politikum, erinnert er doch an die Befreiungskriege. Anders als die traditionelle deutsche sieht die polnische Geschichtsschreibung den Sieg über Napoleon nicht als Befreiung an, und so wurde die Befreiungshalle nach dem Zweiten Weltkrieg in Hala Ludowa (Volkshalle) umbenannt. Im Jahre 2004 wurde das Wahrzeichen Breslaus auf die Liste der wichtigsten Baudenkmäler der Geschichte Polens mit derzeit rund 25 Objekten gesetzt. Nach Bemühungen der Stadtverwaltung wurde es als „Centennial Hall“ (Jahrhunderthalle) 2006 als Pionierleistung des Stahlbetonbaus und der modernen Architektur in die Liste des Weltkulturerbes der Unesco aufgenommen. In Polen wird angesichts der internationalen Würdigung vermehrt die polnische Übersetzung von Jahrhunderthalle und Centennial Hall verwendet: Hala Stulecia.

Doch den polnischen Nationalkonservativen blieb der Name eine Ärgernis. Vor vier Jahren schlugen Breslauer PiS-Stadträte als Namen „Józef-Poniatowski-Halle“ vor. Poniatowski hatte aus ihrer Sicht in den Befreiungskriegen auf der richtigen Seite gestanden, auf der französischen. Der polnische Aristokrat, Fürst, General, Kriegsminister des Herzogtums Warschau und Marschall von Frankreich übernahm nach der Völkerschlacht bei Leipzig das Kommando über Napoleons Nachhut und deckte den Rückzug des Franzosen. Durch die vorzeitige Sprengung der Brücke über die Weiße Elster war ihm selbst der Rückweg abgeschnitten. Als er nach mehreren Verwundungen versuchte, die Elster mit dem Pferd zu überqueren, ertrank er im Fluss.



Während des „Kulturfestivals der deutschen Minderheit in Polen“ im vergangenen Jahr: Jahrhunderthalle

Bild: Pander

Nun frischte PiS-Kandidat Tomasz Małek auf dem Parteitag im nahen Wohlau (Wołów) die Debatte auf. Der derzeitige und alte Name der Halle beweise, dass „die deutsche Option wieder obsiege“. Wenigstens will Małek die Jahrhunderthalle nicht gleich abreißen wie den Warschauer Kulturpalast, ein Geschenk der Sowjetunion, das er als Symbol der russischen Besatzung in der Bilderstürmermanier dem Erdboden gleichgemacht wissen will.

Dabei hat die „Hala Stulecia“ mittlerweile einen Platz in der polnischen, wenn nicht gar europäischen Zeitgeschichte eingenommen. Und zwar nicht nur sportlich wie bei der ein oder anderen Europa- oder Weltmeisterschaft. Auf politischem Gebiet ist zum Beispiel das Treffen der EU-Finanzminister zur griechischen Schuldenkrise zu nennen. Und gerade die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen umgibt sich gerne mit der Aura ihrer Geschichte. So ist die Halle seit 2009 alle drei Jahre regelmäßiger Austragungsort ihres Kulturfestivals. Andy Borg (2015) oder Heino (2012) traten hier vor Tausenden Deutschen auf, Heino sang hier sogar das Schlesierlied.

Edmund Pander



ZUM 109. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Dobrindt**, aus Wehlau, am 12. Januar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Haekel, Richard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Warda, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Christoph, Gertrud, geb. **Szabang**, Kreis Elchniederung, am 8. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Granholm, Adolf, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 47, am 10. Januar
Mauer, Artur, aus Treuburg, am 11. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Becker, Willi, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Voss, Esther, geb. **Schellwat**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jülich, Herta, geb. **Wippich**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 14. Januar
Macht, Felicitas, geb. **Sakowski**, aus Germau, Kreis Samland, am 10. Januar
Mauritz, Gertrud, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Müller, Vera, geb. **Milbrett**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Schenkewitz, Lotte, geb. **Kowalewski**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Eckstein, Hildegard, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Eggert, Anna, geb. **Galla**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Neuland, Elsa, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Paepke, Charlotte, geb. **Althöfer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 12. Januar
Rohn, Käthe, geb. **Podszun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Waschk, Susanne, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 11. Januar
Witt, Frieda, geb. **Quednau**, aus Lyck, Yorkstraße 1, am 14. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Heinemann, Ruth, geb. **Sütterlin**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. Januar
Malis, Hedwig, geb. **Neumann**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 13. Januar
Sembach, Ruth, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 13. Januar
Sokolowski, Gertrud, geb. **Sokollek**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gatzke, Helene, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Gerhardi, Traute, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar
Hoppe, Maria, geb. **Zidorn**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Kowalewski, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Murr, Edith, aus Lyck, am 11. Januar
Nachtweyh, Waltraud, geb. **Zyiewitz**, aus Neidenburg, am 11. Januar
Rottschalk, Margarete, geb. **Werner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Stralla, Hildegard, geb. **Simanski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Weiß, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar
Zekorn, Edeltraut, geb. **Matthews**, aus Treuburg, am 9. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Altmeyer, Heinz, aus Lyck, am 14. Januar
Bieber, Elfriede, geb. **Kischkel**, aus Lyck, am 11. Januar
Daniels, Hildegard, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 11. Januar
Girth, Walter, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 13. Januar
Heske, Elfriede, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 8. Januar
Krause, Gertrud, geb. **Rehberg**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 10. Januar
Krupinski, Bruno, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Lehr, Berta, geb. **Mrosek**, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Januar
Liebert, Ursula, aus Lyck, am 11. Januar
Malunat, Hannelore, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Seiffert, Liselotte, geb. **Kanschat**, aus Treuburg, am 14. Januar
Stengel, Grete, geb. **Blaurock**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Januar
Tulowitzki, Waltraut, geb. **Radeck**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Weber, Otto, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Wedler, Hermann, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biesenthal, Edith, geb. **Müller**, aus Heiligenkreutz, Kreis Samland, am 14. Januar
Hartwig, Christel, geb. **Kraschewski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Lemke, Christel, geb. **Fischer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Liss, Ulrich, aus Lötzen, am 11. Januar
Marschand, Hildegard, geb. **Schink**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 10. Januar
Pitschke, Elsbeth, aus Königsberg, am 8. Januar
Rönfeldt, Christel, geb. **Wolff**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Rosenberger, Helene, geb. **Dietz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 10. Januar
Schifferdeck, Jürgen-Hinrich, aus Johannisberg, Kreis Samland, am 14. Januar
Sohn, Hertha, geb. **Luick**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 13. Januar
Suttka, Hildegard, geb. **Klask**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Trakowski, Gretchen, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Unruh, Erich, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 9. Januar
Vierck, Helene, geb. **Parzianka**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 13. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bautruk, Kurt, aus Sarken, Kreis Lyck, am 13. Januar
Birk-Redolf, Christa, geb. **Gaudszun**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 10. Januar
Bohne, Waltraut, geb. **Piechotta**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar
Brockmann, Frieda, geb. **Kargoll**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Januar
Danneberg, Erwin, aus Kobbelbude, Kreis Samland, am 13. Januar
Dannehr, Margarete, geb. **Krause**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Friedrich, Alfred, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Haack, Frieda, geb. **Domnik**, aus Geislingen, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
König, Günter, aus Schönwalde, Kreis Heiligenbeil, am 10. Januar
Krause, Alfred, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Lamoller, Ewald, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Lopian, Alfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 14. Januar
Ludwanowski, Hans-Joachim, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 11. Januar
Mack, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Januar
Mielenhausen, Elfriede, geb. **Rahlf**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Pallaks, Helmut, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Pasternack, Edeltraut, geb. **Kuschewitz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 8. Januar
Piechottka, Helmuth, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 10. Januar
Praetorius, Paul, aus Heinrichswalde/Stobingen, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Pump, Gerda, geb. **Kroneberg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Rinio, Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 14. Januar
Rinkens, Rita Ingrid, aus Danzig, am 6. Januar
Roegner, Ilse, geb. **Glaß**, aus Ortelsburg, am 11. Januar
Rohmann, Meta, geb. **Liebich**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Schwabe, Walter, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Streich, Hannelore, geb. **Dischmann**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Januar
Wroblewski, Margarete, geb. **Roy**, aus Lyck, am 12. Januar
Zaeske, Annemarie, geb. **Faust**, aus Pillau, Kreis Samland, am 10. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Czichon, Irmgard, geb. **Günther**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 10. Januar
Denkmann, Günter, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 12. Januar
Dreyer, Axel, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 8. Januar
Frank, Rudhard (Rudi), aus Pillau, Kreis Samland, und aus Labiau, am 14. Januar
Frommer, Gerd-Günter, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Gembora, Ursula, geb. **Jotzo**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Haase, Walter, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Hakelberg, Manfred, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Januar
Hasenfuß, Waltraut, geb. **Steputat**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Januar
Kallwitz, Ernst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Kreffner, Erna, geb. **Herfort**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 8. Januar
Kutz, Paul, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 9. Januar
Lattemann, Dieter, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Legat, Günther, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 11. Januar
Mannes, Helga, geb. **Weege**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Mehl, Gerda, geb. **Losch**, aus Neidenburg, am 9. Januar
Meschut, Karl-Friedrich, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 14. Januar
Mintkewitz, Kurt, aus Maschen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Müller, Else, geb. **Janz**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Neufeld, Erich, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Pick, Erwin, aus Neidenburg, am 10. Januar
Pischke, Gerhard, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Rockel, Christel, geb. **Sting**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 10. Januar
Ruhe, Elfriede, geb. **Dorsch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar
Schütrumpf, Karl, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Seiler, Renate, geb. **Fröhlich**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Siebel, Helga, geb. **Kaehler**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Viebrock, Elvira, geb. **Matschulat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Weikam, Gisela, geb. **Matthée**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Zeuner, Käte, geb. **Oprotkowitz**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 9. Januar
Zorn, Gerda, geb. **Adomeit**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Geiger, Erika, geb. **Janz**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Holz, Peter, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 9. Januar
Kozlowski, Manfred, aus Drosselwalde, Kreis Johannisburg, am 11. Januar
Kozlowski, Marian, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Masch, Hannelore, geb. **Schipper**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Meistrowitz, Ursula, geb. **Koriath**, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Müller, Helmut, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Muraczewska, Tadeusz, aus Treuburg, am 12. Januar
Sareyka, Gisela, geb. **Olschewski**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 8. Januar
Stadach, Ursel, geb. **Skrimmer**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Stanko, Kurt, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Wolf, Ingrid, geb. **Twarok**, aus Pillau, Kreis Samland, am 11. Januar

TERMINE DER LO

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
9. bis 11. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
31. Oktober bis 2. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de



„Das ist das letzte Mal“
Auch Elisabeth Krahn berichtet über die letzte Adventsfreizeit im Ostheim (siehe auch PAZ Nummer 53, Seite 19) in Bad Pyrmont:

Zwischen dem 7. und 14. Dezember trafen sich die Ostpreußen zum Wiedersehen und zur Einstimmung auf Weihnachten, Es war wunderbar die Betreuung durch das Ehepaar Winkler zu genießen. Dabei staunten wir über die verschiedenen Angebote und die gute Organisation. Nach dem Frühstück ging es los: Wir sangen im Preußensaal, machten Morgengymnastik, bastelten oder entspannten uns während einer Diameditation.

Einige Stunden am Vor- und Nachmittag konnte man Bad Pyrmont erkunden. Es war Zeit genug, um Kurkonzerte und offenes Singen zu genießen. Interessant war die veranstaltung „Besuch des Zaren“. Am 13. Dezember hatten Winklers um 15 Uhr zur Advents-Kaffeetafel geladen. Der große Preußensaal wirkte weihnachtlich und tat uns gut, dachten wir doch immer: „Das ist das letzte Mal."

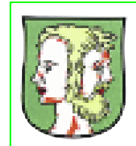
So genossen alle auch den Adventsabend. Wir sangen die alten schönen Weihnachtslieder. Einige lasen Gedichte und Geschichten vor. Beeindruckend war der Gesang einer Teilnehmerin. Brennende Kerzen, und Tannenzweige, Kekse und Getränke – ein wirklich gemütlicher Abend. Trotzdem wurde uns klar, dass wir die letzten Ostpreußen waren, die das Ostheim mit Leben erfüllten. Dem Ehepaar Winkler danken wir herzlich und werden uns immer mit guten Gedanken an sie erinnern. *Elisabeth Krahn*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 9. Januar, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Hitler vor Gericht. dokumentarischer Spielfilm, D 2009.
SONNABEND, 9. Januar, 23.20 Uhr, MDR: Thirteen Days. Dokuthriller über die Kubakrise, USA 2000.
SONNABEND, 9. Januar, 0.05 Uhr, Phoenix: Flucht und Vertreibung der Deutschen.
SONNTAG, 10. Januar, 22 Uhr, RBB; Laconia. Dokumentarspiel, D/GB 2011.
MONTAG, 11. Januar, 20.15 Uhr, Einsfestival: Victoria, die junge Königin. Historien- und Liebesfilm, GB/USA 2009.
DIENSTAG, 12. Januar, 21 Uhr, RBB: Was wurde aus der Stasi? Dokumentation, D 2015.
DIENSTAG, 12. Januar, 22.10 Uhr, WDR: Die Spiegel-Affäre. Dokumentarspiel, D 2014.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Seminar im April

Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltet im April ein Seminar in Göttingen. Um „Die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser im Kreis Lyck“ soll es vom Freitag, 8., bis Sonntag, 10. April, im Göttinger Hotel Rennschuh, Kasseler Landstraße 93, gehen. Hier das Programm:

Freitag, 8. April
18.30 Uhr: Abendessen
20 Uhr: Begrüßung durch die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Seminareinführung, Vorstellen der Referenten
20.15 Uhr: „Vom Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum“ – Vortrag von Pastor Fryderyk Tegler

Samstag, 9. April
9 Uhr: „1525 bis 1945 – die 420-jährige Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde zu Lyck“ – Vortrag von Pastor Tegler
10 Uhr: „Der Kirchenkreis Lyck mit seinen zwölf Kirchspielen“ – Vortrag von Gerd Bandilla
11 Uhr: Kaffeepause
11.15 Uhr: „Die evangelischen Christen nach 1945 in Lyck“ – Vortrag von Günter Donder
12.30 Uhr: Mittagessen
14.30 Uhr: „Die katholischen Christen in Lyck“ – Vortrag von Pater Eduard Prawdzik
15.30 Uhr: Kaffeepause
15.45 Uhr: „Die Baptisten-Gemeinde“ – Vortrag von Inge Endert
18 Uhr: Abendessen
19.30 Uhr: Treffen der Mittleren Generation

Sonntag, 10. April
9 Uhr: „Die neuapostolische Gemeinde“ – Vortrag von Siegbert-Ernst Fahrun
10 Uhr: „Die Christliche Gemeinschaft Gromadki“ – Vortrag von Dirk Meiburg
11 Uhr: Abschlussgespräch. Das Schlusswort hält Heidi Mader
12 Uhr: Mittagessen
Danach Heimreise

Weitere Informationen finden Sie im Internet bei www.kreis-lyck.de. Dort „Aktuelles“ anklicken. Anmeldungen bis zum 28. Februar per E-Mail oder Brief bei heidi-mader@gmx.de oder Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimattreffen 2016

Die Stadtgemeinschaft Tilsit lädt zum nächsten Heimattreffen am 23. April in Gera ein. Einer guten Tradition folgend wird das Treffen gemeinsam mit den beiden Nachbarn, den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung veranstaltet. Gera, anmutig gelegen im thüringischen Hügelland, hat knapp 100 000 Einwohner und verfügt über zahlreiche Kulturstätten. Nur wenige Gehminuten vom Hauptbahnhof entfernt befindet sich direkt neben der Orangerie mit seiner prächtigen Parkanlage und dem Stadttheater das PentaHotel, welches der Austragungsort des Heimattreffens sein wird.

Das Treffen findet am Sonnabend, dem 23. April, von 9 bis 17 Uhr statt. Die Besucher erwartet ein interessantes Programm. Nach den Ansprachen der drei Kreisvertreter Hans Dzieran (Tilsit-Stadt), Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit) und Manfred Romeike (Elchniederung) und dem geistlichen Wort, gesprochen von Pfarrer Martin Loseries wird die Redakteurin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Manuela Rosenthal-Kappi den Festvortrag zum Thema „Land an der Memel – Erbe und Auftrag“ halten. Umrahmt wird das Treffen von kulturellen Darbietungen. Die Schauspielerin Monica Grabs liest aus Werken von Johannes Bobrowski und Siegfried Lenz und der bekannte Männerchor aus Gera wird einen bunten musikalischen Strauß von Heimatliedern darbieten.

Wenn Ostpreußen zusammenkommen, wird ausgiebig plachandert. Dafür wird ein geselliges Beisammensein genügend Zeit bieten. Übrigens findet auch schon am Vorabend die traditionelle Tilsiter Runde im Penta-Hotel statt.

Das Penta-Hotel verfügt über genügend Zimmer, die unter dem Stichwort „Tilsit“ zum günstigen Übernachtungspreis von 65 Euro pro Einzelzimmer und 79 Euro pro Doppelzimmer einschließlich Frühstück bis spätestens 2. April individuell gebucht werden können. Danach geht das reservierte Abrufkontingent in die Verfügbarkeit des Hotels zurück. Alle Zimmer sind mit Dusche, Sky-TV sowie einer kostenfreien Flasche Mineralwasser ausgestattet. Die Nutzung des Wellnessbereiches mit Saunen und Fitnessbereich ist im Zimmerpreis enthalten. Die Buchung ist unter der Telefon, (0365) 29090 möglich. Für PKW stehen 85 hoteleigene Plätze in der Tiefgarage zum Preis von 7,50 Euro pro Tag zur Verfügung. Die Hotelanschrift lautet: Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2A, 07548 Gera.

Am Hauptbahnhof Gera kommen Züge aus verschiedenen Richtungen an. Von hier kann man die Straßenbahnlinien 1 in Richtung „Untermhaus“ benutzen und zwei Haltestellen bis Friedrich-Naumann-Platz fahren. Man kann aber von der Bahn-Unterführung das Hotel auch in etwa acht Minuten zu Fuß erreichen. Gera wird auch von mehreren Fernbuslinien angefahren. Es existieren die Fernbus-Direktverbindungen Berlin-Gera, Hamburg-Gera und Frankfurt/M.-Gera. Vom Busbahnhof erreicht man ebenfalls mit der Linie 1 das Penta-Hotel. PKW-Fahrer erreichen Gera auf der A4, Abfahrt 58b Gera.

Liebe Tilsiter, Tilsit-Ragniter und Elchniederunger! Kommt nach Gera, solange Ihr noch gesundheitlich dazu in der Lage seid. Wir wissen, dass es mit jedem Jahr schwerer wird, lange Reisen zu machen, doch umso mehr gilt es, sich aufzuraffen, ehe es zu spät ist. Lasst uns zusammenkommen, um in geselliger Runde, bei Gesprächen und Begegnungen die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten. In einer Zeit, wo man die Erinnerung an Ostpreußen zu tilgen versucht, dürfen wir das Land der dunklen Wälder nicht in Vergessenheit geraten lassen. Auf Wiedersehen in Gera!



Das PentaHotel in Gera: Ort des nächsten Heimattreffens von Tilsit-Stadt. Es findet wieder gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und der Elchniederung statt Bild: PAZ



Die Holzkirche in Scharfenrade: Um die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser geht es in einem Seminar der Kreisgemeinschaft Lyck in Göttingen Bild: privat

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Dienstag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 91, 70176 Stuttgart: Wintertreffen der Kreisgruppe mit Liedern, Gedichten und Geschichten in Erinnerung an unsere ostpreußische Heimat zur Winterzeit. Unsere Frauengruppe, die Westpreußen und interessierte Gäste sind herzlich eingeladen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Januar, 17 Uhr, Gasthaus Sommerfrische: Grützwurstessen.

Landshut – Donnerstag, 7. Januar: Neujahrsessen – Dienstag, 19.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Januar, Gesthof Zur Insel, Badstraße 16: Zusammenkunft.

Kitzingen – Freitag, 29. Januar, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch unseren Landsmann Günter Schmidt.

– Zum Vormerken –

Alle weiteren Termine der Kreisgruppe für 2016

Freitag, 15. April, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Gemütlicher Kaffeenachmittag mit Ehrungen.

Vom 23. bis 30. April findet eine VdK-Reise zur polnischen Ostseeküste statt.

Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Vortrag von Gustav Patz und ein Bericht über die Fahrt zur polnischen Ostseeküste.

Vom 19. bis 25. Juni findet eine VdK-Fahrt in den Spreewald und nach Berlin statt.

Freitag, 15. Juli, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Sommerfest. Bei schönem Wetter im Garten.

Der Tag der Heimat findet wieder **im September** statt – ein genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

VdK-Fahrt: Wellness in Moravske Toplice, Terme 3000 in Slowenien.

Freitag, 14. Oktober, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof: Erntedankfeier mit Vorträgen von Mitgliedern.

Dienstag, 1. November (Allerheiligen): Kranzniederlegung des BdV (alle Landsmannschaften) am „Kreuz der Heimat“ auf dem Neuen Friedhof

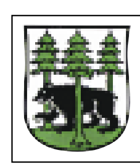
Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“. Vorweihnachtliche Feier mit Beiträgen von Mitgliedern und musikalischer Umrahmung durch Landsmann Günter Schmidt.

Zu allen Veranstaltungen ist – zwei bis drei Tage vorher – eine Anmeldung erforderlich, Telefon (09321) 4405.

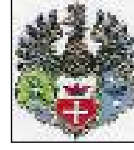


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 10. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus. Rohrdamm 24 B, 3629 Berlin: Gemeinsames Treffen der Gruppe. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Königsberg – Freitag, 22. Januar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Gemeinsames Treffen der Königsberger Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 30. Januar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137. Für Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Alle rund 40 Anwesenden – Ostpreußen und Gäste – waren sich einig: Die Adventsfeier der Landsmannschaft war der schönste und gefühlvollste Heimatnachmittag der Landsmannschaft in diesem Jahr. Natürlich lag es an dem effektvoll geschmückten großen Saal des Ernst-Barlach-Hauses am Holzhafen und an den weihnachtlich geschmückten Tischen, aber vor allem auch an der Teilnahme des allseits beliebten und immer wieder gern gehörten Rezitators, Autors und Schauspielers Herbert Tennigkeit, der alle mit seinen Geschichten und Gedichten in schönstem ostpreußischen Dialekt in seinen Bann zog.

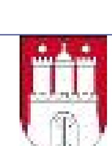
Wir konnten auch unseren lieben Ostpreußen-Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit begrüßen, der mit der Frauenreferentin Christel Kunigk nach Bremerhaven gekommen war.

Tennigkeit brachte in seinem Vortrag die Heimat wieder in Erinnerung. Er sprach von alten lieb gewordenen Bräuchen, den Gefühlen beim Schmücken des Tannenbaums, dem Eintreffen des Weihnachtsmannes und seinen Geschenken, dem Schaukelpferd oder dem Püppchen, den Gerüchen – alles stieg wieder aus der Vergangenheit auf, eine unverlierbare Erinnerung an die Kindheit und Jugend in Ostpreußen, die 1944/45 so jäh zerbrach.

Weihnachtslieder wurden natürlich auch gesungen, laut und viel. Leider war der eingeplante Musikant verhindert, was aber der Stimmung keinen Abbruch tat. Es brauchte eigentlich nicht besonders erwähnt zu werden, aber Herbert Tennigkeit wurde natürlich nicht ohne eine Zugabe entlassen. Jeder weiß es, was er als allerletztes zum Besten gab: „Das Flohchen“. Einen schöneren Abschluss – auch wenn das „Flohchen“ thematisch ganz und gar nicht zur Adventszeit passte – konnte es wirklich nicht geben!

Nach allgemeinen Danksagungen, guten Wünschen für die Zukunft und vielen Umarmungen fand die wunderschöne Adventsfeier der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und des Heimatkreises Elbing gegen 16.30 Uhr ihr Ende. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul schickte die Landsleute in die Weihnachtsferien und wünschte allen ein gesundes und friedvolles Jahr 2016.

Barbara Sandmann



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landsgruppe – Die Adventszeit ist die schönste Zeit voller Freude und Hoffnungen auf Frieden auf der ganzen Welt. Viele Erinnerungen an Kindheit, Eltern, Geschwister und die schönen Sitten aus unserem Heimatland Ostpreußen geben uns viel Zufriedenheit. Das zeigte sich besonders bei der Vorweihnachtsfeier der Landesgruppe am 5. Dezember im Gasthaus Lackemann.



Vorweihnachtsfeier in Hamburg: Der Chor Abendklang war zum ersten mal dabei Bild: privat



Durch die Veranstaltung führte Siegfried Grawitter vom Kulturreferat. Der Erste Vorsitzende der Landesgruppe Hartmut Klingbeutel überbrachte die Grüße der Landsmannschaft. Pastor Voss las eine Weihnachtsgeschichte aus der Bibel. Ilse Schmidt, die ehemalige Leiterin die Ostpreußen-Chor, trug einige Verse und weihnachtliche Gedichte vor. Vom Vertriebenen-Verband „LvD“ war Willibald Piesch gekommen. Er erinnerte an die schwere Zeit nach dem Krieg, als wir aus dem Osten als Flüchtlinge in Hamburg ankamen.

Aus vielen ostpreußischen Kreisen waren Leute gekommen: aus Königsberg, Insterburg, Sensburg, Gumbinnen, Osterode, und der Elchniederung. Auch Pommern, Westpreußen und Schlesier hatten sich eingefunden, so dass 62 Teilnehmer gezählt werden konnten. Nach einer gemütlichen Kaffeepause begrüßten sie den Chor-Abendklang unter der Leitung von Lilia Berschin. Mit dieser Gruppe möchte unser „Kulturreferat“ einen neuen Chor in die Veranstaltungen der Landsmannschaft bringen. Wir glauben eine gute Wahl getroffen zu haben. Der Chor stimmte uns mit vorweihnachtlichen Liedern auf die Adventszeit ein. Alle lauschten gespannt und freuten sich über die schönen Stimmen. Sie trugen zur harmonischer Stimmung bei.

Das Schlusslied sangen alle gemeinsam mit dem Chor „Abendklang“. Gegen 17 Uhr war die Veranstaltung zu Ende. Siegfried Grawitter bedankte sich bei allen, die das Fest mitgestaltet hatten, sprach zum Schluss noch einige Worte und wünschte einen guten Heimweg. Ihm sei an dieser Stelle noch einmal ein großes Lob ausgesprochen.

Marlies Samel

Hamburg-Harburg – Sonntag, 17. Januar, 11 Uhr, St. Johannes-Kirche, Harburg, Bremer Straße 9 (erreichbar mit der S-Bahn, S3 und S31, Station Harburg Rathaus, 10 Minuten Fußweg): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Predigt: Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss laden wir zum Gespräch in den Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck ein.

Lichtbildvortrag über die Kurische Nehrung

Hamburg – Christian Papendick ist nicht nur Architekt, Schriftsteller und Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen, sondern auch ein vielbeachteter Fotograf. Mehrere Bildbände mit seinen Arbeiten hat der heute in Hamburg lebende gebürtige Königsberger herausgegeben. Die Kurische Nehrung hatte es ihm als Motiv seiner fotografischen Leidenschaft besonders angetan. Davon können sich Ostpreußen-Liebhaber im Januar selbst überzeugen. „Wiedersehen mit der Kurischen Nehrung in den 90er Jahren“ heißt sein Lichtbildvortrag in der Kriemhildstraße 15/17 im Hanna-Reemtsma-Haus in Hamburg Rissen am Montag, dem 25. Januar.

Bereits am Freitag, dem 8. Januar, war es um den nördlichen, litauischen Teil der Kurischen Nehrung gegangen. Am 25. Sind Bilder und Eindrücke vom südlichen, russischen Teil der einzigartigen Landschaft zu bewundern. Beginn ist um 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Um eine Kulturspende wird gebeten. Anmeldungen bitte vorab am Empfang des Hanna-Remtsma-Hauses unter Telefon (040) 819580.

HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612. Stellvertretender Vorsitzender Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Dillenburg – Die Monatsversammlung am 9. Dezember stand ganz im Zeichen von Weihnachten. Dietmar Balschun hatte wieder die Kerzen am Schwibbogen angezündet. Außerdem hatte er für jeden ein Schiffchen mitgebracht. Es war eine Walnussschale, gefüllt mit einer festen Masse. Darin steckte als Mast ein Zahnstocher mit einem Papiersegel, auf dem die Jahreslosung für 2016 stand: Gott spricht: Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet (Jes. 66,13). Zum Schiffchen passend sangen alle gemeinsam das Adventslied „Es kommt ein Schiff geladen“, und Dietmar Balschun knüpfte daran Betrachtungen, wie Gott die Menschen trösten kann.

Anschließend lasen Urte Schwidrich und Margitta Meier Weihnachtsgeschichten. Es waren die Erzählung „Heiligabend in Kalischken“ des ostpreußischen Dichters Arno Surminski und „Beim Klang der Glocken“. Darin findet ein kleiner Junge trotz heftigen Schneetreibens den Weg zur Kirche im Dorf nur, weil er die Glocken hören und sich danach orientieren kann. Danach erinnerte Dietmar Balschun daran, dass das Glockenläuten eine Einladung ist, zu Gott (oder zum Gottesdienst in die Kirche) zu kommen. Beim Muezzinruf der Moslems ist das anders. Der Ruf ist keine Einladung, sondern er besagt nur, dass Allah der größte und einzige Gott sei.

Balschun ging auch noch auf die Jahreslosung von 2015 ein: Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat (aus dem Römerbrief des Paulus). Das gilt auch für uns alle: Wir sollen andere annehmen, das heißt anerkennen, auch wenn sie anders sind als wir. (Siehe die vielen Flüchtlinge, die zu uns nach Deutschland kommen). Dann sangen alle noch „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“, von dem Königsberger Pfarrer Georg Weissel, das er im Jahre 1623 schrieb.

Bevor die Gruppe sich mit den besten Wünschen zu Weihnachten, zum Neuen Jahr und mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied verabschiedete, sprach Ingrid Nowakiewitsch die Weihnachtsgeschichte aus dem Lukas-Evangelium, die nur dort so ausführlich beschrieben wird. Bei den anderen Evangelisten wird die Geburt Christi nur im Zusammenhang mit der Vorausschau auf den zu erwartenden Messias (im Alten Testament) erwähnt. Ganz zum Schluss las Urte Schwidrich noch die Legende „Wie die Christrose entstand“, nämlich aus den Tränen eines kleinen Hirtenjungen, der kein Geschenk für das Kind der Krippe hatte.

Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 27. Januar statt.

Ingrid Nowakiewitsch, Schriftführerin

Wetzlar – Montag, 11. Januar, 19 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Das Königsberger Diakonissen-Mutterhaus“– So lautet das Thema beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Vortragender wird der ehemalige Vorsteher der Einrichtung, Pfarrer im Ruhestand Dieter Nebeling, sein.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Januar, 14.30 Uhr, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe. Gäste sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 21. Januar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schlachtplatte“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte bis spätestens 15. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, anmelden. Anfahrt über die ESWE-Busverbindung, Linie 16. Haltestelle ist „Ostpreußenstraße“

– Bericht –

Zehn Mal im Jahr lädt die Landsmannschaft zum Stammtisch ein. Die Anfänge der Treffen reichen bis in die 50er Jahre zurück. Damals traf man sich zweimal im Jahr zum „Königsberger Fleck“, einer der vielen ostpreußischen Spezialitäten. Der schnell wachsende Teilnehmerkreis verlangte sehr bald nach weiteren heimatlichen Gerichten. Diesem Wunsch folgend standen nach kurzer Zeit immer mehr Essen nach west- und ostpreußischen Rezepten auf der Speisekarte: Zunächst waren es hauptsächlich Königsberger Klopse, Schmandschinken, Schmandhering, Falscher Hase und Maischolle.

Wenn es Grützwurst gab, stieg die Teilnehmerzahl rasch an, zumal ein Metzger die Wurst eigens für die Landsmannschaft nach heimatlicher Art zubereitete. Die Spezialität wird nicht nur an Ort und Stelle mit viel Zwiebeln, Kartoffelbrei und Sauerkraut gegessen: Zusätzlich werden 80 bis 100 Portionen mitgenommen um zunächst in häusliche Tiefkühlschränke zu wandern – und dann herausgeholt werden für den späteren Appetit.

Den Abschluss der Stammtischreihe bildete auch in diesem Jahr das traditionelle „Festliche Wildessen“, an dem rund 60 Landsleute und Freunde der Landsmannschaft teilnahmen. Von den zur Auswahl stehenden Wildgerichten fand die „Landsmannplatte“ regen Zuspruch, zumal hier mit Wildschwein- und Hirschbraten sowie Hirschgulasch mit Waldspitzen und Preiselbeerbirne alle Wildsorten für einen echten Gaumenschmaus auf dem Teller vereint waren.

Das traditionelle „Festliche Wildessen“ des Wiesbadener Kreisverbandes: Auch die Horn-Gruppe der Jägerschaft war dabei Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Ihr waidmännisches Gepräge bekam die Festlichkeit durch die befreundete "ES-Horn-Gruppe der Wiesbadener Jägerschaft", die zwischen der Speisefolge mit althergebrachten Jagdsignalen und weihnachtlichen Klängen zur Stimmung beitrug. Mit dem Volksliedern „Kein schöner Land in dieser Zeit", bei dem die Besucher stehend einstimmten, und mit „Nun Brüder eine gute Nacht, der Herr im hohen Himmel wacht", klang der Stammtisch des Jahres aus.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

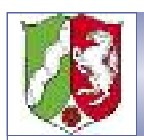
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Januar, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Januar, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38: Vorführung des Videofilmes „Zeugnisse. Geschichte in Gesichtern – Gesichter in der Geschichte" hergestellt vom „Museum für Archäologie und Geschichte Elbing". Deutsche Zeitzeugen schildern darin ihre Erinnerungen an Elbing und Königsberg.

Osnabrück – Dienstag, 12. Januar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenthaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 15. Januar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenthaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 28. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 14. Januar 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Jahreshauptversammlung. Da Vorstandswahlen nicht anstehen, wird es neben dem Rechenschaftsbericht und weiteren Regularien hauptsächlich um Planungen für 2016 gehen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 17. Januar: Jahreshauptversammlung. Anschließend fröhliches Beisammensein unter dem Motto „Fastnacht und Karneval vom Rhein bis an die Memel".

Dortmund – Montag, 18. Januar, 14.30 Uhr, Heimatstube (Eingang Landgrafenschule), Märkische Straße: Monatliches Treffen. – Die Frauengruppe trifft sich jeweils am 1. Mittwoch eines jeden Monats um 15 Uhr im Erkerzimmer der Stadthalle. – Der Stammtisch findet jeweils am 3, Mittwoch eines jeden Monats um 15 Uhr im Erkerzimmer statt.

Essen – Die Kreisgruppe Essen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen traf sich am 11. Dezember zu ihrer jährlichen Weihnachtsfeier in der Gastronomie St. Elisabeth in Essen. Unser Vorsitzender Bernhard Kehren berichtete über aktuelle Themen und verteilte das vorgesehene Programm für das nächste Jahr. Außerdem bestellte er Grüße des Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen.

Für unsere Weihnachtsfeier war die Kaffeetafel feierlich geschmückt. Bei Kaffee und Kuchen sowie Weihnachtsgebäck wurden weihnachtliche Gedichte und Geschichten vorgelesen. Ein Mitglied hatte kleine Weihnachtsbäumchen gebastelt, die viel Freude bereiteten. Unser Vorsitzender verteilte außerdem Wein und Schokolade. Mit dem Singen vieler bekannter Weihnachtslieder, begleitet auf dem Akkordeon von Julius Wermter, wurde die Stimmung besonders feierlich. Zum Schluss wurden die verteilten Kerzen angezündet und mit dem Lied „Stille Nacht, heilige Nacht" der schöne Nachmittag beendet.

Wir treffen uns wieder am 15. Januar zum Thema „Vor 70 Jahren, als evangelischer Pastor unterwegs in Schlesien". Der Referent ist Bernhard Kehren.

Neuss – Freitag, 22. Januar, 17 Uhr, Quirinus-Basilika, Münsterplatz, 41460 Neuss: Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaften.

– Zum Vormerken –

Die weiteren Termine der Kreisgruppe für 2016

Sonntag 14. Februar, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen (Einlass 14 Uhr).

Sonntag, 17. April, 15 Uhr, Marienhaus: „Frühlingsfest" mit Tanz und Vorträgen (Einlass 14 Uhr).

Donnerstag 5. Mai, 15 – 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen. Film von Ostpreußen auf Großbildschirm.

Donnerstag 23. bis Sonnabend 26. Juni: Jahresausflug nach Würzburg. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Sonnabend, 16. Juli, 12. Uhr, Cornelius-Kirche in Neuss-Erfttal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten,

Sonnabend, 10. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein an der Oberstraße: Beginn des Tags der Heimat. Im Anschluss: Feierstunde im Marienhaus. Veranstalter ist der BdV-Kreisverband Neuss. Vom Gedenkstein zum Marienhaus wird es einen Bustransfer geben.

Sonntag 2. Oktober, 15 Uhr, Marienhaus: „Erntedankfest" der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone (Einlass: 14 Uhr).

Donnerstag 6. Oktober, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube: „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen. Das Programm wird in der Presse bekannt gegeben. .

Donnerstag 20. Oktober, 15 – 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube: „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen. Programm wird in der Presse bekannt gegeben.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Eine Preußin kehrt heim

Nach 70 Jahren reiste Karim Peter Guens Mutter Inge erstmals wieder aus den USA in ihre Heimatstadt Königsberg

Der 51-Jährige Karim Peter Guen ist Jurist in den USA. Seine Mutter Inge Guen stammt aus Ostpreußen. Im Januar 1945 floh sie als Kind mit ihrer Mutter und der Schwester aus Königsberg. Die Familie überlebte nur ganz knapp. Im vergangenen Sommer reiste Guen mit seiner Mutter nach Ostpreußen. Es war das erste Mal, dass sie nach 70 Jahre in ihre Heimat zurückkehrte. Hier ist Guens bewegender Bericht über eine Heimkehr nach Königsberg.

Ich gehöre zur „Vermächtnis-Generation" der Ostpreußen und bin stolz darauf. Mein Vater war Diplomat, und so sind wir in den USA „hängengeblieben". Meine Mutter ist Neuropsychologin. Trotz ihres Alters praktiziert sie immer noch in einem Militärkrankenhaus in Maryland. Sie hat nach dem Tod meines Vater noch einmal geheiratet. Ihr zweiter Mann Norman Wallis, ein Engländer, ist Augenarzt. Ich selbst arbeite als Jurist beim Internationalen Währungsfonds in Washington.

Vor sieben Jahren bin ich zum ersten Mal nach Königsberg gereist und war sehr beeindruckt. Ich habe gespürt, wie stark meine Wurzeln dorthin sind. Jedes Mal, wenn ich jetzt dorthin fahre, spüre ich eine große innere Ruhe. Das Land kommt mir ungewöhnlich vertraut vor.

Meine vierte Reise war dann aber doch etwas ganz Besonderes und Einmaliges, denn ich begleitete meine Mutter nach Königsberg. Zum ersten Mal nach 70 Jahren reiste sie in ihre Heimatstadt. Schon als wir vom Flugzeug aus das Land unserer Vorfahren erblickten, konnte ich die Aufregung und Freude in ihrem Gesicht sehen. Als wir aus dem Flugzeug gestiegen waren, passierte etwas, was mich tief beeindruckte. Sie kniete nieder und küsste unter Tränen die Erde.

Daheim auf ostpreußischem Boden erzählte meine Mutter auch, dass ihr viele verstorbene Mitglieder unserer Familie plötzlich wieder sehr nahe waren – zum Beispiel ihr Vater. Sie fühlte seine Präsenz und erinnerte sich an viele schöne Momente mit ihm. Meine Großeltern mütterlicherseits haben sehr in der Erinnerung an Ostpreußen gelebt. Meine Großmutter hat noch fast 20 Jahre daran geglaubt, in ihre über alles geliebte Heimat zurükkehren zu können.

Als Kind bin ich mit den Geschichten und Erzählungen über Königsberg aufgewachsen. Die Namen von Straßen, Geschäften und anderen Einrichtungen der Stadt sind mir so geläufig, als hätte ich selbst dort gelebt. So kommt es mir zumindest vor. Auch die Einstellung meiner Mutter hat mich geprägt. Da sie in Preußen geboren ist, wird sie in ihrem Herzen immer Preußin bleiben. So stellt sie sich sogar vor, wenn sie jemand nach ihrer Nationalität fragt.



Vor dem früheren Wohnhaus: Karim Peter Guen mit seiner Mutter Inge. Sie zeigt ein Foto, auf dem sie als Kind mit ihren beiden Tanten an gleicher Stelle steht
Bilder (3): privat



Erinnerung an früher: Inge Guen beim Picknick mit den Eltern und ihren beiden Tanten

Sehr erstaunt hat es mich trotzdem, dass sie in Königsberg nach mehr als 70 Jahren noch alle Straßen erkannte. Sie erklärte mir den genauen Weg zu ihrem ehemaligen Haus. Sechs Familien wohnen jetzt dort. Obwohl wir sie mit unserer Ankunft überraschten, bereiteten sie uns einen netten und freundlichen Empfang. Einer der Mieter schenkte meiner Mutter einen Blumenstrauß aus rosa Dahlien. Eine andere Familie lud uns in ihre Wohnung ein. Als meine Mutter erklärte, dass in einem ihrer Zimmer früher eine Glastür war, stimmten sie verblüfft zu. Der Mann und seine Schwester hatten die Tür vor nicht allzu langer Zeit erst ausgehängt.

»Hier war früher eine Glastür«

Wir kamen miteinander ins Gespräch. Der Übersetzer, den wir mitgebracht hatten, hatte einiges zu tun. Dazu tranken wir hausgemachten Schnaps, bei dem wir uns dreimal zuprosteten – das dritte Mal stets für die Personen, die von uns gegangen sind. Natürlich drehten sich unsere Gespräche auch um unsere Stadt. Die jetzigen Bewohner scheinen fasziniert von ihrer Vergangenheit. Überall sind Autos zu sehen, auf denen das amtliche Kennzeichen „Königsberg" in Deutsch geschrieben steht. Es gibt Bier der Marke „Königsberg". Russische Männer tragen T-Shirts mit dem Königsberger Wappen. Ein Motorradfahrer, ein richtiger Rocker, trug auf dem Rücken seiner schwarzen Lederjacke die Aufschrift „Königsberg".

Man sieht zudem allerorten Bilder der alten Stadt, viele zeigen das berühmte Schloss, obwohl es nicht mehr existiert. Wenn ich dann erzähle, dass meine Mutter als Kind ein Blumenmädchen bei der Hochzeit ihres Onkel in der Schlosskirche war, sind die Zuhörer stets fasziniert.

Schließlich aber beendeten wir das nette Zusammensein im ehemaligen Haus meiner Mutter, denn sie wollte noch einmal ihren alten Schulweg abgehen. Die Friedrich-Schiller-Schule steht noch immer, und es war wieder faszinierend zu sehen, wie sicher meine Mutter den Weg dorthin fand. Sie erzählte, wie sie früher immer einem kriegsversehrten Soldaten in der Nachbarschaft zugewunken hat. Sie erinnerte sich an vieles, was ich vorher noch nie von ihr gehört hatte. So gab es viele bewegende Momente auf dieser Reise.

Dazu gehörte natürlich auch das Erlebnis der bildschönen Landschaft, der Weg den Pregel entlang bis zum Haff, der unglaubliche blaue Himmel, der immer in den Gedichten erwähnt wird. Es war sehr intensiv dies zusammen mit meiner Mutter zu erleben. Wir fühlten uns auch den bereits verstorbenen Mitgliedern unserer Familie sehr nahe. Teilweise sind wir auch den Weg gegangen, auf dem meine Mutter als Kind mit ihrer Mutter und ihrer kleinen Schwester zusammen Ende Januar 1945 zu Fuß um ein Uhr in der Nacht fliehen musste. Es war so kalt damals, dass ihr beinahe die Zehen erfroren wären.

Die drei konnten dann über die Ostsee fliehen. Das kleine Minenräumboot, das sie aufgenommen hatte, wurde aber angegriffen, und drohte zu kentern. Ein ehemaliges Kreuzfahrtschiff, das ihnen auf hoher See begegnete, versprach Sicherheit. Vom Deck des kleinen Minenräumbootes aus erschien der mächtige Schiffsrumpf aber schier unbezwingbar. Man hätte an einer Strickleiter hochklettern müssen. Meine Großmutter wägte das Risiko für die Familie ab und entschied, dass man lieber dort bleiben würde, wo man war. Sie hatte Recht. Das Minenräumboot brachte sie in Sicherheit. Der große Passagierdampfer aber trug den Namen Wilhelm Gustloff. Nur ein paar Stunden später wurde er von einem russischen U-Boot torpediert und riss mehr als 9000 Menschen in den Tod.

Das schreckliche Kriegsgeschehen ist nun mehrere Jahrzehnte her. Anstatt Hass und Verlustgefühle zu empfinden, ist es, so glaube ich, die beste Art der Aufarbeitung, den dort lebenden Hilfsbedürftigen zu helfen. Das tue ich aus Überzeugung und innerem Bedürfnis heraus durch die Mitgliedschaft in der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens. Wir liefern dringend benötigte Sachen für Arme und Kranke. Durch diese Hilfe kommt man den heutigen Einwohnern nahe und sie bewundern diese Geste der Versöhnung der ehemaligen Preußen sehr.

Aber noch einmal zurück zu meiner Mutter: Sie sagt, dass sie jetzt ihre innere Ruhe und ihren Frieden gefunden hat. Es war für sie eine Reise der Versöhnung.



Fröhliches Zusammensein: Inge Guen mit einer kleinen Bewohnerin des Hauses in Königsberg

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Sonntag 13. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag.

Sonntag 27. November, 15 Uhr, Marienhaus: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee, Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten (Einlass 14 Uhr).

Regelmäßige Veranstaltungen: Jeden zweiten Mittwoch im Monat von 15 bis 18 Uhr trifft sich die Frauengruppe in der Ostdeutschen Heimatstube. Die Heimatstube, Oberstraße 17, ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr zum „Tag der offenen Tür“ geöffnet.

Witten – Montag, 18. Januar, 14.30 Uhr, Versammlungsraum der Evangelisch-Lutherischen Kreuzgemeinde Witten. Lutherstraße 6–10: Gemeinsames Treffen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 9. Januar, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: 1) Begrüßung, 2) Totenehrung, 3) Bericht des Ersten Vorsitzenden, 4) Bericht der Kassenführung, 5) Bericht der Kassenprüfung, 6) Verschiedenes – Aussprache, 7) Wahl des Wahlleiters und Entlastung des Vorstandes, 8) Neuwahl des Vorstandes.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach–Oberfrohna – Am 12. Dezember trafen sich die Landsleute und Gäste im Esche Museum. Der Saal war feierlich geschmückt und erstrahlte im Licht der vielen Kerzen und der weihnachtlichen Dekoration. Die Mitglieder des Vorstandes hatten Sehenswürdigkeiten von zu Hause mitgebracht. Irmgard Gläser hatte ihre ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt. Der große Saal war bis zum letzten Platz gefüllt.

Die Vorbereitungen werden von den Vorstandsmitgliedern mit viel Liebe und Freude durchgeführt. Reinhard Gerullis begrüßte ganz herzlich alle Teilnehmer und erläuterte den Tagesablauf, den jeder beim Einlass erhalten hatte. Elli Springwald, unsere ostpreußische Mundartsprecherin eröffnete mit dem Gedicht „Die Glocken der Heimat“ den kulturellen Teil des Tages.

Kurt Weihe begleitete uns musikalisch und gab an diesem Nachmittag den Ton an. Die Kinder der Gerhart-Hauptmann-Schule, mit ihrer Lehrerin Frau Wolf, hatten für uns ein fröhliches Programm vorbereitet. Lustiges und Besinnliches aus unserer Heimat Ostpreußen haben die Kinder uns allen zur Freude vorgetragen und erhielten viel Beifall. Der Weihnachtsmann bedankte sich mit süßen Naschereien bei den kleinen Künstlern. Gemeinsam sangen wir „Alle Jahre wieder!“

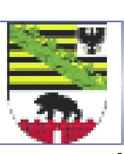
Hannelore Kedzierski wünschte sich mit ihrem Gedicht „Weihnachten wie es früher war!“ Irmgard Gläser sprach ein Gedicht vom Advent. Daran anschließend sprach Bärbel Franke über die Freuden im Advent und stimmte uns ein in die friedliche Vorweihnachtszeit. Die kleine Enkelin Maja von Helga Büchner trug ein Gedicht vor von den vier Adventskerzen und hatte zu ihrem Auftritt Tannengrün, gebunden mit vier roten Kerzen, mitgebracht. Sie zeigte uns nun sinnbildlich, wie die Kerzen verlöschen und wer sie wieder zum strahlen bringen kann. Alle wurden sehr nachdenklich durch diese Geschichte, welche wunderbar vorgetragen wurde. „So war es in der Heimat zur Weihnachtszeit“ darüber sprach Jürgen Scheffler ein Gedicht und erinnerte uns an Ostpreußen. Nun kündigte er den Weihnachtsmann an. Alle sangen das Lied: „Am Weihnachtsbaume!“

Die beiden „Weihnachtsmänner“ Reinhard Gerullis und Herr Scheffler erfreuten alle Teilnehmer mit einem kleinen Geschenk, Weihnachtsgrüßen und Wünschen für das neue Jahr. Es wurden ganz spontan viele lustige Gedichtchens vorgetragen und frohes Lachen erfüllte den Saal.

Nach der Pause sangen wir gemeinsam frohe Weihnachtslieder. Elli Springwald und Anneliese Marschall erzählten uns Weihnachtsgeschichten. Mit musikalischer Unterstützung sangen wir „Oh, du fröhliche“ und „Süßer die Glocken nie klingen“.

Reinhard Gerullis erfreute die Zuhörer dann mit selbst gereimten Schlussgedanken. Alle Teilnehmer erhielten die Termine für das Jahr 2016. Gute Wünsche begleiteten uns auf den Heimweg. Wir freuen uns auf die erste Veranstaltung im Januar und auf ein gesundes Wiedersehen.

Hannelore Kedzierski

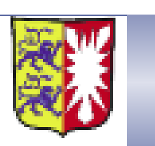


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 10. Januar, 14 Uhr: 25. Jahrestag der Ortsgruppe. –Dienstag, 12. Januar, 13 Uhr, Immermannstraße: Stickerchen. – Freitag, 29 Januar, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband – Sonntag, 17. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Freya Klier liest aus ihren Werken, unter anderem aus „Wir letzten Kinder Ostpreußens“. Hildegard Henning hält einen Beitrag in ostpreußischer Mundart und Herbert Schmidt wird in holsteinischer Mundart vortragen.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. Januar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Erstes monatliches Treffen. Der Vorsitzende Jochen Gawehns hält an diesem Nachmittag einen Vortrag über den Ohlsdorfer Friedhof, der 1877 eingeweiht wurde und mit 391 Hektar der größte Parkfriedhof der Welt ist.

Flensburg – Mittwoch, 27. Januar, 12 Uhr, Stadtteilcafé: Grünkohlessen.

Neumünster – Mittwoch, 13. Januar, 15 Uhr, Galerie Stadthalle, Kleinflecken 1, 24534 Neumünster: Erste Veranstaltung im neuen Jahr. Die Landsmännin Edelgard Lessing liest aus ihrem Buch „Schattenlicht – Erinnerungen an meine Kindheit und Jugend“ – eine interessante Veranstaltung zum Jahresanfang. Bitte beachten: Die Veranstaltungen finden nun immer in der Stadthalle statt. Gäste sind willkommen.

– Bericht –

Die Kreisgruppe Neumünster setzte am 5. Dezember die schöne Tradition der Adventsfeier fort. Viele Mitglieder und Gäste konnte die Vorsitzende Brigitte Profé begrüßen. Die Tische waren weihnachtlich mit Tannengrün, Äpfeln, Nüssen und Kerzen geschmückt. Für jeden Teilnehmer lag auf dem Platz ein selbstgefertigter Lebkuchenmann aus Ton mit einem Lebkuchenherz.

Dieser festliche Nachmittag wird zum Anlass genommen, langjährige Mitglieder zu ehren: Elf Jubilare. Davon konnten leider nur vier Mitglieder die Urkunde mit einer Rose persönlich in Empfang nehmen. Mit einem Weihnachtsgruß und Urkunde wurden die anderen bedacht. Geehrt wurden: Christel Janzan, (65 Jahre), Nora Kawlath (65 Jahre), Hilda Orczeck (65 Jahre), Irmgard Kowallik (40 Jahre), Hannelore Affeldt (20 Jahre), Angelika Dombrowe (20 Jahre), Brigitte Färber (15 Jahre), Waltraud Plagemann (15 Jahre), Rosa Bertz, (10 Jahre), Dorothea Kordowski (10 Jahre), Ursula Wismar (10 Jahre).

Die Vorsitzende ging in ihrer Rede auf die Anfänge der Gründung ein: „65 Jahre Mitgliedschaft – einige von ihnen sind noch nicht ganz so lange dabei – haben Sie der Landsmannschaft die Treue gehalten. Den Aufbau der Gruppe, die Gründerzeit in den Anfängen mit aufgebaut und geprägt. Durch Höhen und Tiefen bewältigt und begleitet. Wir denken an die Vorgänger, die den Mut, die Courage, die weite Voraussicht und Ausdauer hatten eine Zusammenkunft, eine Gemeinschaft für die Vertriebenen aufzubauen. Die vielen Jahre Treue und Verbundenheit zur Landsmannschaft sind eine beachtliche und gute Zeit. Nur so kann und wird der kulturelle Reichtum – das unsichtbare Fluchtgepäck – nicht in Vergangenheit geraten. Wir pflegen und erhalten das mit Ihnen bei unseren monatlichen Zusammenkünften.“

Ein reichhaltiges abwechslungsreiches Programm füllte den Nachmittag. Ihre „Gedankengänge“ über Advent und die Bedeutung von Weihnachten brachte die Vorsitzende Brigitte Profé zwischen dem gemeinsamen Singen alter Weihnachtslieder mit Akkordeonbegleitung (Nora Kawlath) und Vorträgen von Hildegard Henning, Werner Broscheit und Jürgen Rehwald vor. Viel Beifall erhielt das Lied „Hört der Engel helle Lieder“, das Hildegard Henning als Solo vortrug.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Über die Art und Weise das Weihnachtsfest zu feiern kann man sich viele Gedanken machen, aber eins wird sich nie ändern: Weihnachten ist die Zeit des Jahres, in der man besonders gern an Menschen denkt, die einen im ablaufenden Jahr so positiv begleitet haben und denen man von Herzen einen kleinen Weihnachtsgruß als Dankeschön geben möchte. So wurden die Vorstandsmitglieder und Helfer mit einem Weihnachtsgruß und Geschenken bedacht.

Froh und dankbar verabschiedeten sich schließlich die Teilnehmer und wenn dann gesagt wird: „Das war für mich schon Weihnachten“, dann war es auch ein gelungener weihnachtlicher Nachmittag.

Brigitte Profé

– Zum Vormerken –

Die Termine der Kreisgruppe Neumünster für 2016:

Sonnabend, 6. Februar, 12 Uhr, Galerie in der Stadthalle: Das traditionelle Königsberger Klopsessen. Anmeldung bis zum 29. Januar unter Telefon (04321) 82314.

Mittwoch, 9 .März, 15 Uhr, Stadthalle; Jahreshauptversammlung ohne Wahlen. Anschließend noch „en Krepsch voll Humor und plachandern unter Heimatfreunden“.

Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Stadthalle: Mit Landsmann Horst Lessing sehen und hören wir einen Dia-Vortrag über Samarkand in Zentralasien.

Mittwoch, 11. Mai, 15 Uhr, Stadthalle: Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung.

Samstag, 11. Juni, Stadthalle: Mitarbeiterversammlung.

Mittwoch, 13. Juli, 15 Uhr, Stadthalle: Wie der Alltag für Senioren einfacher wird, erklärt der Leiter des Sanitätshauses Orthopädie Technik Nord.

Mittwoch, 10. August, 13.30 Uhr: Wir unternehmen eine Stadtrundfahrt im Bus mit der Stadtführerin Rita Peglow. Die Abfahrt ist hinter dem Finanzamt. Kaffee trinken wir um 15.30 Uhr in der Stadthalle.

September: Eine Fahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn ist in Planung. Die Informationen können erst im August erteilt werden.

Mittwoch, 12. Oktober, 15 Uhr, Stadthalle: Erntedankfest.

Mittwoch, 9. November 12 Uhr, Stadthalle: Gemeinsames Mittagessen.

Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr: Bei Kerzenschein und Tannenduft wollen wir unsere langjährigen Mitglieder ehren und in vorweihnachtlicher Stimmung den Nachmittag gemeinsam verbringen.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 14. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.

Sudoku

3								9
	6	1	4		7	5	2	
	2			5			1	
	3	2				6	8	
			9		3			
	4	8				9	3	
	1			2			5	
	9	3	5		1	4	7	
5								1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

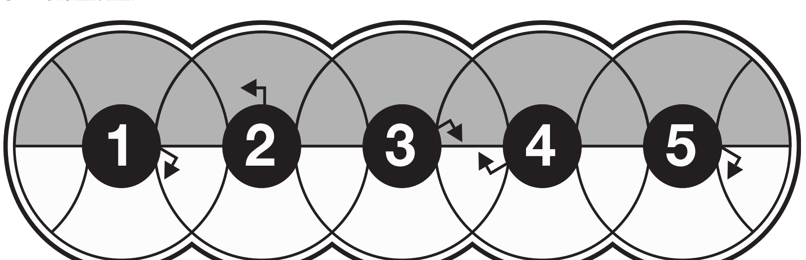
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe zum Thema Haus, Gebäude.

1 defekt; entzweï (ugs.)
2 indianisches Pfeilgift
3 fehlen; nicht klappen
4 Japan in der Landessprache
5 Kosten, Auslagen
6 flüssiger fossiler Rohstoff

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kletterer im Gebirge.

1 Vorderasiat, **2** kostenlos, umsonst, **3** selbstsüchtiger Mensch, **4** Violinist, **5** Weidmann



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. kaputt, 2. Kurare, 3. hapern, 4. Nippon, 5. Spesen, 6. Erdoel – Kuppel, Treppe

Kreiskette: 1. Araber, 2. gratis, 3. Egoist, 4. Geiger, 5. Jaeger – Bergsteiger

Sudoku:

PAZ16_01

»Die Hanse verbindet«

Mit dem Ostpreußischen Landesmuseum nach Riga reisen

Das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg bietet 2016 eine Reihe von Reisen zum Thema „Die Hanse verbindet“ an. Sie werden zu ausgewählten Städten im Ostseeraum führen und gemeinsam mit „Russland Reisen Hamburg“ durchgeführt. Ziel ist es, die seit dem Mittelalter bestehenden Verbindungen zwischen ehemaligen Hansestädten deutlich zu machen.

Als erstes ist vom 8. bis 13. August eine Fahrt nach Riga geplant. Die Reise beginnt im Europäischen Hansemuseum in Lübeck – um die engen Beziehungen zwischen Lübeck und Riga, den bedeutenden Städten der Hansezeit, schon vornherein zu verdeutlichen. Die folgenden vier Tage sind dem Kennenlernen der Stadt Riga gewidmet. Untergebracht sein wird die Gruppe im Zentrum der Altstadt – in einem Hotelkomplex, in dessen Keller noch immer Reste der Befestigungsanlagen aus der Hansezeit zu sehen sind.

Doch auch wenn mittelalterliche Bauten und Straßenzüge im Zentrum der lettischen Hauptstadt unverkennbar die alte Hansestadt deutlich werden lassen, überwiegen in der heutigen Altstadt Bauwerke aus späteren Jahrhunderten. Sie alle spiegeln die wechselvolle Stadtgeschichte wider und haben Riga einen einmaligen Charakter verliehen. Ausgehend von der Hansezeit wird diese gesamte Geschichte den Teilnehmern der Reise in abendlichen Vorträgen durch Manfred von Boetticher nähergebracht.

Weitere Informationen: Russland Reisen, Telefon (040) 22697074, E-Mail: info@romanova-reisen.de, Internet: www.romanova-reisen.de



Reiselustig und bildungshungrig? Im August geht es ins lettische Riga Bild: Riga daugava/Wikipedia.

Trakehner ganz weit oben

Zuchtwertschätzung: Spitzenvererber mit ostpreußischen Wurzeln

Grund zur Freude hat der Trakehner-Verband. Gleich drei seiner Hengste rangieren in der „Integrierten Zuchtwertschätzung“ für 2015 unter den Top-Ein-Prozent der besten Vererber Deutschlands.

Jeden Herbst ermittelt das Rechenzentrum der Vereinigten Informationssysteme Tierhaltung (VIT) in Verden im Auftrag der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN) das genetische Vererbungspotenzial eines Hengstes. Ein wichtiges Kriterium, denn danach wählen Züchter den passenden Hengst für ihre Stuten aus. Für das Schätzverfahren werden die Daten von 720000 Pferden und die Ergebnissen von über 15 Millionen Turnierprüfungen verarbeitet. Hinzu kommen noch mehrere Millionen Daten aus verschiedenen Zuchtprüfungen.

Ziel der Zuchtwertschätzung ist es, erblich bedingte Leistungsunterschiede möglichst genau zu erkennen. Hengste, die es tatsächlich bis an die Spitze schaffen, gehören zur absoluten Elite im Reitsport. Das gilt nun auch für drei Hengste der legendären Pferderasse aus Ostpreußen; Der 9-jährige All Inclusive stammt aus der Zucht von Dagmar Spille und befindet sich im Besitz von Nicola Offen und des schleswig-holsteinischen Gestütes Tasdorf. Der 11-jährige Münchhausen wurde von Ursula Schäfer gezüchtet und steht im Besitz des Gestütes Wiesenhof in Krefeld. Der 15-jährige Karolinger I ist immer noch im Besitz seiner Züchterin Friederike Holst aus Schenefeld. *PAZ*



Spitzenvererber All Inclusive bei einem Turnierstart Bild: Lafrentz

Letzte Ruhe in Kanada

Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Kitchener

Der deutsche Soldatenfriedhof in Kitchener (ehemals Berlin), Ontario, ist über die Region hinaus kaum bekannt. Er befindet sich in einer Anlage am Rande des großen „Woodland Cemetery“. Die Gräber werden von Tony Bergmeier, dem Vorsitzenden des Deutsch-kanadischen Kongresses, und anderen Mitgliedern der deutschen Gemeinde gepflegt. Zusammen mit seiner Frau Brigitte sorgt er auch für die Erhaltung der Grabsteine.

Bergmeier berichtete, dass im Jahre 1970 die sterblichen Überreste von 187 deutschen Kriegsgefangenen und internierten Deutschkanadiern, die während des Ersten und Zweiten Weltkriegs in Gefangenschaft verstarben und an 36 Orten in Kanada verstreut lagen, hierhin umgebettet wurden. Von den 187 Toten sind 39 im Ersten Weltkrieg und 148 im Zweiten Weltkrieg verstorben. Eine Kommission der Deutschen Kriegsgräberfürsorge hatte für die Anlage bewusst Kitchener, die Hochburg der Deutschen in Kanada, ausgesucht. Der Friedhof wurde am 23. Mai 1971 eingeweiht.

Als Beitrag zum Kriege nahm Kanada, das damals noch britische Kolonie war, 38000 deutsche Gefangene auf, die aus England weitergeleitet wurden. Mehrere Tausend Deutsche wurden auch nach Australien und in andere Überseegebiete des British Empire verlegt. In Kanada wurden die Deutschen in Lagern untergebracht, die über das ganze Land verteilt waren. Sie reichten von New Brunswick an der Atlantikküste bis Alberta in den Prärieregionen im mittleren Westen Kanadas. Die beiden größten Lager in Alberta beherbergten jeweils etwa 12000 Gefangene.

Zwei starben durch die Kameraden

Die Gefangenen arbeiteten als Holzfäller, auf Farmen, im Bergbau oder im Eisenbahnbau, wofür sie nur geringfügig entlohnt wurden. Die Behandlung der Gefangenen war meist fair, so dass sich viele am Ende des Krieges sich entschlossen, wegen der schwierigen Situation in der Heimat nach Kanada zurückzukehren, um dort zu leben.

Die meisten Lager waren absichtlich in entlegenen Regionen untergebracht, um ein Entkommen zu verhindern. Einigen Soldaten gelang trotzdem die Flucht, jedoch nur einem gelang es, sich bis Deutschland durchzuschlagen. Er wurde dort als Held empfangen, starb aber tragischerweise sieben Monate später bei einem Flug über der Nordsee. Seine Maschine wurde nie gefunden. Die größte Flucht geschah im Winter 1941, als 28 Kriegsgefangene vom Anglers Camp im Norden Ontarios entflohen. Einige kamen über Alberta nicht hinaus. Fünf wurden auf einer Baustelle entdeckt und wieder eingefangen.

Die deutschen, die ihre letzte Ruhe auf dem Soldatenfriedhof in Kitchener fanden, kamen auf ganz unterschiedliche Weise zu Tode. Zwei wurden gar von Mitgefangenen erschossen, weil sie sich offen gegen Hitler gewandt hatten. Nach Aufklärung des Falles durch die Royal Canadian Mounted Police (RCMP) wurden die Mörder gehängt. Nun liegen Opfer und Täter zusammen auf dem Kitchener Friedhof. Andere Gefangene starben an den Wunden, die sie sich im Kampf zugezogen hatten. Einige starben auch an natürlichen Ursachen. So erlag ein Major in einem Krankenhaus in Toronto seiner Krebserkrankung. Er ist der höchst dekorierte Soldat, der auf dem Friedhof bestattet ist. Er nahm am Nordafrika-Feldzug teil und wurde von Feldmarschall Rommel persönlich mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Einer Gruppe von geflüchteten Deutschen wurde der harte kanadische Winter zum Verhängnis. Sie erfroren. Ihre Leichen wurden erst im Frühjahr von der Provinzpolizei Ontarios entdeckt.

Die Gefangenen kamen aus verschiedenen militärischen Bereichen. Sie hatten zum Beispiel in der Luftwaffe gekämpft und mussten über England abspringen. Andere dienten in der Marine und mussten sich aus einem sinkenden Schiff im Nordatlantik retten. Manche Infantristen wurden bei den Schlachten in Nordafrika gefangengenommen. Sie gehörten verschiedenen Dienstgraden an, waren Offiziere oder Teile der Mannschaften. Einige, die auf dem Friedhof liegen, starben sehr jung, andere erreichten ein hohes Alter.

Jedes Jahr wird am 11. November in Kanada und anderen Commonwealth-Ländern der „Remembrance Day“, der „Tag der Erinnerung“, begangen. An diesem Tag, der in etwa unserem Volkstrauertag entspricht, finden in ganz Kanada, so auch im Gebiet der Deutschen, Gedenkgottesdienste und Veranstaltungen statt, in denen aller Kriegstoten gedacht wird. An den Zeremonien nehmen regelmäßig Vertreter der kanadischen Regierung, der kanadischen und deutschen Streitkräfte sowie der deutschen Botschaft und der deutsch-kanadischen Verbände teil.

Hans-Joachim Hoppe



Betreuen den Friedhof: Brigitte und Tony Bergmann



Kitchener, Ontario: Grabstätte für tote Deutsche aus beiden Weltkriegen Bilder (2): Andrea Hoppe

Haarige Angelegenheiten

Beim Barte des Propheten: Die Gesichtsfusseln des Mannes sprießen wieder wie zu Urgroßvaters Zeiten

Männerbärte sind wieder stark in Mode. Junge Leute laufen mit solchen Gesichtshecken herum, wie sie im 19. Jahrhundert Denker wie Feuerbach, Marx und Engels vor sich her trugen. Nur ein Bart macht den Mann zum Mann.

Kürschners Handbuch „Deutscher Reichstag" 1912–1917 hat das Format von zwei Streichholzschachteln, enthält aber die Bild-Biografien von 397 Abgeordneten, alles Männer und bis auf sechs Ausnahmen alles Bartträger. Ein Jahrhundert später zählt der aktuelle 16. Bundestag 631 Abgeordnete, davon 228 (36,1 Prozent) Frauen. Von den 403 Männern dürfte ein knappes Fünftel Bärte tragen, Dreitages-Stopplige mitgezählt. Das sind mehr als die 19 Bärtigen von 1965 und erheblich weniger als die 53 Prozent der Berliner und 45 aller deutschen Männer, die 2015 bärtig herumliefen. Die Bartmode kennt Flauten und Konjunkturen, nach denen sogar Osama bin Laden seinen Bart stutzte und färbte.

Bartwuchs gehört zu den sekundären männlichen Geschlechtsmerkmalen oder, um es mit den Worten von Shakespeares scharfzüngiger Beatrice in „Viel Lärm um Nichts" zu sagen: „Wer einen Bart hat, ist mehr als ein Jüngling; und wer keinen hat, weniger als ein Mann." Religiös wurde er verklärt. Ägyptens Pharaonen trugen wuchtige Zeremonialbärte. Samson verlor mit der Rasur alle Kraft, denn Juden durften sich bis ins späte 17. Jahrhundert nicht rasieren, was sie mitunter mittels chemischer Haarentferner umgingen. Oder anders, da doch Rasieren vor dem jüdischen Pessach-Fest Pflicht war.

Ähnlich ungewiss ist es bei Muslimen, denen angeblich Mohammed befahl, nur den Schnurrbart zu kürzen, den Bart aber wachsen zu lassen. Weil dieses Gebot vieldeutig ist, darf sich gerade derzeit jeder rasieren, der nicht mit islamistischen Terroristen verwechselt werden möchte. Christliche Geistliche sind zumeist bartlos, Päpste stets, orthodoxe wie Rasputin immer vollbärtig. Rasierte Gesichter galten als bekundetes Heidentum, wie zahllose Porträts aus römischer Antike bezeugen.

Manche Historiker nehmen an, dass Rasuren teuer und umständlich waren, was sich erst 1903 änderte, als der amerikanische Handelsvertreter King Camp Gillette die Einwegklinge erfand, die die tägliche Rasur einfach und billig machte. Aber generell kennt die Historie keine Bartregeln. Alexander der Große begründete die antike bartlose Mode, die Cäsar, Cicero und ungezählte weitere fortsetzten. Karl der Große wird mal mit, mal ohne Bart dargestellt, Friedrich der Große immer ohne. Bartlos waren auch Luther, Goethe oder Schiller, ein kleines „Menjou-Bärtchen" gestattete sich Reform-Zar Peter der Große, der seinen adligen „Bojaren" eigenhändig die „reaktionären" Zottelbärte ausgerissen haben soll. Kaiser Wilhelm II. trug aufgezwirbelte Bartspitzen, die als „Es ist erreicht" verhöhnt wurden. Jahrzehnte später hat ihm der spanische Maler Dali das nachgemacht. Marx, Engels und andere linke „Kirchenväter" trugen Nikolausbärte, dito Fidel Castro. Lenin, Trotzki und Ulbricht hatten nur sprichwörtliche „Spitzbärte", Stalin einen „Schnauzer", Ho Chi Minh einen dünnen Ziegenbart, Mao war dagegen bartlos.



Tolle Locke: Auch das Gestrüpp im Gesicht will gepflegt sein — Bild: pa

An wem hatten sich die ersten Grünen Drabiniok und Jannsen orientiert, die im März 1983 langhaarig und zottelbärtig den Bundestag enterten? Und was wollte der österreichische Homosexuelle Tom Neuwirth, der 2012 als bärtige „Conchita Wurst" im Abendkleid ein europäisches Schlagerfestival gewann?

Markante Gesichter werden durch markante Bärte veredelt, weswegen Polens Marschall Pilsudski und Bismarck, Nietzsche und Nansen, Masaryk und Hindenburg einander dank ihrer Bärte ähnelten. Aber wer ist schon markant? Heinrich Heine lästerte über die Bartmode preußischer Soldaten: „Der lange Schnurrbart ist eigentlich nur / Des Zopftums neuere Phase: / Der Zopf, der ehemals hinten hing, / Der hängt jetzt unter der Nase."

Später hat das Militär den nachhaltigsten Modewandel unter der Nase ausgelöst: Zu den 1916 im deutschen Heer eingeführten Gasmasken passten nur noch kleinste „Schnäuzer", wie ihn sich Hitler mit dem Bajonett zurechtstutzte. Damit machte er unwissentlich Charlie Chaplin Konkurrenz, der dieses Bärtchen 1914 „erfunden" hatte und sich 1940 mit seinem Film „Der große Diktator" an dem Berliner Plagiator rächte.

Seither wurde kräftig am Bart gekratzt: In der Bundeswehr darf man laut Barterlass von 2014 das Gestrüpp im Gesicht nur sauber gestutzt tragen. In anderen Armeen gibt es „Rasierbefreiungen" wie in Israel, wo es „bartfreundliche" Gasmasken gibt. Das Bärtchen selber wurde Lieblings-Accessoire phantasieloser Karikaturisten, die es Putin, Merkel oder Schäuble anmalen. Komisch war es im Februar 2014, als bei einem Israel-Besuch der Finger Netanjahus einen Bärtchen-Schatten auf Merkels Gesicht warf – das Foto aus der „Jerusalem-Post" ging um die Welt.

Es gibt Bart-Meisterschaften, Bartklubs, Bartlexika – mit Illustrationen zu wenig bekannten Bartstilen wie „Anchor", „Chin-Strap" oder „Ducktail", dazu Ratschläge, wie man Schnurr-, Voll-, Knebel- und andere Bärte pflegt. Die in Süddeutschland beliebten Rauschebärte sind laut klinischen Befunden Brutstätten für Keime und Bakterien. Überhaupt sind Bärte nicht jedermanns Sache: Als der „Tagesschau"-Sprecher Karl-Heinz Köpcke 1974 aus dem Urlaub mit einem Bärtchen zurückkam, erhob sich ein veritabler Streit um des Sprechers Bart, den Köpcke prompt wieder kappen musste.

Dabei war seiner nicht so hässlich, wie es die Fusseln von Günter Grass oder „Sudel-Ede" von Schnitzler waren, auch nicht zu reden vom Sauerkraut des Wolfgang Thierse, Bild-Chefs Kai Diekmann, TV-Moderators Thomas Roth und weiteren mit abstoßender „Rotzbremse". Weil es keine klassischen „Bartscherer" mehr gibt? Wer kunstvoll „balbiert" werden will, muss einen kundigen Meister finden und dem „sein Zeug mitbringen", also Pinsel, Seife, Messer. *Wolf Oschlies*

Tibet im Herzen

Gipfelstürmer und Lehrer des Dalai Lama – Zum zehnten Todestag des Bergsteigers Heinrich Harrer

Als die vier Kletterer, denen es im Juli 1938 gelungen war, als erste durch die berühmt-berüchtigte Eiger-Nordwand im Berner Oberland zu steigen, bei Adolf Hitler vorstellig wurden, empfing dieser sie mit den bewundernden Worten: „Kinder, was habt ihr geleistet!" Anschließend würdigte der „Führer" die alpinistische Großtat der Seilschaft als „Zeugnis des unbeugsamen Siegeswillens der deutschen Jugend".

Dabei gehörten zu dem gefeierten Quartett auch zwei Bergnarren aus der mittlerweile „ins Reich heimgeholten Ostmark": Fritz Kasparek und Heinrich Harrer. Der Letztere hatte kurz vor dem abenteuerlichen Eiger-Unternehmen seinen 26. Geburtstag gefeiert sowie ein Lehramtsstudium in den Fächern Geografie und Sport beendet. Ebenso engagierte er sich für den Nationalsozialismus – zunächst als Angehöriger der illegalen Untergrund-SA in Österreich und dann auch als offiziell eingeschriebenes Mitglied von NSDAP und SS, in welcher er es bis zum Oberscharführer und Sportinstrukteur brachte. Und das ist genau der Punkt, den manche seiner „kritischen" Biografen gerne übersehen: Harrer war trotz allem doch sehr viel mehr Gipfelstürmer und Ski-Athlet (beinahe hätte er sogar an den Olympischen Winterspielen von 1936 teilgenommen) als politischer Aktivist!

Aufgrund seiner nunmehrigen Berühmtheit wurde der Kärntner von der Deutschen Himalaya-Stiftung eingeladen, an der Erkundungsexpedition teilzunehmen, welche einen neuen Weg auf den Nanga Parbat finden sollte. An dem 8125 Meter hohen und extrem gefährlichen Berg im Karakorum waren bereits 26 Menschen, darunter elf Deutsche, ums Leben gekommen, und auch Harrers Gruppe gelang im Sommer 1939 trotz aller Mühen nur der Vorstoß bis auf 6100 Meter.

Während ihrer Rückreise wurden die Bergsteiger mit Beginn des Zweiten Weltkriegs von den Briten interniert, und zwar im Lager Dehra Dun am Fuße des Himalaya. Dort unternahmen Harrer und dessen ehemaliger Expeditionsleiter Peter Aufschnaiter mehrere Fluchtversuche, von denen der fünfte am 29. April 1944 schließlich erfolgreich war. Allerdings verfehlten die Ausbrecher ihr Ziel, sich quer durch das südliche Zentralasien in den japanisch besetzten Teil Chinas durchzuschlagen. Nach einem Marsch von 2100 Kilometern, der über 50 hohe Gebirgspässe führte, langten die beiden erst am 15. Januar 1946 in der tibetischen Hauptstadt Lhasa an, wo sie dann die nächsten Jahre blieben, weil es nichts gab, was zur Rückkehr in die zerstörte und besetzte Heimat reizte.

In der eigentlich für westliche Ausländer gesperrten, sehr mittelalterlich anmutenden Ansiedlung auf dem „Dach der Welt" arbeitete Harrer anfangs als Übersetzer und Fotograf, bevor er dann den 14. Dalai Lama zu unterrichten begann, der sich damals noch im Kindesalter befand. Hieraus konstruierten pseudowissenschaftliche Autoren wie Victor und Victoria Trimondi alias Herbert und Mariana Röttgen später die unsinnige Legende von der „esoterischen Nazi-Tibet-Connection". Was hingegen tatsächlich entstand, war eine enge menschliche Beziehung zwischen dem jungen Gottkönig und seinem Lehrer. Diese führte letztlich auch dazu, dass der Eiger-Bezwinger den Dalai Lama 1950/51 auf seiner Flucht vor den einrückenden Chinesen nach Indien begleitete.



Freunde unter sich: Heinrich Harrer (l.) und der Dalai Lama — Bild: action press

Nachfolgend reiste Harrer von dort aus nach Österreich zurück, wo er mit dem Erinnerungsbericht „Sieben Jahre in Tibet" einen Welt-Bestseller landete. Das Buch wurde in 53 Sprachen übersetzt und erreichte eine Gesamtauflage von mehr als vier Millionen – dazu kam später die Hollywood-Verfilmung von Jean-Jacques Annaud mit Brad Pitt in der Rolle Heinrich Harrers.

Dieser Erfolg ermöglichte Harrer eine Karriere als Forschungsreisender und Fernsehjournalist. So unternahm er zwischen 1953 und 1991 insgesamt 24 Expeditionen, die ihn nicht nur in den Himalaya führten, sondern auch nach Afrika, Südamerika, Alaska, Birma und Borneo. Dabei erregte er nochmals erhebliches Aufsehen, als ihm am 13. Februar 1962 die Erstbesteigung der ebenfalls nur sehr schwer zu erklimmenden Carstensz-Pyramide (4884 Meter) gelang, die als der höchste Gipfel Ozeaniens gilt. Gleichzeitig schrieb Harrer ein Buch nach dem anderen. Seinem Erstlingswerk folgten noch 32 weitere Publikationen, von denen „Die Weiße Spinne. Das große Buch vom Eiger" unter bergsteigerisch Interessierten eine ähnlich große Popularität erlangte wie die Schilderung der Erlebnisse in Tibet.

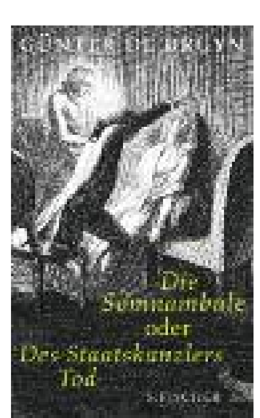
Harrer, der unter anderem das Große Bundesverdienstkreuz bekam und den Titel Professor trug, starb am 7. Januar 2006 nach kurzer schwerer Krankheit im Deutschordens-Spital von Friesach in Kärnten. *W. Kaufmann*

Lennés grüner »Augapfel«

Vor 200 Jahren begann Peter Joseph Lenné (1789–1866) mit den Arbeiten am Schlosspark Glienicke – seinem ersten Park in Preußen. Anlässlich dieses Jubiläums ist im Jahr 2016 das Wirken des Gartenkünstlers das Schwerpunkt-Thema des Bezirks Steglitz-Zehlendorf und zahlreicher Kooperationspartner.

Unter dem Titel „,Glienicke, mein Augapfel' – Peter Joseph Lenné 2016 – 200 Jahre Schlosspark Glienicke" wird es zahlreiche Veranstaltungen geben, darunter zum Auftakt eine Matinee im Schloss Glienicke am 23. Januar, dem 150. Todestag Lennés. Festredner ist Michael Rohde, Gartendirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Lenné-Führungen im Park Glienicke, Vorträge und Gespräche über Lenné und sein Wirken in Berlin und Potsdam bereichern das Programm.

Zu den zahlreichen, übers Jahr verteilten Veranstaltungen zählen Führungen im Schlosspark Glienicke, ein Schlosspark-Konzert, Lesungen im Gutshaus Steglitz, Führungen in der ehemaligen Königlichen Gärtner-Lehranstalt sowie im Geheimen Staatsarchiv und vieles mehr. Das Lenné-Jahr endet mit der Verleihung des Peter-Joseph-Lenné-Preises des Landes Berlin im November 2016. Infos und Download eines kostenlosen Veranstaltungskalenders unter www.spsg.de/schloesser-gaerten/objekt/park-glienicke. Telefon: (0331) 9694200. E-Mail: info@spsg.de. *tws*



Liaison Scandaleuse

Preußische Sittengeschichte

Gleich zu Beginn dieser historischen Erzählung fällt ein typischer Fontane-Satz: „Die Geschichte einer ungewöhnlichen Liebe, die hier so wahrheitsgetreu wie möglich den spärlichen Überlieferungen nacherzählt wird, ereignete sich vor fast zweihundert Jahren in den obersten Rängen der Gesellschaft Berlins.“

Der Schriftsteller Günter de Bruyn (Jahrgang 1926) berichtet in „Die Somnambule oder des Staatskanzlers Tod“ über die Liaison Karl August von Hardenbergs (1750–1822) mit der 42 Jahre jüngeren Bürgerstochter Friederike Hähnel (1792–1872) aus Neubrandenburg. Ab 1816 war sie seine Geliebte – eine liaison scandaleuse, an der Hardenberg unbeirrt festhielt.

Günter de Bruyn ist das seltene Beispiel einer glücklichen Vereinigung von Dichter und Historiker. Sein literarisches Werk hat er schon in der DDR mit der Satire „Märkische Forschungen“ begonnen. Nach der Wende hat er es geradezu mit Passion auf größere preußische Themen ausgeweitet. Sein opus magnum ist der 512 Seiten starke Essay „Als Poesie gut“ mit zahlreichen preußischen Lebensläufen aus den Befreiungskriegen. Das 2006 erschienene Werk ist als große Geschichtswissenschaft gerühmt worden.

Aufhänger dieser Geschichte um den Staatskanzler Hardenberg ist ein um 1800 vieldiskutiertes medizinisches Phänomen: der sogenannte „Mesmerismus“. Er ging davon aus, mittels des magnetischen Prinzips von Anziehung und Abstoßung menschliche Lebensströme beeinflussen und – bei Krankheiten – heilen zu können. Dazu wurden die Patienten in einen tranceähnlichen („somnambulen“) Schlaf versetzt und durch Handauflegen und Beschwörungen behandelt. Heute gilt das als Humbug, aber damals war der Mesmerismus traditionellen Verfahren fast ebenbürtig.

Hardenberg, der diesen Gedanken durch seinen Leibarzt nahestand, hatte die junge Frau in einem solch somnambulen Zustand erlebt. Er hatte sich in sie verliebt und war ihr – unter Zurückstellung seiner rechtmäßigen Ehe – geradezu verfallen. Friederike half dem nach Kräften nach und lebte allen Anfeindungen zum Trotz auf hochherrschaftlichem Fuße. Das Glück, so es denn eines war, währte allerdings nur sechs Jahre. Hardenberg starb während des Kongresses von Verona. Böse Zungen wollten der jungen Frau den Tod in die Schuhe schieben, weil sie den alten Mann rücksichtslos von Theater zu Theater, von Ball zu Ball geschleppt habe. Im Alter konvertierte sie zum Katholizismus und wurde eine fromme und auch wieder geachtete Frau. „Über ihr Grab in Rom ist nichts bekannt“, beendet de Bruyn seinen Bericht. Mit der Drohung, mögliche Peinlichkeiten in ihre Testament zu veröffentichen, hatte sie vom preußischen König eine ansehnliche Rente erpresst.

Ein Dichter und Historiker

Der Autor fängt mit vielen Zitaten aus zeitgenössischen Quellen die damalige Zeit ein. Allerdings bleiben die Hauptgestalten, Hardenberg und Friederike, merkwürdig blutleer. Es wird über sie erzählt, aber eine tiefere Psychologie erfolgt nicht. Am lebendigsten tritt Hardenbergs Schwiegersohn Hermann Fürst von Pückler-Muskau vor Augen, dessen exzentrisches Leben gleichsam die Würze des Buches ist. Aber Preußenliebhaber werden wohl auch den etwas spröden alten Staatsmann und seine junge Konkubine in ihren Wissensfundus aufnehmen, wozu das sorgfältig gemachte Buch mit Zeittafel, Bibliographie sowie Personen- und Ortsregister geradezu einlädt. *Dirk Klose*

***Günter de Bruyn: „Die Somnambule oder des Staatskanzlers Tod“**, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2015, gebunden, 152 Seiten, 17,99 Euro*

Ja zu Orbáns Zäunen

Kritiker der Merkelschen Asylpolitik ergreifen das Wort

Jens Spahn (Hg.)
Ins Offene
Deutschland, Europa und die Flüchtlinge
Die Debatte
HERDER

Wir erleben, ja durchleben, das größte gesellschaftliche Experiment seit Jahrzehnten.“ – Diese leider richtige Feststellung trifft Jens Spahn in em von ihm herausgegebenen Buch „Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge“.

Spahn, Staatssekretär beim Bundesminister für Finanzen und Mitglied im Parteipräsidium der CDU, verantwortet ein kluges Werk. Es zeigt Alternativen zum gegenwärtigen Einwanderungschaos auf. Vor allem dokumentiert es, dass es Menschen gibt, die sich nicht gesinnungsethisch verbiegen lassen, sondern verantwortlich denken und handeln. Spahn lässt 20 Autoren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu Wort kommen. Sie beleuchten ganz unterschiedliche Aspekte der gegenwärtigen Staatskrise, kommen im Wesentlichen aber zu ähnlichen Schlussfolgerungen.

Für Spahn selbst steht der Rechtsstaat massiv unter Druck. Rechtsstaatliche Prinzipien seien in den letzten Jahrzehnten nicht nur in Bezug auf die Asylfrage allenfalls sporadisch durchgesetzt worden. Das sei ein fataler Fehler, ein Skandal. Ein neues Denken sei erforderlich.

Davor schrecken zumindest Spahns Autoren nicht zurück, und sie stellen klare Forderungen. Paul Ziemiak, der Vorsitzende der Jungen Union, selbst mit seinen Eltern in die Bundesrepublik eingewandert und somit ein Beispiel gelungener Integration, legt ein Sechspunkteprogramm vor, in dem er – selbstverständlich – verlangt, endlich die EU-Außengrenzen zu sichern und eine Obergrenze für die aufzunehmenden Flüchtlinge festzusetzen. Vor allem dürften sich die Integrationsfehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Multikulti sei gescheitert. Wer zu uns kommt, brauche seine Herkunft nicht zu verleugnen, müsse sich aber integrieren.

20 Autoren, die sich nicht verbiegen lassen

Wer die Integration hintertreibe, arbeite am Scheitern der Gesamtgesellschaft, mahnt der Historiker Herfried Münkler. Die Entscheidungs- und Durchsetzungsschwäche der vergangenen Jahrzehnte könne sich Deutschland nicht mehr leisten. Münkler weist auch auf die Gefahr der psychischen Verwahrlosung in den Massenunterkünften hin. Dort schwinde die Fähigkeit und der Wille, eigene Leistungen zu erbringen. Die Neuankömmlinge sollten aber keine Dauersozialfälle werden, sondern möglichst schnell selbstbestimmt leben können. Ihr Leistungswille dürfe auf keinen Fall blockiert werden.

Klaus von Dohnanyi, Hamburgs ehemaliger SPD-Bürgermeister, erinnert an die amerikanische Mitschuld am Syrienkrieg. Gleichzeitig habe die EU aber auch keine entschlossene gemeinsame Haltung gefunden, um die Zuwanderung auf wirklich politisch Verfolgte zu begrenzen. Es müsse klargemacht werden, dass Asyl nur für politisch Verfolgte gelte. Das sei wichtig, um die demokratische Legitimität, die zum Handeln gebraucht werde, nicht zu gefährden. Gruppen, die unbegrenzte Hilfsbereitschaft forderten, müsse „deutlich und gut begründet widersprochen werden“ meint von Dohnanyi, der auch die Kritik an Victor Orbáns Stacheldrahtzäunen zurückweist. Zu den Notwendigkeiten gehöre die Abweisung und Rückführung der nicht Asylberechtigten.

Multi-Kulti ist gescheitert

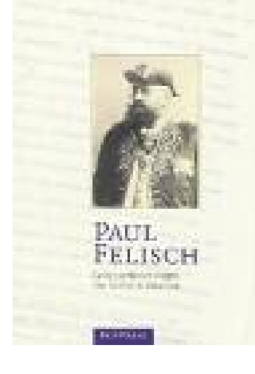
Aber wie sieht es mit dem sogenannten Fachkräftemangel aus, den die Zuwanderer beheben sollen? Der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann weist darauf hin, dass es bereits in der EU ein Potenzial von 115 Millionen Erwerbsuchenden gäbe. Darauf müsse man zurückgreifen, bevor „Fachkräfte“ in Drittländern gesucht würden. Ansonsten riskiere man Konflikte, die sich aus einer hohen Jugendarbeitslosigkeit ergäben. Damit seien soziale Unruhen programmiert. Linnemann, der auch Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist, fasst zudem noch einmal zusammen, was alle Autoren sagen:

Der ungezügelte Zuzug müsse rasch und deutlich abgebremst werden. Dazu bedürfe es eindeutiger Signale an die Herkunftsländer. Zugleich werde Deutschland seine zurückgebauten Verteidigungs- und Sicherheitskräfte wieder hochfahren müssen.

Da andere Staaten niemals unser individuell einklagbares Asylrecht übernähmen, müsse die Politik den Mut haben, unser Asylrecht den anderen europäischen Staaten anzupassen. Vor allem: Wer ein Bleiberecht erhalte, müsse auf unsere Gesellschaft trainiert werden. Wer unsere Regeln nicht akzeptiere, müsse unser Land wieder verlassen.

Was das Beste an diesem Buch ist? Am Schluss der Lektüre hat man das Gefühl, man könnte es wirklich schaffen, die komplizierte, teils schon verfahrene Situation zu meistern. Aber nicht, indem man das Mantra der Kanzlerin nachbetet, sondern indem man mutig widerspricht und Alternativen bietet. *Vera Lengsfeld*

***Jens Spahn (Hrsg): „Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge“**. Herder Verlag, Freiburg 2015, gebunden, 208 Seiten, 19.99 Euro*



Ein Prahlhans erzählt

Die Memoiren des Marinebürokraten und Geheimdienstlers Paul Felisch

Der Titel verspricht viel, der Inhalt hält wenig. Es geht um die „Lebenserinnerungen“ des Amtsrichters, Marinebürokraten und zeitweiligen Chefs der Spionageabwehr Paul Felisch (1855–1933). „Eine Karriere im Kaiserreich“ lautet der Untertitel des Buches. Leider beschränken sich Felischs Erinnerungen vorwiegend auf Belanglosigkeiten. Dem Leser kommt schnell der Verdacht, dass es gute Gründe hatte, warum sie bislang unveröffentlicht blieben. Nicht alles, was als historisches Zeitdokument daherkommt, lohnt den Aufwand, es einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Felisch schildert seinen beruflichen Werdegang nicht halb so detailliert wie belanglose Familienausflüge. „Er war ein begnadeter Netzwerker“, behaupten die Herausgeber, was Nonsens ist. Der Verfasser nennt zwar jeden Prominenten, dem er irgendwo über den Weg lief. Vieles aber scheint übertrieben und wenig glaubwürdig. Man hat gar den Verdacht, es mit einem eitlen Prahlhans zu tu zu haben, etwa wenn er Maximilian Harden, den berühmtesten Publizisten jener Zeit, vor einem Duell bewahrt und über geheime Details informiert haben will. Nach dem Ersten Weltkrieg hat er, so seine Darstellung, mit Reichspräsident Friedrich Ebert sowie Innenminister Gustav Noske kooperiert und den Kapp-Putsch fast im Alleingang beendet.

Ungezählte DDR-Schüler, unter ihnen auch der Rezensent, sind mit den Umtrieben „roter Matrosen“ wie Max Reichpietsch und Alwin Köbis gequält worden. Felisch mischt sich im August 1917 in deren Prozess „unaufgefordert“ ein, kann die beiden aber nicht vor dem Todesurteil bewahren. Hier und an Dutzenden weiteren Stellen hätten ein paar dokumentarische Zusätze, erklärende Fußnoten oder ähnliches Felisch zum wertvollen Zeitzeugen machen können. Das Zeug dazu hatte er, wie Zitate aus Gesprächen mit Marinechef Admiral von Tirpitz ahnen lassen. Felisch hörte von ihm tiefe Einsichten: „Der Reichskanzler hat den Krieg dadurch heraufbeschworen, dass er Österreich plein pouvoir gegen Serbien gab. Er konnte sich nicht einbilden, dass ein österreichisch-serbischer Krieg ein lokaler Krieg blieb. Wir werden nichts erreichen. Dieser Krieg ist umsonst geführt.“ Solche Authentizität macht das Buch dann doch lesenswert – zumindest zeitweilig. *Wolf Oschlies*

***Paul Felisch: „Lebenserinnerungen. Eine Karriere im Kaiserreich“**, Eick Verlag, Kiel 2015, broschiert, 212 Seiten, 14,95 Euro*



Plagiate, Steuerbetrug, brisante Sexgeschichten

Über aufgebauschte Nichtigkeiten und ausgeblendete echte Skandale schreibt der „Zeit“-Redakteur Ludwig Greven

In unserer Medien- und Informationsgesellschaft sorgen Skandale immer wieder für Aufsehen. Den Anstoß geben Journalisten, aber auch selbst ernannte Aufklärer, die manchmal anonym bleiben. Prominente aus Politik, Sport, Wirtschaft oder der medialen Welt stehen unter Dauerbeobachtung. Wird eine bekannte Persönlichkeit des Plagiats, der Steuerhinterziehung oder der Korruption verdächtigt, oder wittert jemand eine brisante Sexgeschichte, so versorgen die Redaktionen uns, „das Publikum“, unentwegt mit weiteren, aufregenden Details.

Einer, der sich von Berufs wegen mit den Abläufen und Hintergründen von Affären und Skandalen auskennt, ist Ludwig Greven, Autor und Politikredakteur bei der Internetausgabe der „Zeit“. Hatte er sich in seinem letzten Buch mit der Korruption in Politik und Gesellschaft beschäftigt, so geht er in seinem neuesten Werk mit dem Titel „Die Skandalrepublik. Eine Gesellschaft in Dauererregung“ unter anderem der Frage nach, welche Funktion Skandale heute erfüllen.

Unbestreitbar gelten die gesellschaftlichen Regeln und Normen aus der Zeit der „Spiegel“-Affäre nur noch bedingt. Seinerzeit hätten Skandale noch ausschließlich eine „Wächterfunktion“ gehabt, meint Greven. Sie halfen der Öffentlichkeit, sich darüber zu verständigen, welche Regeln und Normen gelten sollen. Sie legten fest, welches Verhalten von Führungspersonen toleriert werden konnte und welches nicht. Durch den Einfluss des Internets und der sozialen Netzwerke aber habe sich eine „Empörungskultur“ entwickelt, die gleichsam wahllos als Auslöser und Verstärker jeglicher Affären wirke.

Das Internet speist die Enpörungskultur

Greven schilt die „kleinbürgerliche Mitte“ der Gesellschaft als dankbares Publikum der Skandalberichterstattung. Sie laufe selbst erklärten Gegnern der „political correctness“ nach. Zuvor teilte er bereits gegen „Wutbürger“ und „gesellschaftlich Frustrierte“ aus. Sie alle subsumiert er im Handstreich als Anhänger von Weltverschwörungstheorien, Gegner des Kapitalismus, Islamismus, Multikulturalismus und anderer „ismen“ mehr. Eine weitere Ursache für Frust und wachsendem Misstrauen gegenüber Politikern sei die „gerade in Deutschland schon immer sehr verbreitete Sehnsucht nach Beheimatung, nach einer umhegten, umsorgten Welt“. In diesem vereinfachenden Kontext deutet er auch den wachsenden Unmut innerhalb der Bevölkerung gegenüber „planerischen Großprojekten“ aller Art.

Greven selbst muss sich aber fragen lassen, wie er die allgemeine Bangigkeit der Redaktionen erklärt, wenigstens hin und wieder einmal eine konträre Ansicht zu einem der oben genannten Themen einzunehmen, also eine Haltung abseits von der politischen Korrektheit beziehungsweise vom Mainstream. Eigentlich sollte ihm der Grund dafür bekannt sein, hat er doch selbst auf den Überlebens- und Konkurrenzkampf in der Medienbranche hingewiesen. Daraus entsteht Druck auf die Journalisten, ein verhängnisvolles Phänomen.

Es trägt sicherlich auch dazu bei, dass nicht skandalisiert wird, was eigentlich skandalisiert werden müsste. Greven hat diesem Phänomen zu Recht ein eigenes Kapitel gewidmet. Nicht im medialen Fokus sei die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, die Ungerechtigkeit des Steuersystems, die Zunahme schlecht bezahlter Jobs, von denen Beschäftigte nicht leben können.

Da diese Zustände nicht leicht zu erklären und Verantwortliche schwer auszumachen seien, verfolge niemand hartnäckig das Ziel, daraus ein großes Thema für die Öffentlichkeit zu machen. So bleiben in der „dauererregten Gesellschaft“ die eigentlichen Skandale unbeachtet. *Dagmar Jestrzemski*

***Ludwig Greven: „Die Skandal-Republik. Eine Gesellschaft in Dauererregung“**, Lingen Verlag, Köln 2015, broschiert, 172 Seiten, 12,95 Euro*

MELDUNGEN

Saudis: Kolonien in Bosnien

Sarajewo – Laut einem Bericht des Wiener „Kurier“ planen arabische Investoren vom Persischen Golf, in Bosnien ganze Städte für ihre Landsleute zu bauen. Allein zwei Projekte mit einem Investitionsvolumen von mehr als vier Milliarden Euro sollen Platz für zusammen 80 000 Bewohner bieten. Dies deutet darauf hin, dass viele Saudis und andere Golf-Araber womöglich daran denken, ihre von Krisen gefährdete Heimat dauerhaft zu verlassen. *H.H.*

Jeder zweite Job für Immigranten

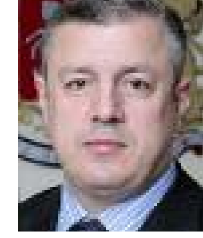
Köln – Von den fast zwei Millionen neuen Stellen, die seit dem Jahr 2000 in Deutschland geschaffen wurden, ist jede zweite mit einem Immigranten besetzt worden. Dies erklärte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gegenüber der „Rheinischen Post“. Die 2015 ins Land gelangten Asylbewerber werden laut Bundesagentur für Arbeit (BA) den Arbeitsmarkt erst ab Mitte 2016 belasten. *H.H.*

ZUR PERSON

Georgischer Tagträumer

Kurz vor Neujahr trat der Ministerpräsident Georgiens, Irakli Gharibaschwili, ohne Angabe von Gründen überraschend zurück. Möglicherweise wurde er vom eigentlichen starken Mann im Staat, dem Multimillionär und politischen Strippenzieher Bidzina Iwanischwili, zum Rücktritt gezwungen. Da das von Gharibaschwili geführte Parteienbündnis Georgischer Traum in den Umfragen hinter der oppositionellen Nationalbewegung derzeit aber deutlich zurückliegt, soll nun ein neuer Mann die Wende bis zu den Parlamentswahlen im Herbst schaffen.

Giorgi Kwirikaschwili, der bisherige Außenminister, hat in der Kaukasusrepublik nun das Ruder übernommen. Gegenüber seinem Vorgänger, der mit Verbalattacken gegen die Opposition („kriminelle Organisation“) viel Hass auf sich und die Partei zog, gilt er als viel besonnener. Um der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, will der 48-Jährige nicht nur ihr die Hand zur Versöhnung reichen, sondern auch Russland, mit dem Georgien seit dem Krieg von 2008 im Clinch liegt. Letzteres wird die größte Herausforderung sein, denn Moskau ist die von Tiflis angestrebte Mitgliedschaft in der EU und der Nato ein Dorn im Auge.



Sollte Kwirikaschwili im Herbst als Ministerpräsident bestätigt werden, wird er alles daran setzen, dem Wunsch seines Mentors Iwanischwili nach einer Hinwendung zum Westen zu entsprechen. Kwirikaschwili, der an der Universität von Illinois in Chicago seinen Abschluss in Finanzwesen machte, hat selbst beste Verbindungen zu den USA. Vor seinem Eintritt in die Politik war er Direktor der georgischen Cartu Bank, die Iwanischwili gehört. Wenn es ihm nicht gelingt zu beweisen, dass er keine Marionette Iwanischwilis ist, dürfte sein „georgischer Traum“, das Land mithilfe des Westens aus der anhaltenden Wirtschaftskrise zu führen, rasch platzen. *H. Tews*



Witz und Wirklichkeit

Was wir einmal »frauenfeindlich« nannten, was Köln unter »entspannt und friedlich« versteht, und was Polen nicht anders macht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Was wir uns wohl später mal erzählen, wenn wir versonnen von der „guten alten Zeit“ schwärmen. Vielleicht das hier: Ja, damals haben sie einen ausrangierten Politiker wochenlang durch die Medien gehetzt, nur weil er vor einer jungen Journalistin an der Hotelbar einen etwas missglückten „Herrenwitz“ gerissen hatte. Das galt seinerzeit als schwerstens „frauenfeindlich“ und wurde mit harter gesellschaftlicher Ächtung bestraft.

Wir schrieben den Januar 2013, als die Journalistin im „Stern“ öffentlich machte, dass Ex-FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle viele Monate zuvor ein verrutschtes Kompliment für ihre Oberweite abgelassen habe. Der Mann war damit des „Sexismus“ überführt und praktisch erledigt. Im Internet veröffentlichten entsetzte Frauen einen „Aufschrei“ gegen Brüderle, dem sich Zigtausende anschlossen. Deutschland bebte vor Wut über dessen abscheuliche Tat!

So war das in der „guten alten Zeit“, die erst wenige Jahre zurückliegt – als wir solche „Sorgen“ hatten, muss es uns wirklich gut gegangen sein. Die Prinzessin auf der Erbse war ein tumber Dickhäuter gegen die dauernd empörungsbereiten Sensibelchen, die anno 2013 die Temperatur im Land bestimmten.

Frauenfeindlich? Seit der Silvesternacht 2015/16 erscheint einem das Dramolett um den rundlichen FDP-Veteranen wie schrille Satire. In Köln, Hamburg und Stuttgart haben sich hunderte Männer „südländischen Aussehens“ über unzählige junge Frauen hergemacht wie eine mittelalterliche Soldateska über die eroberte Stadt. In der Hansestadt seien die Frauen von dem Mob „wie Vieh gejagt“ worden, berichtet eine Augenzeugin. Mitten in der Stadt, im Getümmel des Amüsierviertels St. Pauli. Schwerpunkt der Übergriffe aber war Köln.

Die Herkunft der Täter bereitet den Verantwortlichen in Politik und Polizei sichtlich Kopfzerbrechen. Seit einem Jahr versuchen sie den Deutschen einzutrichtern, dass womöglich abweichende Vorstellungen zur Rolle der Frau oder zur Stellung des Rechtsstaats, die bei manchen „Flüchtlingen“ zutage treten, keinerlei Schwierigkeiten mit sich brächten. Das mit der Gleichberechtigung der Geschlechter müsse man den Hergereisten nur erklären und das Grundgesetz ins Arabische übersetzen, und schon klappt's!

Wenn es nicht klappt, da versucht man es erst mal mit Geheimhaltung – oder mit Lügen. So auch in Köln: Am Neujahrsmorgen um kurz vor 9 Uhr berichtete die Polizei, dass die meisten Silvesterfeiern in der Innenstadt friedlich verlaufen seien. Nur einmal hätten die Beamten einen Auflauf vor dem Dom auflösen müssen, um eine Massenpanik wegen Böllerei zu verhindern. Trotzdem habe sich die Einsatzlage weiterhin entspannt gezeigt.

> Man hätte es wohl lieber unter den Teppich gekehrt – wenn nur das Internet nicht wäre!

Tatsächlich ereigneten sich nach der Räumung entsetzliche Szenen, massenhafte sexuelle Übergriffe aus einer Gruppe von rund tausend Männern heraus, Raub und sogar mindestens eine Vergewaltigung.

Hat die Polizei, die sich nach eigenen Angaben „gut aufgestellt und präsent“ zeigte, davon gar nichts mitbekommen? Eine Beamtin in Zivil wurde selbst Opfer; ein erfahrener Beamter berichtete dem Kölner „Express“, er habe eine weinende und schreiende 20-Jährige aus der Masse der johlenden Männer gezogen, der man den Slip vom Körper gerissen habe: „Ihre drei Freundinnen konnten wir nicht aus dem Pulk retten, denn wir selbst wurden mit Böllern beworfen.“

Die Polizisten mussten weiteren Verbrechen also tatenlos zusehen. Was sagte noch der Sprecher von Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) vergangenen Sommer zum Thema „rechtsfreie Räume“ in Nordrhein-Westfalen? „Die gibt es nicht in NRW. Die Polizei schützt ihre Bürger überall.“

An die hundert Anzeigen von Opfern des Mobs sind bis Dienstagfrüh bei der Polizei eingegangen. „Friedlich und entspannt“? Wir müssen an die Sache in Herford denken, über die wir hier neulich berichtet haben. Da hatte ein Polizei-Verantwortlicher versucht, die brutale Vergewaltigung der Mitarbeiterin eines Asyllagers durch einen „Flüchtling“ zur erfolgreich abgewehrten sexuellen Nötigung herunterzumogeln. Flog dann leider auf.

In Köln wäre man vermutlich auch lieber bei „friedlich und entspannt“ geblieben, wenn da nicht diese ekelhaften „sozialen Netzwerke“ im Internet wären, wo nicht bloß jeder Hans und Franz, sondern auch jede Hanna und Franziska selber veröffentlichen kann, was ihr widerfahren ist. Und genau das taten die Opfer und Zeugen von Köln dann auch fleißig am 1. Januar, bis sich die Polizeiführung am zweiten Tag des Jahres gezwungen sah, eine Ermittlungsgruppe einzurichten. So ein Ärger.

In Herford redete man sich heraus, man wolle keine falschen Signale aussenden. In Köln rudern die Verantwortlichen ähnlich hilflos herum. Die wenigen bislang vernommenen mutmaßlichen Mittäter seien jedenfalls keine jüngst ins Land gekommenen „Flüchtlinge“, sondern gehörten zu einem Netzwerk von Nordafrikanern, das man schon seit 2014 im Auge habe.

Morgens begingen sie Autoaufbrüche, mittags verkauften sie Drogen und abends seien sie zum Taschendiebstahl in der Innenstadt unterwegs. Sie seien mit Messern bewaffnet und vollkommen skrupellos, heißt es in Berichten der Polizei.

Die Behörden wissen also alles über diese Banden, man habe die „Szene genau im Auge“, beteuerte vor einiger Zeit ein Beamter gegenüber dem „Express“.

Ach nee! Und warum sind diese Herzchen dann immer noch unter uns? Weshalb laufen die frei herum? Wieso schiebt die keiner ab?

Auch das erklärt man uns: Die Täter wüssten genau, dass ihnen in Köln nichts passiert, hätten keinerlei Respekt vor der Justiz und zögen ihre Asylverfahren trickreich in die Länge, weil keiner von ihnen aus Kriegsgebieten stamme. Derweil laufen unsere Gefängnisse über von armen Schluckern, die wegen Schwarzfahrens hinter Gittern gelandet sind. Da zeigt der Rechtsstaat seine ganze Härte, vor denen „schützt man den Bürger überall“.

Interessant ist auch, dass die neuen „Mitbürger“ offenbar in dem Maße den Respekt vor unserem Rechtsstaat verlieren, wie sie ihn näher kennenlernen. Da können wir uns wohl noch auf einiges gefasst machen.

Gut, wenn wir den Rechtsstaat in Deutschland leider in die Tonne treten müssen, dann verteidigen wir ihn eben andernorts umso leidenschaftlicher. In Polen zum Beispiel.

Dort hat die neue, nationalkonservative Parlamentsmehrheit beschlossen, dass die Chefs der öffentlich-rechtlichen Sender künftig direkt von der Regierung eingesetzt werden – und damit einen Sturm der Entrüstung bei der EU und insbesondere in Deutschland ausgelöst. Damit würde die Unabhängigkeit und „Staatsferne“ der Öffentlich-Rechtlichen untergraben, empören sich auch die Kollegen von ARD und ZDF.

Staatsferne? Da kommt der TV-Konsument ein wenig ins Trudeln. Wer in den vergangenen Monaten einen der Staatssender hierzulande eingeschaltet hat, wurde von früh bis spät mit „Nachrichten“ und „Reportagen“ vollgepumpt, welche die regierungsamtliche Sicht auf das Asylproblem eins zu eins unters Volk brachten. Oft in einer Penetranz, die man sonst nur aus Diktaturen kennt.

Ab dem 12. Februar setzt das ZDF noch einen drauf und strahlt ein politisch-korrektes Rührstück mit dem Titel „Familie Braun“ aus. Thema: In einer Nazi-WG taucht ein sechsjähriges Findelkind auf – das Resultat einer Nacht, die einer der Nazis mit einer Schwarzen verbracht hatte. Das goldige Kind bringt den beiden Trotteln dann bei, wie blöde ihre Ideologie eigentlich ist. Entzückend, nicht wahr?

Politische Belehrung lauert mittlerweile zu jeder Zeit und in jedem Format. Warum nur diese angestrengte Wucht und Masse der Agitation? Für gewöhnlich verhalten sich Machthaber immer dann so, wenn sie nervös werden.

MEINUNGEN

Der renommierte Vermögensverwalter ***Max Otte****, deutscher wie US-amerikanischer Staatsbürger,* ***warnt*** *in der „Wirtschaftswoche“ (29. Dezember)* ***eindringlich vor*** *dem geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen* ***TTIP****:*

„TTIP ist ein großer Schritt in Richtung einer Wirtschaftsordnung der Reichen und Superreichen, die Kapitalseite wird gestärkt ... Wenn TTIP kommt, bedeutet das das endgültige Aus Europas und den kompletten ökonomischen Anschluss Europas an die USA.“

Philosoph ***Rüdiger Safranski*** *nennt die deutsche* ***Asylpolitik*** *in der Schweizer „Weltwoche“ (52/2015)* ***„unreif“****:*

„Überall in Europa außer in Schweden sagt man: ‚Die Deutschen spinnen.‘ Das Unreife der deutschen Politik kommt in der Maxime zum Ausdruck, bei Flüchtlingen dürfe man keine Grenzen setzen. Da wird etwas nicht zu Ende gedacht. Denn gemäß heutiger Praxis wären, gemessen an den hiesigen demokratischen und ökonomischen Standards, zwei Drittel der Weltbevölkerung in Deutschland asylberechtigt. Dass unsere Flüchtlingspolitik einem Denkfehler unterliegt, müsste einem spätestens da auffallen.“

Michael Bordt*, Jesuit und sechs Jahre Rektor der von Jesuiten gegründeten Münchner Hochschule für Philosophie, kritisiert gegenüber der „Welt“ (31. Dezember) mit Blick auf 2015 und die* ***Asyldebatte*** *den* ***„Verfall der demokratischen Diskussionskultur“****:*

„Über Wochen hinweg kam es zu einem ausgesprochen problematischen Verfall von einer demokratischen Diskussionskultur. Es war ja zeitweise gar nicht möglich, öffentlich auf Schwierigkeiten und Probleme hinzuweisen, die mit der Ankunft der Flüchtlinge verbunden sind oder sein könnten. Eine Journalistin einer überregionalen Zeitung sagte mir, dass negativ über die Flüchtlinge zu berichten, politisch von der Zeitung nicht erwünscht sei.“

Der israelische Militärexperte ***Martin van Creveld*** *ruft in einem Beitrag für den „Focus“ (2. Januar) dazu auf, im Syrien-Krieg* ***mit Assad gemeinsam*** *gegen den IS zu kämpfen:*

„Deutschland und der Rest der Welt sollten endlich aufhören, sich in die Hosen zu machen. Als erstes sollten sie sich entscheiden, wer ihr wirklicher Feind ist: Assad oder IS? Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben. Nicht weil Assad ein guter Kerl ist, sondern der kleinere Teufel.“

Die Schweizer „Tagespost“ (29. Dezember) wollte von dem deutschen Politologen ***Herfried Münkler*** *wissen, wie es mit der* ***Asylfrage*** *weitergeht und welche* ***Folgen*** *dies* ***für die EU*** *haben könnte:*

„Sicher ist nur, dass die Flüchtlingsfrage für die EU in den kommenden zwei, drei Jahren existenziell wird. Wenn sich Deutschland mit den Flüchtlingen auf Dauer allein gelassen fühlt, dann wird die Europaskepsis im Land dramatisch ansteigen und die politischen Spielräume drastisch einschränken. Dabei war bisher keine Öffentlichkeit und Politik so verlässlich europafreundlich wie die deutsche.“